

Nr. **4** '89

Mai  
Postver-  
triebsstück  
**G 7426 E**  
Erscheint  
monatlich  
20. Jahrgang  
Jahresabo  
33,- DM  
Einzelpreis  
3,- DM

**AIB**  
**DRITTE**  
**WELT**  
**ZEITSCHRIFT**

**Südafrika:** Repression  
und Zugeständnisse

**Philippinen:** Drei  
Jahre Aquino

Rettung für den  
**Regenwald?**

Mittelamerika-Gipfel

# Abgesang auf die Contra





# DRITTE WELT

## Kommentar

- Der Fall Rushdie und die Retter der westlichen Kultur 3

## Mittelamerika

- Abschied vom Contra-Krieg 5  
Gemeinsame Erklärung der mittelamerikanischen Präsidenten 6

## El Salvador

- Interview mit Roberto Roca (FMLN) 8  
Verhandlungen fehlgeschlagen 9

## Diskussionsforum Regionalkonflikte

- Resümee von Wolfram Brönnner 10

## Kolumbien

- Neue Friedenshoffnung? 11

## Puerto Rico

- Urteil gegen die USA 13

## Südafrika

- Innenpolitik zwischen Zuckerbrot und Peitsche 14  
Hungerstreik politischer Gefangener 16  
Brief A. Boesaks an Justizminister A. Vlok 17  
Interview mit Farid Essak (UDF) 18  
Der Fall Winnie Mandela 19

## Sudan

- Al-Mahdi beugt sich dem Friedenswillen 21

## Philippinen

- Drei Jahre Aquino (II) 22

## Weltwirtschaft

- Die Weltbank und ihre jeweiligen Entwicklungstheorien 30

## Ökologie

- Aufschub für den Amazonas-Regenwald 33  
Regenwald-Appell 34  
Memorandum gegen die Vernichtung der tropischen Regenwälder 36

## Internationalismus

- Thesendiskussion: Beiträge von A. Arcas und H. Dietrich 40

## Kultur

- Glaconda Bellis „Bewohnte Frau“ 45  
Interview mit Glaconda Belli 46

## Stichwort

- Blumen 47

## Rezension

- Was hat ein DDR-Schriftsteller in Afrika zu suchen? 48

## Infos zur Solidarität

- Nord-Süd-Kampagne; Wintex/Cimex-Manöver; Namibia-Solidarität; Buchtip: Frauen in der Dritten Welt; EKD und Sanktionen 49

## Kurzinformationen

- Kamputschea, Sri Lanka, USA – Ostasien, Afrika, Namibia, Venezuela, Naher Osten, Ökologie, Termine 50



## Südafrika

Mit einer Mischung aus Repression und Teilzugeständnissen reagiert das Apartheidregime auf den Druck von innen und außen. Wir berichten über die innenpolitische Lage und den Hungerstreik der politischen Gefangenen und kommentieren den „Fall Winnie Mandela“.

Seite 14



## Mittelamerika

Der Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten hat dem Friedensprozeß einen neuen Schub gegeben. Die Contra scheint am Ende. Dafür erhält die nicaraguanische Opposition mehr Spielraum. In El Salvador hat der bislang weitestgehende Verhandlungsvorschlag der FMLN die Herrschenden in Bedrängnis gebracht.

Seite 5



## Ökologie

Anfang März d.J. ist der strittige zweite Energiesektorenkredit für Brasiliens Staudammprojekte in Amazonien gescheitert. Dies ist ein Reflex auf den erhöhten internationalen Druck zur Rettung des Regenwaldes. Wir zeigen, woher er rührt und dokumentieren das bundesdeutsche Regenwald-Memorandum.

Seite 33

# I M P R E S S U M

DRITTE-WELT Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapke, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks F. Arndt, Volker Klose, Miguel Rodriguez Pohlmann, Gabriela Posadas, Manfred Wiczorek.

Redaktionsschluss: 10. März 1989

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Telex 2 214 284 pahl.

Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr.

Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.

Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 11-1 60 01 37.

Satz: Die Feder, Wetzlar

Druck: Plambeck & Co, Neuss.

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50); Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).

Anzeigen: FG BRD – Kuba, ANC, UZ, iz3w, Volksuni, Indien-Rundbrief, Verein kritischer Aktionäre

Fotografische: Newsweek, Time, El País, USN&WR, SU heute, BUND, Stern, Weltbank, UNDP, Globus, Cikaden, DRITTE WELT Archiv.

# Der Fall Rushdie und die Retter der westlichen Kultur



JÜRGEN OSTROWSKY  
Freier Journalist und  
Mitarbeiter von DRITTE WELT

„Wenn Rushdie stirbt“, titelte der Feuilletonchef der FAZ, und dann war kein Halten mehr für den wackeren Streiter für die „fundamentalen Prinzipien“ der „zivilisierten Welt“.

Ja, was denn, wenn? Wird er dann die geweihten Heerscharen von FAZ bis TAZ aufrufen zum Kreuzzug des Abendlandes gegen das Regime des alttestamentarisch vergeltungssüchtigen Ayatollah? Etwa wie weiland jener später in den Heiligenstand erhobene Vorläufer moderner Vernichtungstheoretiker namens Bernhard von Clairvaux, der die päpstlichen Marschbefehle gegen die Muslime inspirierte, die „treulosen und frechen Vollstrecker der Wildheit“?

Ach was: „Der Westen (muß) Iran klar machen, was geschehen würde...“, daß diese Welt bereit ist, für ihre Prinzipien Opfer zu bringen – am besten, wie bekannt, andere Völker. Derlei Sprachsud – und die feinsinnige Ineinsetzung von „Westen“ und „diese Welt“ – machen klar, daß in der „bis aufs Äußerste erregten Welt“ des „klugen Kopfes“ die Dinge aus dem Lot sind.

Da ist zum einen ein Buch, blasphemisch, ketzerisch, das – was schließlich zulässig ist – keine Rücksicht auf religiöse Gefühle nimmt. Und da ist die Reaktion auf die „Satanischen Verse“. Bemerkenswerterweise ging sie von in Europa lebenden Moslems aus, die, zumeist ständig diskriminiert und verachtet, in der Lästerung des Propheten Mohammed eine weitere Schmähung erblickten und mit einem Gefühlsausbruch reagierten.

Schließlich ist da der Mordbefehl aus Teheran. Inmitten des Irrsinnigen herrscht Kalkül. Mit dem Stück aus dem „Heiligen Krieg“ will das Regime des Ayatollah Khomeini offenbar innen- wie außenpolitisch wieder in die Offensive kommen – nach verlorenem Krieg und vor dem Hintergrund einer gründlich gescheiterten und die gläubigen Massen enttäuschenden „islamischen Revolution“.

Doch schon das Phänomen islamischer Fundamentalismus hat mit jenem „Westen“, der sich jetzt so sehr zur Bewahrung des humanistischen Erbes berufen fühlt, mehr gemein als ihm innerlich ist – gerade, weil das Regime im Iran die Auseinandersetzung um Rushdie als eine mit der „westlichen Kultur“ bezeichnet.

Der Islam ist – im Unterschied zu anderen Weltreligionen – in seinem Gestaltungsanspruch allumfassend. Das macht Abweichung, Häresie, Lästerung gar, uner-

lasten, „daß in ihrer Mitte ein Schriftsteller von einem Staat zu Tode gehetzt wurde, während sie (?) aus Angst oder Unfähigkeit schwieg“. Die FAZ-Väter schrieben ohne Angst weiter, als Carl von Ossietzky im KZ umgebracht wurde.

Die Geschichte ließe sich fortsetzen: Über die Anmaßung jener, die gern alles vergessen wollen – Kolonialismus und Auschwitz, Inquisition und geistlichen Segen für die Weltkriegsbeginner, Kreuzzüge und Konkordate im Angesicht von Bücherverbrennung und „Rassengesetzen“. Der FAZ wiederum ist ein dezenter Hinweis zu danken – Schönhuber, CSU-Stammtische und ähnliche Rechtsradikale im öffentlichen Leben werden es zu vergelten wissen –, nämlich, daß „Ausländer, die so denken“, in unseren Stadtparlamenten kaum „zum Segen der Demokratie tätig werden“ dürften.

Es sind nicht nur geschichtliche Reminiszenzen, die jetzt so lauthals Tönenden Zurückhaltung und Augenmaß anempfehlen sollten. Das Phänomen Fundamentalismus verweist auf eine geistige Strömung, mit der Umbruchphase dieser Welt und dem dabei eingeschlagenen Tempo fertigzuwerden: Irrationalismus. Und da haben die „westlichen“ Länder allerhand zu bieten: „New Age“ und Sternengläubigkeit, fundamentalistische TV-Prediger in den USA und ihr Millionenanhang, den reaktionären Marianismus und Teufelsglauben eines Wojtyla, philosophisch verbrämte Aufkündigungen des Aufklärungsdenkens, Okkultes an Hauptschulen und Kinostürmerei gegen den Scorsese-Film „Die letzte Versuchung Christi“.

Zur Debatte steht mithin nicht allein die „Zurechtweisung“ eines Regimes. Auf der Tagesordnung steht eher schon die Auseinandersetzung um die Zukunft einer Religion wie der des Islam: Totalitätsanspruch oder Privatangelegenheit aufgeklärter Individuen? Damit aber ist Religion überhaupt wieder einmal zur Debatte gestellt. Auch in ihren entwickeltsten Formen bietet sie lediglich irrationale Erklärungen der Verhältnisse in dieser Welt – vernunftwidrige Erklärungen.

Gegen den Irrationalismus hat sich real eine neue Weltsicht herauszubilden begonnen, befreit von Dogmatisierungen und mit zunehmender Überzeugungskraft. Die Begriffe sind bekannt. Aus derselben Stadt kommt auch das Postulat nach der Anwendung des Vernunftprinzips in den internationalen Beziehungen.



# SONDERHEFTE

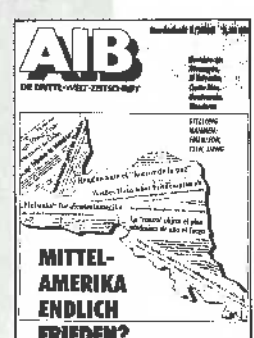
- SH 3/85 – Krise in Mittelamerika. Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM
- SH 4/85 – Rüstung im All. Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM
- SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM
- SH 1/87 – Nicaragua. Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM
- SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika. Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM
- SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM
- SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM
- SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahl wird nicht. 2,50 DM
- SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästina-Staat. 2,50 DM

Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck oder Briefmarken beilegen.  
Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren gewähren wir 33% Rabatt.

## BESTELLCOUPON

Einsenden an Dritte Welt Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen: \_\_\_\_\_  
.... Expl. Sonderhefte \_\_\_\_\_  
.... Expl. Sonderhefte \_\_\_\_\_  
.... Expl. Sonderhefte \_\_\_\_\_



Sonderheft 1/1988  
**MITTELAMERIKA**  
Friedensprozess • Abkommen von Esquipulas • Sandinisten unterwerfen sich nicht • Wirtschaft • Friedensstifter Costa Rica? • Hinhalteteknik Honduras? • Duarte laviert • Dialogchance in Guatemala? • Kampagnen, Materialien



Sonderheft 3/1988  
**SCHULDENKRISE und IWF-KAMPAGNE**  
Die Verschuldung ist kein Modethema • Exemplarisch: Afrika und Lateinamerika • Die Metropolen bleiben nicht verschont • Alternativen zur Verschuldung • Dokumentation von Lösungsansätzen • Aufruf der IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989  
**PALÄSTINA**  
Ein Jahr Intifada • Die Proklamation des Palästina-Staates • US-Nahostpolitik und die Haltung der EG • Die BRD-Politik und das Sonderverhältnis zu Israel • UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
Verkaufsgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-Leserservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.  
Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Nach dem Präsidentengipfel

# Abschied vom Contra-Krieg

Der vierte Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten hat die Weichen für die Beendigung des Contra-Krieges gegen Nicaragua gestellt.

**A**m 13./14. Februar d.J. trafen sich in La Paz (El Salvador) zum vierten Male die Staatschefs El Salvadors, Guatemalas, Honduras', Nicaraguas und Costa Ricas, um über die Fortsetzung des Friedensprozesses zu beraten, der mit dem am 7.8.1987 unterzeichneten Abkommen von Esquipulas (siehe AIB 1/1988) eingeleitet worden war.

Seit ihrem dritten Treffen im Januar 1988 in Costa Rica waren lediglich von Nicaragua, durch den Dialog mit der Contra und das Waffenstillstandsabkommen von Sapoa (23.3.1988), Impulse für eine Konfliktbeilegung ausgegangen. Nachdem auf Anraten Washingtons die Contras im Juni 1988 die Verhandlungen platzen ließen, stagnierte der Friedensprozeß, bedingt auch durch den Präsidentenwechsel in den USA. Ausdruck dessen war die sechsmalige Verschiebung des Präsidentengipfels innerhalb eines halben Jahres, wofür abwechselnd El Salvador, Honduras oder zuletzt Costa Rica verantwortlich zeichneten.

Daß es schließlich Mitte Februar zur Abhaltung des Treffens mit Aussicht auf greifbare Ergebnisse kam, hatte vor allem zwei Gründe.

Mit dem Machtantritt der Bush-Administration war endgültig klar geworden, daß eine Neuaufgabe des Contra-Krieges nicht mehr in Betracht kommen würde. Auf der anderen Seite hatte wieder einmal Nicaragua seine Kompromißbereitschaft angekündigt.

Auf Grundlage eines Planes, den der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega seinen mittelamerikanischen Amtskollegen am 2. Februar d.J. anlässlich der Machtübernahme des venezolanischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez unterbreitet hatte (1), einigten sich die fünf Präsidenten am 14. Februar auf eine gemeinsame Erklärung, die sich fast ausschließlich mit Nicaragua befaßt (siehe Kasten).

Darin verpflichtet sich die sandinistische Regierung, die für September 1990 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf spätestens den 25.2.1990 vorzuziehen. Durch Änderungen des Wahlgesetzes und der Bestimmungen zur Meinungs- und Pressefreiheit soll die Opposition größeren Bewegungsspielraum erhalten und stärker in der Wahlbehörde vertreten sein. Der Wahlprozeß soll international überwacht werden. Nicaragua verpflichtet sich außerdem, die Mehrzahl der Somozagardisten und der inhaftierten Contras entsprechend den Vorschlägen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission freizulassen.

Im Gegenzug arbeiten die Präsidenten einen Plan aus, der die Demobilisierung der Contras und ihre Ansiedlung in Nicaragua oder anderen Staaten vorsieht. Bereits am 8. Februar hatten sich die mittelamerikanischen Außenminister mit UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar auf die Entsendung einer UN-Beobachtertruppe geeinigt, die überprüfen soll, ob die Länder sich an die Verpflichtung halten, keine bewaffneten Gruppen, die gegen andere Vertragsparteien



Den Contras bleibt bald nur noch die Wahl zwischen Exil und Rückkehr nach Nicaragua

operieren, zu beherbergen und zu unterstützen. Dieser Einheit sollen Militärs aus Spanien, Kanada, der Bundesrepublik und aus einem lateinamerikanischen Land angehören.

Als einziges anderes mittelamerikanisches Land wird im Abkommen El Salvador erwähnt, obwohl der dortige Konflikt mittlerweile im Zentrum der mittelamerikanischen Szene steht. Es wird lediglich gefordert, daß sich alle Parteien an den kommenden Wahlen beteiligen sollten. Eine Behandlung des jüngsten Verhandlungsvorschlages der FMLN scheiterte am Widerstand des salvadorianischen Präsidenten Napoleon Duarte (siehe Seite 8-9).

Die Erklärung stieß sowohl in Lateinamerika als auch beim UN-Generalsekretär, bei Japan und der EG auf Zustimmung. Beim fünften Treffen der EG-Außenminister mit denen Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe am 27./28. Februar d.J. in Honduras wurde der Friedensprozeß einstimmig begrüßt. Die EG-Staaten erklärten sich bereit, materielle Unterstützung für die Beobachtertruppe zur Verfügung zu stellen. Außerdem beschlossen sie eine Aufstockung ihrer Wirtschaftshilfe für die mittelamerikanischen Länder auf 430 Mio. \$.

**A**uf wesentlich geringeren Enthusiasmus stieß das Abkommen in Washington. Präsident Bush erklärte, es enthalte „einige positive Elemente“ und „einige beunruhigende Elemente“. Man dürfe den „Widerstand nicht allein stehen lassen... ohne die Erfüllung der Verpflichtung zur Demokratie seitens der Sandinisten.“ (2)

Bush bemüht sich deshalb um die Fortsetzung der humanitären Hilfe für die Contras, die am 31. März d.J. ausläuft. Ob ihm das gelingen wird, ist fraglich. Unter Verweis auf das Mittelamerikaabkommen haben die Demokraten massiven Widerstand angekündigt.



Daß das Abkommen zustandekam, deutet darauf hin, daß es der Bush-Administration noch nicht gelungen ist, eine neue kohärente Mittelamerikapolitik zu entwerfen, die den neuen Realitäten entspricht. Dies drückt sich auch darin aus, daß noch kein neuer Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten ernannt wurde.

Wesentlich dezidiierter haben sich ehemalige Vertreter der Reagan-Administration geäußert, die das Abkommen als „einen sandinistischen Sieg“ werteten (3).

Dies gilt auch für Elliott Abrams, den früheren Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, der es inzwischen als Fehler ein-

schätzt, nicht in Nicaragua einmarschiert zu sein: „Der neue mittelamerikanische ‚Friedensplan‘ ist ein Schritt zurück auf dem Weg zu Demokratie und Frieden in der Region.“ (4) Die Verpflichtungen, die Nicaragua eingegangen sei, würden hinter denen zurückbleiben, die das Esquipulas-Abkommen vorsieht.

In der gleichen Richtung äußerte sich auch Carlos Huembes, der Vorsitzende des rechten Bündnisses Nicaraguanische Demokratische Koordination (CDN): „Ein einfaches Versprechen von Ortega“ habe ausgereicht, um „die bewaffnete antisandinistische Opposition zum Tode zu verurteilen.“ (5) Lediglich die Contra selbst mochte sich dem

nicht anschließen.

Im Gegensatz zu Daniel Ortegas Aussage „Die Überreste der Contra ruhen in Frieden“ (6) erklärte Adolfo Calero, Mitglied der Contra-Leitung: „Die Erklärung begräbt nicht den Widerstand, sondern die sandinistische Diktatur.“ (7) Dennoch wollen sie sich nicht ent Waffen lassen. Lediglich Alfredo César, der Führer des kompromißbereiten Flügels, erklärte sich bereit, nach Nicaragua zurückzukehren, wenn das Abkommen erfüllt würde.

**D**aß die Contra gute Miene zu bösem Spiel macht, belegt eine genauere Analyse des Abkommens. Unter den Zugeständnissen der Sandinisten befindet sich kaum eines, das sie früher nicht schon angeboten hätten. Bereits im Waffenstillstandsabkommen von Sapoa war die Freilassung der Somoza-Gardisten und Contras angeboten worden. Gleiches gilt auch für die Erweiterung des Spielraums für die Opposition.

Auf der anderen Seite bildet sich jetzt die Möglichkeit der EntWaffnung der Contra. Positiv für die Sandinisten ist zudem der Aufruf, daß oppositionelle bewaffnete Gruppen nicht innerhalb und außerhalb der Region unterstützt werden dürfen und daß die Einhaltung dieses Punktes wieder internationaler Kontrolle unterworfen werden soll. Noch im Januar 1988 hatten die anderen Präsidenten dies abgelehnt. Dennoch wäre es falsch zu meinen, das Abkommen würde keine Risiken für die sandinistische Revolution bedeuten, zumal es einige Lücken enthält und Interpretationsspielräume läßt.

Die Ausweitung der Spielräume für die Opposition ist so ungenau formuliert, daß selbst bei weitgehender Auslegung durch die nicaraguanische Regierung ihr Nichterfüllung dieses Punktes vorgeworfen werden kann. Gleiches gilt auch bezüglich der Passage über die Demobilisierung, Repatriierung und Ansiedlung der Contras in Nicaragua oder Drittländern. Das in diesem Zusammenhang benutzte Wort „freiwillig“ wird von den verschiedenen Parteien mal auf alle drei Begriffe bezogen, mal nur auf Repatriierung und Ansiedlung. Während für Nicaragua nicht von einer freiwilligen Demobilisierung die Rede ist, scheint Honduras geneigt, es anders herum zu sehen.

Kurz vor dem Gipfel hatte Präsident José Azcona erklärt, Honduras würde nicht „an einer EntWaffnungsaktion teilnehmen, bevor die Contras nicht freiwillig die Waffen niederlegen“ würden (8). Eine andere Version, sich aus der Verantwortung zu stehlen, präsentierte spä-

**DIE PERSPEKTIVE DER CONTRA-AUFLÖSUNG  
MUßTE SICH NICARAGUA MIT EINEM  
GRÖßEREN SPIELRAUM FÜR DIE OPPOSITION  
ERKAUFEN, DIE DURCH DIE VERHEERENDE  
WIRTSCHAFTSKRISE AN KRAFT GEWINNEN  
KÖNNTE.**

ter der Chef des honduranischen Militärs, Humberto Regalado. Er erklärte: „Die USA haben die Contras finanziert und bewaffnet, jetzt müssen sie sie auch entwaffnen.“ (9) Zudem sind die Contras jetzt bereits dabei, ihre Lager zu verlassen und sich in anderen Regionen Honduras niederzulassen, um so der internationalen Kontrolle zu entgehen.

Klarheit, wie und ob die EntWaffnung der Contras stattfinden soll, wird wohl erst der nächste Gipfel Mitte Mai d.J. schaffen, wenn der entsprechende Plan ausgearbeitet ist.

**A**ber noch aus einem anderen Grunde bietet das Abkommen für die Sandinisten einige Risiken. Die Erweiterung des Spielraums der Opposition und darunter vor allem die Erlaubnis, die massive materielle Unterstützung, die sie aus dem Ausland erhalten wird, in Anspruch zu nehmen, findet vor dem Hintergrund einer weiter verschärften Wirtschaftskrise und radikaler Sparmaßnahmen der Regierung statt. Die Krise wurde im Oktober durch die Schäden in Höhe von 840 Mio. \$, die der Hurrican Joan angerichtet hat, noch weiter verstärkt.

Die Inflation erreichte 1988 über 20.000 %. Die wachsende Verarmung hat dazu geführt, daß im letzten Jahr ca. 100.000 Menschen vor allem Richtung USA auswanderten. Mit dem im Februar d.J. verab-

schiedeten Staatshaushalt werden jetzt die bisher umfangreichsten Sparmaßnahmen geplant, die auch vor vielen sozialen Errungenschaften nicht mehr haltmachen. Insgesamt soll das Defizit von 52 % auf 4 % verringert werden. Beim Verteidigungshaushalt betragen die Kürzungen 29 %, beim Innenministerium 40 % und erstmals wird auch mit 19 % beim Bildungsetat gespart. Folge dessen ist die Entlassung von 30.000 beim Staat Beschäftigten, denen empfohlen wird, in der Landwirtschaft tätig zu werden. (10)

Unter diesen Bedingungen wächst die Unzufriedenheit und nimmt der Anteil jener ab, die die Wirtschaftskrise nur auf den Krieg und den US-Boycott zurückführen. Die Folge ist bisher eher eine Zunahme der politischen Apathie als eine wesentliche Stärkung der Opposition. Bei einer gemeinsamen Demonstration am 15. Januar d.J. gelang es ihr lediglich 3-10.000 AnhängerInnen zu mobilisieren. Die FSLN brachte am 21. Februar immerhin 30-60.000 auf die Beine.

Grund für die mangelnde Mobilisierungskraft der Opposition ist ihre Aufspaltung in etwa 20 Parteien unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung, die um die Vorherrschaft ringen. Die Aussichten, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen, sind nach eigenen Aussagen nicht sehr groß. Größere Chancen rechnet sich die Opposition jedoch bei den Parlamentswahlen aus. (11)

Ihre Siegeschancen wurden durch den Gipfel jedoch nicht nur verbessert, sondern ihr wurden auch neue Steine in den Weg gelegt. So beklagte sich Roger Guevara, einer der Führer der CDN, daß die Verlegung der Wahlen nicht unbedingt der Opposition nutzen werde, da viele nicht darauf vorbereitet seien, eine Wahlkampagne zu führen. (12)

**M**it der Demonstration vom 21. Februar hat die FSLN bereits mit dem Wahlkampf begonnen. Gleichzeitig versucht die Regierung, zügig das Abkommen zu erfüllen. Dem Parlament wurde bereits ein Gesetzentwurf zur Freilassung der etwa 1.900 ehemaligen Nationalgardisten unterbreitet. Die etwa gleichviel gefangenen Contras sollen erst mit dem Beginn der Demobilisierung der Contras in Honduras freikommen.

Zudem wurden mit den Oppositionsparteien Verhandlungen über die angekündigten Gesetzesreformen begonnen. Diese sind sehr mühsam, weil einige Parteien sich den Gesprächen verweigern und zudem uneinheitliche Forderungen gestellt werden. Vom Gelingen dieses Dialogs wird jedoch nicht nur abhängen, ob es auch auf wirtschaftspolitischen Gebiet zu Vereinbarungen mit dem Unternehmerverband kommen kann, der gemeinsame Bemühungen zur Entschärfung der Wirtschaftskrise von politischen Verhandlungen abhängig macht. Eine Übereinkunft mit der Opposition wird es außerdem US-Präsident Bush erschweren, neue Contra-Hilfe durchzubekommen und die Erzielung der konkreten Vereinbarungen zur Demobilisierung der Contra erleichtern.

Und schließlich kann damit auch eine Verstärkung oder Wiederaufnahme aus westlichen Staaten abhängen. Die Bundesregierung hat erneut angekündigt, die Entwicklungshilfe wiederaufzunehmen, wenn Nicaragua seinen Verpflichtungen nachkomme. Daß es sich dabei diesmal nicht nur um Propagandasprüche handeln könnte, darauf deutet die Verdoppelung der Hurricanhilfe und der geplante Besuch des Entwicklungshilfeministers Hans Klein Anfang Juni d.J. in Managua hin.

Nicht nur die Beteiligung Bonns an der Beobachtertruppe verstärkt den Druck, die diskriminierende Haltung gegenüber Nicaragua aufzugeben. Angesichts des absehbaren Endes der Contra scheint sich auch in Bonn die Haltung durchzusetzen, daß nur noch der Weg der Kooperation offen ist, um Veränderungen in Nicaragua durchzusetzen.

#### Anmerkungen

- 1) Siehe: El País (EP), Madrid, 4.2.1989
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris, 19.2.1989
- 3) Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 22.2.1989
- 4) IHT, 3.3.1989
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1989
- 6) Le Monde, Paris, 17.2.1989
- 7) EP, 16.2.1989
- 8) Zit. nach Abrams in: IHT, 3.3.1989
- 9) FR, 8.3.1989
- 10) Vgl. Inforpress, 16.2. und 23.2.1989; ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, 15.2.1989 und Volkszeitung, Düsseldorf, 10.2.1989
- 11) Vgl. ANN, 21.2.1989
- 12) IHT, 19.2.1989

## Gemeinsame Erklärung der mittelamerikanischen Präsidenten

Der folgende Text gibt die wesentlichen Passagen der gemeinsamen Erklärung wieder, die die Präsidenten Mittelamerikas am 14.2.1989 in El Salvador unterzeichneten. Nicht berücksichtigt wurden Vereinbarungen über das mittelamerikanische Parlament, die Schuldenkrise und internationale Wirtschaftshilfe sowie über die Zusammenarbeit auf den Gebieten Umwelt, Flüchtlinge und Bekämpfung des Drogenhandels.

Die am 13. und 14. Februar 1989 im Departement La Paz der Republik El Salvador versammelten Präsidenten El Salvadors, Guatemalas, Honduras', Nicaraguas und Costa Ricas haben die Lage des Friedensprozesses in Mittelamerika analysiert. Sie haben Entscheidungen getroffen, die für sein Fortdauern notwendig sind und dabei vorausgesetzt, daß die Verpflichtungen, die im Rahmen von Esquipulas II und der Erklärung von Alajuela (Vereinbarungen der Gipfel vom August 1987 und Januar 1988; d. Red.), eingegangen wurden, ein einheitliches und unteilbares Ganzes bilden.

Die Präsidenten Costa Ricas, El Salvadors, Guatemalas und Honduras' haben die vom verfassungsmäßigen Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega Saavedra, erklärte Bereitschaft zur Kenntnis genommen, im Rahmen der Abkommen von Esquipulas II einen Prozeß der Demokratisierung und der

Die Präsidenten N. Duarte (l.) und D. Ortega während des Gipfeltreffens in El Salvador



nationalen Versöhnung in seinem Land in Angriff zu nehmen, zu dem u.a. folgende Maßnahmen gehören:

Nachdem die Wahlgesetze und die Gesetzgebung, die die Meinungsäußerung, die Information und die Ordnung der öffentlichen Meinung regelt, auf eine Weise reformiert wurden, daß die Organisation und politische Aktion der Parteien im weitesten Sinne garantiert werden, wird eine erste, viermonatige Periode für die Vorbereitung, Organisation und Mobilisierung der Parteien beginnen. Darauf wird eine neue Periode von sechs Monaten politischer Aktivität folgen, an deren Ende die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Vertreter für die Nationalversammlung, die Gemeinden und das mittelamerikanische Parlament stehen werden. Die Wahlen sollen spätestens am 25. Februar 1990 stattfinden, es sei denn, daß die Regierung und die politischen Parteien der Opposition übereinkommen, sie zu einem anderen Zeitpunkt abzuhalten.

Die nicaraguanische Regierung wird die Vertreter der politischen Parteien der Opposition angemessen im Obersten Wahlrat beteiligen. In diesem Sinne rufen die Präsidenten die politischen Parteien Nicaraguas auf, sich am Wahlprozeß zu beteiligen. Internationale Beobachter, insbesondere die Vertreter der Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten werden eingeladen, in allen Wahlbezirken während der o.g. beiden Etappen anwesend zu sein, um die Redlichkeit des Prozesses festzustellen.

Die Regierung Nicaraguas wird das freie Funktionieren der Kommunikationsmedien durch die Revision und Veränderung des Mediengesetzes ebenso garantieren wie den gleichen Zugang aller politischen Parteien zum Fernsehen und den staatlichen Radiosendern, was Sendezeit und -dauer angeht. Die nicaraguanische Regierung wird allen Medien erlauben, sich entsprechend ihren Wünschen im eigenen Land oder im Ausland mit allen für die vollständige Durchführung ihrer Arbeit notwendigen Materialien, Geräte und Ausrüstungen zu versorgen.

In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Präsidenten Nicaraguas und der Initiative des Präsidenten Honduras', verpflichten sich die mittelamerikanischen Präsidenten, innerhalb von höchstens 90 Tagen einen gemeinsamen Plan für die Demobilisierung, die freiwillige Repatriierung oder Niederlassung der Mitglieder des Nicaraguanischen Widerstands und ihrer Familienangehörigen in Nicaragua oder in Drittländern auszuarbeiten. Zu diesem Zweck wird um technische Unterstützung durch spezialisierte Organisationen der Vereinten

Nationen gebeten.

Um dazu beizutragen, Bedingungen für die Demobilisierung, die freiwillige Niederlassung oder Repatriierung der Nicaraguaner zu schaffen, die sich an direkten oder indirekten bewaffneten Aktivitäten beteiligt haben und sich auf honduranischem Gebiet befinden, hat die Regierung Nicaraguas beschlossen, Gefangene (Contras und ehemalige Mitglieder der Somoza-Nationalgarde; d. Red.) freizulassen in Übereinstimmung mit der Klassifizierung, die die Interamerikanische Menschenrechtskommission vorgenommen hat.

Dieser Plan sieht auch die Unterstützung für die Demobilisierung all jener Personen vor, die an bewaffneten Aktionen in Ländern der Region beteiligt waren oder sind, wenn sie freiwillig darum nachsuchen.

Um die Verpflichtungen zur Überwachung der Sicherheit zu erfüllen, wird die Exekutivkommission (bestehend aus den fünf Außenministern; d. Red.) damit beauftragt, sofort die technischen Sitzungen einzuberufen, um den geeignetsten und effizientesten Mechanismus zu schaffen, wie er in den Gesprächen vereinbart wurde, die mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York stattgefunden haben. (Hierbei geht es um die Kontrolle des Grenzgebietes zwischen Nicaragua und Honduras durch UN-Beobachter; d. Red.).

Die Präsidenten haben den Auftrag der nationalen Versöhnungskommissionen bekräftigt, ihre besonderen Überprüfungsaufgaben in den Bereichen fortzusetzen, die ihnen im Abkommen von Guatemala und der Erklärung von Alajuela zugewiesen wurden und die Exekutivkommission periodisch über die Ergebnisse ihrer Arbeit zu informieren.

Die mittelamerikanischen Präsidenten haben mit aller Entschiedenheit die Forderung in Abschnitt 5 des Abkommens von Esquipulas wiederholt, wonach die Regierungen innerhalb und außerhalb der Region, die offen oder verdeckt irregulären Kräften oder Aufstandsbewegungen in diesem Raum Hilfe zukommen lassen, diese Hilfe sofort einzustellen. Ausgenommen davon ist die humanitäre Hilfe, die zu den Zielen dieses Dokumentes beiträgt.

Die Präsidenten fordern alle gesellschaftlichen Gruppen und besonders die Aufstandsbewegungen und irregulären Kräfte, die in der Region tätig sind, auf, sich an den verfassungsmäßigen politischen Prozessen in jedem Land zu beteiligen. In diesem Sinn richten sie einen Aufruf an alle salvadorianischen gesellschaftlichen Kräfte, sich an den nächsten Wahlen zu beteiligen. (...)

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, Nr. 825/16.2.1989)



INTERVIEW MIT ROBERTO ROCA (FMLN)

# Die Mächtigen fürchten sich vor der Demokratie



Roberto Roca ist Mitglied des Generalkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN). Im folgenden Interview, das Jorge Sampson von der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ANN mit ihm führte, kommentiert er den jüngsten Verhandlungsvorschlag der FMLN und schildert ihre neuen Vorstellungen über den Sieg der Revolution und das zukünftige El Salvador.



„Dies ist der Frieden von Duarte“

**FRAGE:** Die Tatsache, daß die salvadorianische Guerilla zum erstenmal Wahlen als eine Möglichkeit zur Lösung des militärischen Konfliktes akzeptiert, hat die Widersprüche unter den traditionellen Politikern verschärft. Hat es auch innerhalb der FMLN Differenzen wegen des Vorschlages gegeben?

**R. ROCA:** Die Widersprüche in den Reihen der politischen Kräfte, die das Counterinsurgency-Projekt (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) unterstützen, haben tatsächlich ein nie gekanntes Ausmaß angenommen. In El Salvador erleben wir das Phänomen einer neuen Diktatur, eines Regimes mit demokratischer Fassade, wo in Wirklichkeit das Militär das Sagen hat. Es ist eine Demokratie, die nur die Rechte miteinbezieht.

Innerhalb der FMLN bestehen keine Widersprüche. Im Gegenteil, in den vergangenen acht Jahren des Kampfes hat sich unsere Einheit gestärkt. Natürlich haben wir auch unsere Hochs und Tiefs gehabt. Aber im gemeinsamen Überwinden der Hindernisse haben wir die Einheit gefördert. Der Prozeß der Entscheidungsfindung benötigt immer weniger Zeit. So zum Beispiel konnten wir uns in wenigen Tagen über die militärischen Pläne für die Zeit von September bis Dezember vergangenen Jahres einigen. Sowohl für die nationale Führung wie auch für die Basis ist es befriedigend zu sehen, wie groß die Übereinstimmung ist.

**FRAGE:** Comandante, die FMLN hat versprochen, jegliche Regierung, die aus den Wahlen hervorgeht, zu respektieren, sofern der Wahlprozeß sauber und demokratisch abläuft. Sicher haben Sie die Möglichkeit, die Wahlen zu verlieren, in Betracht gezogen. Bedeutet das, daß der bewaffnete Kampf ein Ende nehmen wird?

**R. ROCA:** Uns ist es wirklich ernst mit diesem Vorschlag, wir haben die Kräfteverhältnisse in unserem Land gründlich analysiert. Wir

sind vollkommen sicher, daß die uns nahestehenden Parteien und Massenorganisationen die politische Mehrheit ausmachen, nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch qualitativ, was Aktivität, Organisation und Militanz betrifft.

Deshalb meinen wir, daß uns der Sieg bei echten Wahlen gewiß ist, sofern die Bedingungen für einen sauberen Ablauf der Wahlen gewährleistet sind.

Die juristischen Hürden, die sie uns in den Weg legen wollen, widerspiegeln die Angst der Rechten vor einer möglichen Beteiligung des Volkes über die Plattform des demokratischen Parteienbündnisses Demokratische Konvergenz (CD). Es ist eine realistische Plattform, die Lösungen sucht, ohne das Volk zu betrügen. Wir sind der Meinung, daß die CD unter den gegenwärtigen Bedingungen in El Salvador der einzige möglich politische Weg ist.

**FRAGE:** Heißt das, daß die FMLN keine Möglichkeit sieht, die Waffen niederzulegen?

**R. ROCA:** Das war für uns bisher noch kein Thema. Wir sprachen von einem fünftägigen Waffenstillstand, aber wir sind bereit, über eine Verlängerung zu verhandeln. Wir wollen realistisch sein, denn bisher war es immer die Armee, die sich einer Waffenruhe widersetzt.

Ein permanenter Waffenstillstand bedarf umfassender Verhandlungen, die über die simple Forderung an uns, den bewaffneten Kampf aufzugeben, hinausgehen. Es ist weder ernsthaft noch realistisch, von uns im Tausch gegen die Wahlen die Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu fordern. Frühere Wahlen haben auch nichts an der Situation in El Salvador geändert. Es geht darum, Bedingungen für Wahlen zu schaffen, die eine Zukunft des politischen statt des bewaffneten Kampfes möglich machen.

**FRAGE:** Einige führende Vertreter der FMLN haben von einer pluralistischen und klassenübergreifenden Revolution in El Salvador gesprochen. Das ist ein neuer, nicht orthodoxer Gedanke innerhalb der zentralamerikanischen Linken, der sich immer mehr auszubreiten scheint. Könnte man das eine lateinamerikanische Revolution neuen Typs nennen?

**R. ROCA:** Allerdings. Jede Revolution ist immer etwas Neues. Die revolutionären Prozesse beginnen mit wenig definierten Konzepten, belastet von Erfahrungen anderer. Manche nennen es Orthodoxie, wenn man definiert, was Revolution sein soll oder sein kann.

Während wir unsere eigene Revolution machen, werden wir reifer und selbständiger. Berücksichtigt man den aktuellen Stand der Konfrontation zwischen der Revolution und der Konterrevolution, müssen wir uns im Klaren sein, daß unsere Länder eine lange Übergangsphase durchmachen müssen, um zu einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung oder, anders ausgedrückt, zum Sozialismus zu gelangen. Dabei müssen wir politische und militärische Anstrengungen miteinander verbinden.

**FRAGE:** Können Sie uns etwas über die veränderte Bündnispolitik im Rahmen der siegreichen Revolution sagen? Hat sich das Modell der Revolution, das früher in dieser Region maßgebend war, dialektisch gewandelt?

**R. ROCA:** Die Ausdrucksform des Klassenkampfes sind verschieden und müssen sich der Realität anpassen. Das fundamentale Problem Lateinamerikas ist, seine Souveränität wiederzuerlangen. Angesichts dieses Ziels wäre es völlig falsch, eine Politik des Klassenkampfes im traditionellen Sinn zu betreiben.

Wir versuchen, zu einem nationalen Konsens zu gelangen. Wir kämpfen für eine demokratische Volksrevolution. Das heißt, anderen Klassen und Schichten muß vollständige Freiheit und das Organisationsrecht garantiert werden. Wir können nicht davon ausgehen, daß nur ein Teil des Volkes, auch wenn es die Mehrheit ist, die Wahrheit gepachtet hat.

Historisch betrachtet ist der Imperialismus in Lateinamerika nach zwei Schemata vorgegangen: Erstens hat er hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Staaten das Konzept divide et impera! („Teile und herrsche“; d. Red.) vertreten, und zweitens hat er, um die revolutionäre Bewegung zu spalten und zu vernichten, in jedem Land Regierungen unterstützt, die nicht die Interessen des Volkes vertreten.

Doch Lateinamerika ist in eine neue Phase seiner politischen Entwicklung getreten. Heute stellt sich als erstes die Frage, wie die Volksbewegung und ihre Avantgarde vereint werden können. Auch die Regierungen bemühen sich, gemeinsame Wege zu finden, um ihre Souveränität verteidigen zu können: So ist zum Beispiel die Gruppe der Acht entstanden.

**FRAGE:** Die Machtergreifung durch einen Wahlsieg würde bedeuten, daß die heutige Wirtschaftsordnung intakt bleibt. Kann

man unter diesen Bedingungen eine echte Revolution machen? Wie würde zum Beispiel die Agrarfrage gelöst?

**R. ROCA:** Die erste große Aufgabe unserer Revolution wäre eine Reihe von Reformen, die bis heute toter Buchstabe geblieben sind und deshalb nichts anderes als Täuschungen waren. Es wird so getan, als gäbe es eine Agrarreform, aber sie hat das Problem des Landbesitzes nicht gelöst.

Das größte Potential der salvadorianischen Wirtschaft ist qualitativ und quantitativ die Arbeitskraft der Bevölkerung. Wir müssen allen die Möglichkeit geben zu arbeiten.

Was sofort in die Hand genommen werden muß, ist die Ausrottung der Korruption im Staatsapparat, was an und für sich schon eine große revolutionäre Tat sein wird. Das würde sofort neue Perspektiven für einen wirtschaftlichen Aufschwung in verschiedenen Bereichen eröffnen. Solange der Staat als Quelle zur persönlichen Bereicherung betrachtet wird, kann es zu keinem Aufschwung kommen. Es muß eine wirkliche Demokratie und eine gemischte Wirtschaft garantiert werden. Vor allem müssen wir aber eine Lösung für die historischen Forderungen unseres Volkes finden, für Arbeit, Bildung, Boden, Gesundheit und Recht auf Wohnung.

Diese Forderungen können nicht von heute auf morgen realisiert werden, aber es kann die Basis dafür gelegt werden, damit die Revolution ohne Halt vorangeht.

(Quelle: ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, Nr. 144/15.2.1989)

## Verhandlungen fehlgeschlagen

**Aufgrund der Weigerung des salvadorianischen Parlaments, der Armee und Präsident Duarte, die Präsidentschaftswahlen zu verschieben, ist ein Vorschlag der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), den Krieg zu beenden, gescheitert. Die FMLN rief zum Boykott der Wahlen vom 19. März d.J. auf.**

Am 24. Januar d.J. hatte die FMLN angeboten, die Präsidentschaftswahlen anzuerkennen und die Kandidatur der Demokratischen Konvergenz (CD) zu unterstützen unter der Bedingung, daß sie auf den 15. September d.J. verschoben, unter fairen Bedingungen stattfinden würden und die Repression beendet würde (siehe DRITTE WELT 3/1989, S. 10 ff.).

Angesichts der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Bereitschaft der FMLN, sich auf das einzulassen, was die Rechte immer verkündet hatte – freie Wahlen und Achtung der Menschenrechte –, mochten die Herrschenden diesen Vorschlag nicht pauschal ablehnen, zumal Washington positive Elemente ausmachte. Am 20. Februar kam es deshalb in Mexiko zu einem Treffen zwischen der FMLN und Vertretern aller 13 salvadorianischen Parteien, um über den Vorschlag zu verhandeln.

Bei dieser Gelegenheit legte die FMLN eine Ergänzung ihres Vorschlages vor. Darin erklärte sie sich bereit, den bewaffneten Kampf definitiv einzustellen, sich ins politische Leben einzugliedern und eine einzige Streitkraft anzuerkennen, wenn diese derart umstrukturiert würde, daß sie nur zur Verteidigung der Demokratie und der nationalen Souveränität dienen könnte. Als Bedingungen hierfür forderte sie die Bestrafung der für politische Verbrechen Verantwortlichen, die Reduzierung der Armee auf 12.000 Mann, die Auflösung der Sicherheitskräfte und die Bildung einer Polizei, der ebenso wie der Armee Repressionsmaßnahmen aus politischen Motiven untersagt wären. Um diese Punkte

zu diskutieren, schlug sie die Bildung von Verhandlungskommissionen vor, die u.a. einen Waffenstillstand und eine Wahlreform vereinbaren sollten. Wahlen sollten vier Monate nach Vereinbarung eines Waffenstillstandes stattfinden.

Um ohne Gewichtsverlust dennoch den FMLN-Vorschlag abzulehnen, hatten sowohl Präsident Duarte als auch die Führer der Christlichen Demokraten und der rechtsextremen ARENA-Partei immer wieder darauf hingewiesen, daß die Verfassung die von der FMLN geforderte Verlegung der Wahlen nicht zulasse. Dabei hatten sie von der Armee Rückendeckung erhalten. Am 14. Februar hatte Verteidigungsminister Vides Casanova erklärt: „Wenn Präsident Duarte einen Tag länger (als der 1. Juni d.J.; d.Red.) an der Macht bleibt, sieht sich die Armee verpflichtet, ihn abzusetzen.“

Um diesen Vorwand zu entkräften, schlug die FMLN auf dem Parteientreffen vor, daß das Parlament einen Übergangspräsidenten wählen sollte. Auf dem Treffen wurden zwar keine Vereinbarungen erzielt, jedoch einmütig Präsident, Parlament und Parteien zu Verhandlungen mit der FMLN aufgerufen.

Präsident Duarte reagierte darauf am 26. Februar mit einem Gegenvorschlag, um aus der Defensive herauszukommen, eine wirkliche Übereinkunft zu verhindern und die Wahlchancen des christdemokratischen Kandidaten Chavez Mena zu verbessern. Demagogisch war dabei nicht nur der Vorschlag, innerhalb von weniger als 48 Stunden Verhandlungen mit der FMLN in Guatemala aufzunehmen, sondern auch die Forderung an Armee und Guerilla, gleichzeitig die Waffen ruhen zu lassen. Um der FMLN den Schwarzen Peter zuzuschieben, verkündete die Armee entsprechend dieser Forderung am 1. März einen einseitigen Waffenstillstand.

Zudem hatte Duarte eine Verschiebung der Wahlen auf den 30. April angeboten, und dies von der Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht. Dabei war von vornherein klar, daß das von der ARENA beherrschte Parlament dies ablehnen und

die Verschiebung der Wahlen der FMLN nicht reichen würde.

Die FMLN akzeptierte das Verhandlungsangebot dennoch und schlug vor, am 4./5. März in der Hauptstadt zusammenzutreffen. Sie beharrte jedoch auf einer weiteren Verschiebung der Wahlen und lehnte einen Waffenstillstand ohne Vereinbarung genauerer Modalitäten mit der Armee ab.

Nachdem ihr Angebot unbeantwortet blieb und das Parlament einer Verschiebung der Wahlen nicht zugestimmt hatte, lehnte es die FMLN am 8. März ab, noch vor dem 19. März mit einer Verhandlungskommission aus Regierungs- und Parlamentsmitgliedern zusammenzutreffen. Sie rief stattdessen zu einem Boykott der Wahlen auf.

Nico Biver

## EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

*Waffen für El Salvador*

Postgiroamt Berlin-West  
Sonderkonto  
288 59-107  
Bankleitzahl 10010010  
Freunde der alternativen  
Tageszeitung e.V.  
1000 Berlin 65



Kontostand 22.2.1989  
**4.192.661,56 DM**

UnterstützerInnen:  
Arbeiterkampf, Cuba Si,  
Ides, Illa-Info, Inprekorr,  
Konkret, Radio Dreyeckland,  
DRITTE WELT



## Politische Lösungsprozesse aktiv mit vorantreiben!

In der Tat sollte der Titel „Endzeit für regionale Konflikte?“ zur kontroversen Diskussion herausfordern, was sie nach schleppendem Beginn (zu viele Statements!) spätestens ab Heft 11/88 denn auch wurde. Abschließend möchte ich sie als anregend und produktiv bewerten, weil so manche Denkanstöße gegeben und neue Fragen aufgeworfen wurden.

In anderen Organen blieb diese Debatte jeweils in den Ansätzen stecken, z.B. im Informationsdienst Südliches Afrika und im Rundbrief des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung. In der Dritte-Welt-Szene blieb sie fast ganz außen vor. Im Nachhinein erscheint es mir nur zu berechtigt, daß wir an dieser Stelle ein Diskussionsforum eröffnen, angeboten haben. Dies gilt umso mehr angesichts der Fortdauer gravierender weltpolitischer Veränderungsprozesse, nämlich: an die Stelle globaler Konfrontation trat der Dialog der Weltmächte; Einstieg in die Abrüstung, obwohl in noch sehr begrenztem Maße; Umschlag regionaler Friedensprozesse; Aufwertung der UNO u.a.m. Da dieser 1987/88 angelegene Wandel eine globale und regionale Seite hat, welche sich wechselseitig stark beeinflussen, gilt es, Auswirkungen und Wechselverhältnisse beider Komponenten mit einzuschätzen. Und hier sind Solidaritäts- und Friedensbewegung gefordert.

Von daher fand ich insbesondere die rege Beteiligung von Kräften, die vornehmlich in der Friedensbewegung aktiv sind, sehr bereichernd und produktiv. Bedauerlicherweise stieß dabei allerdings unser Bemühen um grün-alternative und sozialdemokratische DiskutantInnen nicht auf Gegenliebe. Schade auch, daß in den Solidaritätsbewegungen zu Mittelamerika und zum Südlichen Afrika aktive VertreterInnen nicht zum Einklinken in die Debatte zu verleiten waren. So blieben die vielversprechenden einleitenden Beiträge, vom Infobüro Nicaragua bis hin zu H. Dietrich (8-9 und 10/88), unaufgegriffen. So kamen die aktuellen Anliegen und Kenntnisse dieser gegenwärtig stärksten Solidaritätszweige nicht richtig zum Tragen.

Eine andere Schwachstelle bestand darin, daß an unsere begleitenden recht zahlreichen Strategie- (etwa Primakow in 11/88) und Hintergrundbeiträge zu Einzelkonflikten (z.B. J. Beckers „Serie“ zu Angola/Namibia) nicht angeknüpft wurde, womit die Debatte am Gegenstand hätte anschaulicher gemacht und vertieft werden können. Als das größte Versäumnis in diesem Zusammenhang erscheint mir das Nichtthematisieren der Auswirkungen regionaler Friedensprozesse auf die Kampfbedingungen der jeweils davon berührten Befreiungsbewegungen, voran ANC, SWAPO, PLO, Frente POLISARIO und FMLN, und der hieraus erwachsenden veränderten Aufgabenstellung für die hiesige Solidaritätsarbeit. Dies kann hier, schon aus Platzgründen, nur kurz umrissen werden, um es im parallel angelaufenen Diskussionsforum zum Internationalismus (3/89) ausgiebiger zur Sprache zu bringen.

Zwei weitere Aspekte der Regionalkonflikte-Debatte müssen notgedrungen dorthin verlagert werden: Zum einen ist die Diskussion zuletzt (in 1-2 und 3/89) unverhofft vom Regionalkonflikt-Bezug gänzlich zu Grundsatzfragen des Imperialismusverständnisses und der Gegenstrategie(n) abgedriftet. Auf die diesbezügliche Fundamentalkritik von L.A. Heinrich/Ch. Pauli an den Positionen J. Reuschs sollte und möchte letzterer selbst in Heft 5 oder 6/89 antworten. Die von seinen Kritikern bemühten Streitpunkte wie Veränderbarkeit, d.h. Reformierbarkeit bzw. Friedensfähigkeit des Imperialismus oder des andersartigen Stellenwerts von globalen Problemen für die Weltpolitik wie soziale Bewegungen passen durchaus in den für die Internationalismus-Debatte bereits abgesteckten Rahmen.

Zum anderen kann ich aus Platzgründen hier nicht, wohl aber im Rahmen der Internationalismus-Runde, in aller Ausführlichkeit auf Ch. Paulis Etikettenvergabe, ich sei bei „Klassenzusammenarbeit statt Antimperialismus“ gelandet, antworten (11/88). Hier sei nur ein Teil vorweggenommen: Der Begriff Regionalkonflikte ist kein „Nicht-“, sondern ein Überbegriff, der als UNO-Bezeichnung tauglich, also gar nicht klassenkämpferisch auf die Welt gekommen sein kann. Für mich gibt es bislang keinen tragfähigen Begriff, welcher auf die unterschiedlichen Konflikte bzw. Kriegsszenarien, d.h. Grundtypen nicht-lokaler Krisenherde in der Dritten Welt, anwendbar wäre. Listigerweise enthält uns Pauli seinen übergreifenden Begriff bis heute vor. Oder weiß er keinen?

Offenbar nicht, hält er doch jeden Rückzug des Imperialismus für völlig ausgeschlossen, da dieser nur verhandlungsbereit wäre, sofern er „die Ernte einfahren“ könne. Allein die Rückbesinnung auf den Ausgang des Vietnamkrieges (1973-75) oder der Kubakrise (1962) zeugt vom Gegenteil. Die Weltmacht Nr. 1 mußte verhandeln und dicke Abstriche dabei machen. Teilabstriche derselben Art muß sie derzeit etwa im Fall Angola/Namibia bringen. Umgekehrt ist den betroffenen Völkern und Befreiungskräften, die sich ihrerseits auf Teilabstriche einlassen, am allerwenigsten zuzumuten, stattdessen lieber auf den Sturz der Imperialisten durch Ch. Pauli bzw. die marxistische Linke in den imperialistischen Zentren zu warten. Auch gutgemeinte Plattitüden helfen da keinen Deut weiter. Auf dem Holzweg befindet sich Pauli ferner mit der Unterstellung, ich leitete positive Resultate bei Regionalkonflikten aus einer(r) durchgängigen Tendenz zur Stärkung des antimperialistischen Kampfes“ ab. Meine Weltsicht ist weder derart primitiv, euphorisch noch so undifferenziert wie die seinige. Nur plädiere ich energisch dafür, die aus den gegenwärtigen weltpolitischen Veränderungsprozessen erwachsenden Chancen und neuen Anknüpfungspunkte zu nutzen, um diese unter der Vorrangigkeit der Interessenwahrung von Revolutionsregierungen und Befreiungsbewegungen mit vorantreiben zu helfen.

Es bedarf also heute unserer verstärkten Solidarität. Nur muß unter den aktuell veränderten internationalen Rahmenbedingungen hinzukommen, daß diese gepaart wird mit der Mobilisierung für politische Lösungsprozesse. Das erfordert ferner unsere erhöhte Wachsamkeit gegenüber interventionistischen Rückgriffen und vertragsbrüchigen Manipulationen etwa seitens Pretorias oder Washingtons gegenüber Angola bzw. der SWAPO. Und das muß in einer Übergangssituation ganz vordringlich unsere weitaus stärkere Unterstützung jener Befreiungsbewegungen wie ANC, SWAPO oder FMLN mit einschließen. Diese haben ihrerseits Abstriche hinzu-

nehmen, und zwar seitens der beteiligten Revolutionsregimes (Sandinisten, MPLA-Regierung) und sozialistischen Staaten (Kuba, UdSSR). Gerade, wenn Letztere ihre Hilfe vertragsgerecht – wie ja auch die Gegenseite – reduzieren, müssen die Solidaritätskräfte in den westlichen Metropolen zulegen, um aufreißende Lücken zu stopfen, aber zuallererst um zuhause für die breitestmögliche politische Rückendeckung (Antimperialismus!) zu sorgen.

Meines Erachtens ist freilich die Voraussetzung für eine solche gewandelte Solidaritätspraxis eine ernsthafte Diskussionsbereitschaft über die neuen Momente der Weltpolitik, den Spannungstrend. Nur dann nämlich kann in breiterem Maße Unterstützung für Befreiungskräfte hierzulande organisiert werden. Erst eine solche – so Pauli abwertend – „Gespensterdiskussion“ weckt die Einsicht in die MitVeränderbarkeit von internationalen und regionalen Kräfteverhältnissen. Nur auf diese Weise kann eine gerade in der gegenwärtigen Übergangssituation verbreitete Passivität unserer Solidaritätsbewegung überwunden werden. Der Verweis auf ein mangelhaftes Umdenken bei den herrschenden Kreisen der USA/NATO (so H.H. Groß und andeutungsweise K.H. Hansen in 11/88) reicht da nicht.

Damit will ich keineswegs gegen ein gesundes Mißtrauen und damit die nötige antimperialistische Wachsamkeit anreden, im Gegenteil. Beides bleibt unverzichtbar angesichts des Beharrens Washingtons auf der Reagan-Doktrin, d.h. auf dem Interventionismus in der Dritten Welt, oder der NATO auf ihrem sog. „Modernisierungskonzept“, womit die Abrüstungsverhandlungen unterlaufen werden sollen. Aber erstere ist im Zuge regionaler Friedensprozesse und dank des Debakels der Reagan/Bush-Administration im „Testgelände“ Mittelamerika mittlerweile ramponiert und innenpolitisch stark umstritten. Und ähnlich der erstrebten neuen NATO-„Nachrüstung“ trifft der Interventionismus heute auf massive innere und äußere Gegenwehr, haben sich die politischen Kosten für die Herrschenden in Washington und Bonn empfindlich erhöht. Hinzu treten objektive Sachzwänge wie jener, daß infolge des Wettrenns nicht nur die sozialistischen, sondern auch die führenden NATO-Mächte an innere Grenzen der wirtschaftlichen Belastbarkeit gestoßen sind. Von daher ist es angebracht, ihre Machtfülle weder gering noch zu überschätzen.

Für unverzichtbar halte ich es schließlich, daß wir uns von einer Überbewertung des militärischen Elements freimachen, welche bei L.A. Heinrich (in 1-2/89) und Ch. Pauli anklängt. Angesichts der gegenwärtigen Grundtendenz in den internationalen Beziehungen, die meines Erachtens in der Aufwertung des politischen gegenüber dem vormals überstrapazierten militärischen Faktor besteht, wird dies zunehmend unzeitgemäß, ja ist das Ausschöpfen politischer Mittel zur Topaufgabe der Solidaritätsbewegung geworden.

Gewiß hat die Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses im Golfkrieg wie im Fall Angola/Namibia eine gewichtige Rolle für das Zustandekommen von Friedensprozessen gespielt. Aber dabei darf nicht ein anderer mitausschlaggebender Beweggrund unterschlagen werden, nämlich der globale Dialogprozeß. Kurzum: Die künstliche Abtrennung regionaler Konfliktszenarien vom globalen Spannungstrend bzw. Kräftespiel verkennt deren Wechselwirkung und damit unsere politische Mitveränderungsaufgabe.

WOLFRAM BRÖNNER  
CHEFREDAKTEUR VON DRITTE WELT

Alleingang der M-19

# Neue Friedenshoffnung für Kolumbien?

Die Guerilla-Bewegung 19. April (M-19) und die kolumbianische Regierung vereinbarten im Januar d.J. einen Waffenstillstand. Grundlage dafür war der Ende 1988 veröffentlichte Friedensplan des Präsidenten Virgilio Barco. Mit diesem Alleingang verfolgt die M-19 hauptsächlich das Ziel einer Rückkehr in die Legalität, um als Partei an den Wahlen von 1990 teilnehmen zu können.

Die anderen sechs Organisationen der Nationalen Guerilla-Koordination hatten anfänglich auf den Friedensplan der Regierung und auf das separate Abkommen mit der M-19 zurückhaltend reagiert. Auf einem Treffen zwischen Vertretern der Regierung, der Parteien und verschiedener Guerillagruppen, das Mitte Februar d.J. in der Provinzhauptstadt Ibagué stattfand, erklärten sie dann jedoch öffentlich ihre Ablehnung. (1)

Dies taten sie nicht etwa, weil sie gegen eine Beendigung der Gewalt in Kolumbien sind. Aber der Friedensplan hat drei entscheidende Schwächen: Die kolumbianischen Streitkräfte werden nicht miteinbezogen. Der Plan enthält keinen Hinweis darauf, wie die Terroraktivitäten der paramilitärischen Gruppen und Todesschwadronen verhindert werden sollen. Und er bringt die Guerilleros noch vor der Zusage endgültiger Garantien durch die Regierung in eine militärisch gefährliche Lage.

Der Friedensplan besteht aus drei Etappen: der Entspannungsphase, in der eine „Einstellung der terroristischen Aktivitäten“ verlangt wird; der Übergangsphase, in der sich die Guerilleros in einige wenige, genau bestimmte Gebiete zurückziehen sollen, bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens und der Bildung von „Normalisierungskommissionen“; und drittens der Wiedereingliederungsphase.

In dieser letzten Phase sollen politische und andere Maßnahmen das Leben und die Integrität der Guerilleros schützen, nachdem diese ihre Waffen abgeliefert haben. Dazu gehören die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die finanzielle Unterstützung der Wiedereingliederung. Außerdem soll dann auch eine neue Verfassung gültig werden, die durch soziale und politische Reformen ergänzt wurde. Das alles soll bis 1990 über die Bühne gehen. (2)

Scheint schon dieser Zeitraum für die militärische Entflechtung, die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen, die Wiederein-



M-19-Führer Carlos Pizarro (l.) und Präsidentenberater Rafael Pardo nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens

gliederung von 30 000 Guerilleros sowie die Diskussion der Verfassungsänderung äußerst kurz, so lassen auch andere Faktoren zur Vorsicht raten. Da ist erst einmal die grundsätzliche Frage, wie weit einer Regierung getraut werden kann, die Proteste gegen die von ihr mitverursachten sozialen Mißstände mit dem massiven Einsatz von Armee und Polizei zu ersticken sucht. So hatte die Regierung nur ein paar Tage nach der Veröffentlichung des Friedensplans in verschiedenen Städten des Landes auf friedliche Demonstranten geschossen. (3)

Ebenfalls mit Gewaltmaßnahmen verhin- derte die Regierung den am 27.10.1988 geplanten landesweiten Streik. Unter Berufung auf einen angeblichen Geheimplan der Guerilleros wurde der Ausnahmezustand verlängert. Hunderte von Gewerkschaftsführern wurden beim Verlassen der Gewerkschaftsbüros festgenommen.

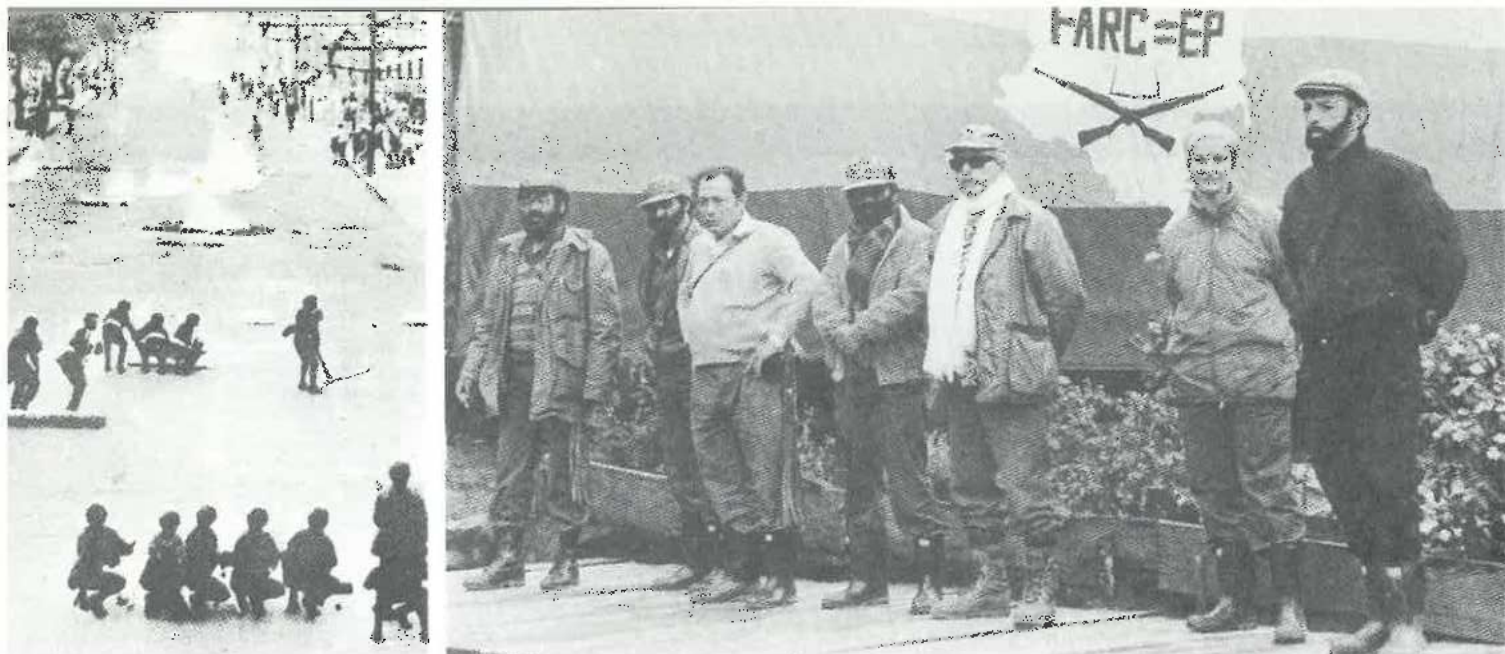
Gleichzeitig erklärte die Regierung sieben große Gewerkschaftsorganisationen vorüber-

gehend für illegal und fror ihre Konten ein. Den Medien wurde bei Androhung des sofortigen Lizenzentzugs verboten, über den geplanten Streik oder über die Motive für den Streik zu berichten. Vom 25.–27. Oktober 1988 waren nur offizielle Kommunikéés erlaubt. (4)

Nicht besser als mit der Regierung steht es mit den Streitkräften, denen ihre Macht längst eine Schlüsselposition im Land verschafft hat. Ohne die totale Einbindung der Militärs in den Friedensplan ist dieser nichts als wertloses Papier. Die Armeeführung hat wiederholt bekräftigt, daß sie einen Dialog mit den Guerilleros ablehnt.

Außerdem ist bis heute nicht ein einziger der Militärangehörigen, die nachgewiesenermaßen in Morden an Gewerkschaftern und linke Politiker verstrickt sind, festgenommen oder gar bestraft worden. Im Gegenteil: Die meisten der 59 Militärs, die z.B. 1983 vom Generalstaatsanwalt der Mitarbeit bei den Todesschwadronen angeklagt worden sind, er-





Proteste in Bogotá nach der Ermordung von José Antequera, des zweiten Mannes der UP, am 3. März d.J. (l.); Führer der Nationalen Guerilla-Koordination im FARC-Hauptquartier

hielten inzwischen eine Beförderung. (5)

Mit gezielten Attacken versucht die Armeeführung außerdem, selbst den äußerst unzulänglichen Friedensplan der eigenen Regierung zu Fall zu bringen. Im September 1988 mußte der damalige Verteidigungsminister Rafael Samudio Molina zurücktreten, weil er die Armee kurz nach der Veröffentlichung des Friedensplans aufgefordert hatte, gegenüber den Guerilleros „zu einer totalen Offensive überzugehen, den Feind zu zerschlagen und zu vernichten“.

Die Linie seines Nachfolgers, General Jaime Guerrero Paz, unterscheidet sich kaum von der Samudios. Noch vor seiner Ernennung hatte Guerrero Paz verkündet: „Es gibt keine andere Lösung, als die Bekämpfung der Guerilleros.“ Und zum Jahresende antwortete der Oberkommandierende des Heeres, General Nelson Mejía, auf die einseitige Verkündung einer Waffenruhe durch die Guerilleros: „Für uns existiert keine Waffenruhe. Die Guerilleros werden bald vernichtet sein, weil es in Kolumbien für sie keinen fruchtbaren Boden gibt.“ (6)

Bei so einer Haltung drängt sich der Verdacht auf, daß die Guerilleros mit dem Friedensplan in die Falle gelockt werden sollen. Wie anders ist der Passus in der zweiten Phase des Plans zu verstehen, daß die Guerilleros ihre Verbände ohne irgendwelche gesetzliche Garantien in bestimmten, vorher festgelegten Gebieten konzentrieren sollen?

Dazu kommt ein weiterer Aspekt, der die Realisierung des Regierungsplans in Frage stellt: das Verhalten der Todesschwadronen – sowohl jetzt als auch in einer ähnlichen Situation in der Vergangenheit. Denn auch nach dem Inkrafttreten des inzwischen verworfenen Friedensplans von 1984 hatten die Killerbanden erbarmungslos weitergemordet. Seitdem wurden mehr als 3000 frühere Guerilleros, linke Politiker – vor allem aus den Reihen der Patriotischen Union (UP), die den Guerilleros nahesteht – und Gewerkschafter umgebracht.

Nach offiziellen Angaben existieren in Kolumbien 140 rechtsradikale Killerbanden, von denen acht landesweit organisiert sind.

Hinter ihnen stehen hauptsächlich die rückschrittlich eingestellten Großgrundbesitzer des Landes und die jeweiligen Militärkommandanten. Ebenso wie zur Zeit Betancurs ist auch jetzt nicht zu sehen, wie das Treiben dieser paramilitärischen Banden beendet werden soll.

Der Kongreß-Abgeordnete der UP, Luis H. Oviedo Hernández, bemerkte hierzu: „Wir stimmen Präsident Barco zwar zu, daß die Waffen niedergelegt werden müssen; das muß jedoch bei den paramilitärischen Gruppen beginnen. Denn von den Guerilleros kann nicht verlangt werden, daß sie ihre Waffen abliefern, solange diese Gruppen existieren, die im ganzen Land die kolumbianische Erde mit Blut getränkt haben.“ (7)

So zum Beispiel im Falle der Stadt Segovia, in der im November 1988 wild um sich schließende Killer 43 Menschen ermordeten. Auch hier handelte es sich nicht um ein zufälliges Massaker: In Segovia regiert seit den letzten Gemeindewahlen die UP. Außerdem hatten die Einwohner der Stadt den Generalstreik vom Oktober unterstützt. Segovia war 1988 im übrigen das 48. Massaker mit mehr als fünf Toten. (8)

Die kolumbianischen Guerilla-Organisationen, die – mit Ausnahme der M-19 – bereits einen Monat zuvor ihre Aktivitäten spürbar verstärkt hatten, antworteten mit weiteren Aktionen auf das Massaker sowie auf das Verhalten der Militärs und der Regierung. Dabei fanden 22 Armeeangehörige und Polizisten den Tod. Nachdem schon im Oktober 1988 durch die gleichzeitige Zerstörung von Strommasten halb Kolumbien ohne Strom geblieben war, wurde auch im November wieder die Stromversorgung im Norden des Landes lahmgelegt. Bis einschließlich Oktober waren 100 Attentate auf die Erdöl-Pipelines Kolumbiens verübt worden. Bergbau- und Energieminister Mejía Vallejo bezifferte den dadurch entstandenen Schaden auf 600 Mio \$.

Auf der anderen Seite haben die Guerilleros der sechs weiterkämpfenden Organisationen Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC), Volksbefreiungsheer (EPL), Nationaler Befreiungsheer (ELN), Revolutionäre Ar-

beiterpartei (PRT), Quintín Lame und Freies Vaterland den Friedensplan Präsident Barcos als Äußerung des guten Willens begrüßt und direkte Verhandlungen zur Beseitigung seiner Schwächen angeboten. Dies hat Präsident Barco abgelehnt. (9) Da sich die Mehrzahl der kolumbianischen Guerilleros nach 40 Jahren Guerillakrieg kaum mit leeren Versprechungen zufriedengeben wird, ist ein Ende des Konflikts bisher nicht in Sicht.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 13.1.1989 und El País (EP), Madrid 14.1. und 19.2.1989
- 2) Vgl. Latin American Weekly Report (LAWR), London, 15.9.1988
- 3) Vgl. LAWR, 6.10.1988 und EP, 28.8.1988
- 4) Vgl. LAWR, 10.11.1988
- 5) Vgl. ebenda, 24.11.1988
- 6) EP, 6.11.1988; LAWR, 20.10.1988 und 5.1.1989
- 7) El Espectador, Bogotá, 18.8.1988
- 8) Vgl. LAWR, 24.11.1988; LM, 17.11. und 29.11.1988
- 9) Vgl. EP, 6.11.1988; The Economist, London, 22.10.1988 und LAWR, 15.12.1988

## AUF BRIGADE IN CUBA

SOLIDARITÄT UND VÖLKERFREUNDSCHAFT

Arbeit und starke Hitze  
Nichts für Touristen

MUT UND KRAFT ZUM  
WEITERKÄMPFEN IN DEN METROPOLLEN

Gemeinsam mit  
300 Brigadisten aus Cuba  
und 14 Ländern Westeuropas

von 10.9. bis zum 10.10.1989

Arbeit-Infos-Diskussionen-Filme  
Vorträge-Fiestas-Besichtigungen

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD - KUBA e.V.

Theodor-Heuss-Ring 26  
5000 Köln 1  
0221/13 18 36

SOLIDARITÄT UND VÖLKERFREUNDSCHAFT

## EINE REISE IN DIE REVOLUTION

## PUERTO RICO

MIGUEL RODRIGUEZ POHLMANN

Ständiges Tribunal der Völker

# Urteil gegen die USA

Im vergangenen September hatte die Lelio-Basso-Stiftung in West-Berlin, parallel zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, ein Tribunal gegen die beiden Finanzinstitutionen veranstaltet. Nun saß die Stiftungs-Jury des „Ständigen Tribunals der Völker“ in Barcelona über den Fall der Karibikinsel Puerto Rico zu Gericht. M. Rodriguez Pohlmann vom Frankfurter Institut für Lateinamerikanische Sozialforschung berichtet.

Die Vereinigten Staaten wurden im Fall der Karibischen Insel Puerto Rico vom „Ständigen Tribunal der Völker“, das vom 27.-29. Januar 1989 in Barcelona/Spanien tagte, des Kolonialismus für schuldig befunden. Dieses Tribunal der Lelio-Basso-Stiftung, welches die Erfahrungen der berühmten Bertrand Russell Tribunale fortsetzt, ist der Anklage Puerto Ricos (vom Internationalen Völkerrechtsbund unter L. Nieves Falcon vorgebracht) nachgegangen.

Verschiedene Experten und Zeugen, wie z.B. die Nordamerikaner A. Kinoy und M. Deutsch, berichteten u.a. über die US-verfassungswidrige Kolonialsituation zwischen den USA und Puerto Rico. A. Kinoy: „Die US-Verfassung verbietet ausdrücklich die Haltung von kolonialen Territorien.“

J. Maribra sprach von der Arbeit des Entkolonisierungsausschusses der UNO zum Fall Puerto Rico, die seit 1978 jährlich auf ihrer Tagesordnung steht. R. Zengotita, Mitglied des Komitees gegen die Repression, berichtete über die andauernde Unterdrückung (seit den 30er Jahren) der Unabhängigkeitsbewegung seitens der US-Regierungen, außerdem über den Zustand der 20 puertoricanischen politischen Gefangenen (die sich zum Teil in Isolationshaft befinden) und der 18 Puertoricaner, deren US-Justizprozesse wegen anticolonialer Tätigkeiten noch laufen. Sie sind alle im erzwungenen Exil in den USA.

Einer der Delegierten der Unabhängigkeitspartei Puerto Ricos (PIP) im Senat, D. Noriega, der im November 1988 die meisten Stimmen für einen Delegierten in der Geschichte der Kolonialwahlen erhielt, stellte die skandalösen Methoden der Polizei- und FBI-Überwachung und Dossier-Erstellungen von mehr als 175 000 Personen wegen ihrer anticolonialen Überzeugung dar.

Als Zeugen der US-Repressionswillkür traten alte und junge Nationalisten, die lange Haftstrafen hinter sich haben, vor das Tribunal. W. Morales, führendes Mitglied der bewaffneten Untergrundorganisation FALN, dem nach seiner Freilassung 1988 in Mexiko von der mexikanischen Regierung erlaubt wurde, in kubanisches Asyl zu gehen, sandte seine Stellungnahme in Form einer Video-

Aufnahme. Diese Entscheidung über Morales traf die mexikanische Regierung trotz starker Proteste des US-Außenministeriums.

Eine Mitteilung von F. Ojeda, Begründer der Macheteros-EPB (Untergrundorganisation), der sich in totaler Isolationshaft in den USA befindet, wurde verlesen. F. Ojeda hat bisher die längste Haftzeit (fast 4 Jahre) ohne Gerichtsverhandlung in der Geschichte des US-Justizsystems verbüßt. Puerto Rico ist eines der letzten Gebiete der Welt, die noch unter Kolonialherrschaft stehen, und zwar jenes mit der größten Bevölkerung (3,5 Mio). Die Jury des Ständigen „Tribunals der Völker“ war von Prominenten besetzt, darunter: G. Wald, Nobelpreisträger für Biologie (USA); R. Bäumlin, Professor für Verfassungsrecht und Mitglied des Schweizer Parlaments; G. Giraldi, Philosoph und Theologe (Italien); V. Abellán, Professorin für Völkerrecht (Spanien). Nicht anwesende Angehörige der Jury sind u.a.: García Márquez (Kolumbien), M. Oda (Japan), N. Chomsky (USA), A. Papandreou (Griechenland). Sie lehnten einstimmig die gegen internationales Recht verstoßenden kolonialen Verhältnisse in Puerto Rico ab und forderten die US-Regierung auf, den Weisungen der Charta von Algerien und der UNO, insbesondere des Entkolonisierungsausschusses über das Selbstbestimmungsrecht des puertoricanischen Volkes, Folge zu leisten.

Kundgebung für die Unabhängigkeit Puerto Ricos in San Juan





VICTORIA BRITAIN

Pretoria will salonfähig werden

# Innenpolitik zwischen Zuckerbrot und Peitsche

Durch die Kombination von Repression und Zugeständnissen will Pretoria sein Image im Ausland verbessern und im Innern den Widerstand in den Griff bekommen.

Während Namibia sich auf die Unabhängigkeit zubewegt, zeichnet sich in der politischen Entwicklung Südafrikas eine neue Phase ab. Vorbei sind offenkundig die Zeiten, wo das Regime, das sich sowohl von außen als auch von innen durch den „großen Angriff“ bedroht glaubte, an die Weltöffentlichkeit appellieren konnte. Nach acht Jahren „konstruktiven Engagements“ unter Reagans Präsidentschaft sieht es nicht so aus, als sollte sich an der Politik der USA im Südlichen Afrika unter seinem Nachfolger viel ändern. Und das bedeutet für die südafrikanische Regierung eine Ermüdung, ihre bisherige Überlebensstrategie zu verfeinern.

Daher hat Pretoria, um der feindlichen Hal-

tung des US-Kongresses zu begegnen, welcher mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen droht, Anstrengungen zur Verbesserung seines Images unternommen. Die Unterdrückung im Land nimmt zu – die Presse kann davon nicht berichten, weil sie der Zensur unterliegt –, aber die Außenpolitik gibt sich artig gegenüber Schwarzafrika. Letztes Jahr ist Präsident Botha zum ersten Mal nach Mosambik, Malawi, Zaire und der Elfenbeinküste gereist, womit er eine diplomatische Kampagne für eine Politik der Öffnung und der Normalisierung der Beziehungen einleitete (1).

Mehr noch, nach zehn Jahren intensiver militärischer und politischer Bemühungen

um den Fortbestand der illegalen Besetzung Namibias stimmt die südafrikanische Regierung jetzt dessen Unabhängigkeit zu. Dies stellt ein gewichtiges Argument dar bei den Bemühungen, der Ächtung der internationalen Völkergemeinschaft zu entgehen und das Land aus der Rolle eines Parias herauszubringen. Auch auf innenpolitischem Gebiet wurden der Weltmeinung mit der „Freilassung“ des Nationalistenführers Nelson Mandela (2) und der Umwandlung der Todesstrafe der „Sechs von Sharpsville“ einige Zugeständnisse gemacht.

Gleichzeitig bekundete die Regierung gegenüber dem Ausland ihren Willen, die Forderungen der extremen Rechten zu ignorieren, die gegen jede Konzession sind, sei es gegenüber der internationalen öffentlichen Meinung, sei es gegenüber der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Erstmals wandte sie das traditionelle Mittel des Verbots, bis dahin den Organisationen der Schwarzen vorbehalten, gegen eine weiße Gruppe, die neonazistische Weiße Befreiungsfront (BBB), an. Diese hatte sich für die Vertreibung aller Juden aus Südafrika und die Deportation aller Schwarzen in die Homelands (Bantustans) eingesetzt.

Die Verbotsverfügung erging nach einem Massaker in den Straßen Pretorias (sechs getötete und 15 verletzte Schwarze, das von dem burischen Amokschützen Barend Strydom begangen wurde). Dieser gehörte nicht der BBB an, sondern einer umfangreicheren und besser bekannten rechtsextremen Organisation, der Afrikaner Weerstandsbeweging (AWB). John Schabot, Chef der BBB, war der erste rechtsextreme Afrikaner, über den der Bann verhängt wurde, ebenfalls eine üblicherweise schwarzen Aktivisten vorbehaltene Maßnahme.

Durch die Bannung von Organisationen und Personen, die sich der Apartheid widersetzen oder durch die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit verschafft sich die Regierung die Mittel, um die Townships (Vorstädte der Schwarzen) wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese hatte sie während der Aufstände von 1984/85, am Vorabend der Gründung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und eines Netzes von Organisationen,

die der neuen Verfassung von 1984 und der Einrichtung eines Parlaments aus drei Kammern feindlich gegenüberstanden, fast verloren.

Sie ist auch in der Lage, scheinbare Zugeständnisse zu machen, um der internationalen öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. So hat sie Zwelakhe Sisulu freigelassen, den Verantwortlichen der „New Nation“, dessen Verhaftung im Ausland eine breite Protestbewegung entfacht hatte. Doch während die Entlassung des Häftlings von der ganzen Welt mit Genugtuung aufgenommen wurde, wurde er solchen Beschränkungen unterworfen, daß der Anwalt des Journalisten seine Lage „schlimmer als Gefängnishaft“ nannte.

Andere Freigelassene, so Govan Mbeki, der alte Führer des ANC, Christmas Tinto und Trevor Manuel von der Führung der UDF, die Anwälte Azhar Cachalia und Yunis Mohamed, ferner der Juraprofessor Raymond Suttner, erlitten das gleiche Schicksal wie die etwa 500 mit verschiedenen Verboten belegten Personen, die nicht die Möglichkeit haben, normal ihrem Beruf nachzugehen, sich politisch zu betätigen oder auch nur ihr Privatleben zu führen.

Raymond Suttner zum Beispiel muß sich täglich zweimal bei der Polizei melden. Doch was zählt, ist die Tatsache, daß die internationale Gemeinschaft sie schnell vergißt und häufig aufhört, Druck auf die Regierung auszuüben, wenn sie erst einmal aus dem Gefängnis entlassen sind. Gleichzeitig errichtet die drakonische Zensur eine Mauer des

**EINIGE POLITISCHE  
GEFANGENE KAMEN ZWAR  
FREI, DOCH IST IHRE LAGE  
WEGEN DER VIELEN  
VERBOTSMAßNAHMEN, MIT  
DENEN SIE BELEGT WURDEN,  
OFT NICHT BESSER ALS IN DEN  
GEFÄNGNISSEN**

Schweigens zwischen der öffentlichen Meinung und denen, die den Kampf weiterführen.

Ende 1988 wurden noch vier Studentenorganisationen verboten oder strengen Beschränkungen unterworfen. Damit erreichte die Gesamtzahl der im letzten Jahr auf diese Weise unterdrückten Gruppen 30. Wenn die Studenten bei den Bemühungen der Regierung zur Durchsetzung normaler Zustände in den Townships im Mittelpunkt standen, so deswegen, weil sie bei der Heranbildung der Protestbewegung seit 1984 eine hervorragende Rolle gespielt hatten.

In vielen Gebieten sind die Milizionäre (Vigilanten) wertvolle Instrumente zur Wiederherstellung der Ordnung geworden. Die Regierung hat ein gutes Mittel gefunden, um weiße Polizisten von dieser Aufgabe in den Townships zu befreien, indem sie die Schwarzen anstachelte, sich gegeneinanderzustel-



Zuckerbrot und Peitsche: Während die UDF-Führer P. Lekota (Mitte) und M. Chikane (r.) wegen „Hochverrats“ verurteilt wurden, gelang es durch Proteste im Ausland und im Innern (unten), die Todesurteile gegen die „Sechs von Sharpsville“ aufzuheben

len. „Schwarze gegen Schwarze“, das ist die neue Form der Gewalt, die seit zwei Jahren zu beobachten ist, besonders in Natal. Hunderte von Personen sind ums Leben gekommen, Tausende in einem Bürgerkriegsklima geflüchtet.

Menschenrechtsanwälte haben eidesstattliche Erklärungen und sogar Gerichtsurteile gesammelt, die Verbindungen zwischen der Polizei und den Milizionären der Inkatha (die Bewegung des Zulu-Chefs Buthelezi) nachweisen, die verschiedene Morde begangen haben; indes sind ähnliche Vorgänge auch aus anderen Regionen bekannt. (...)

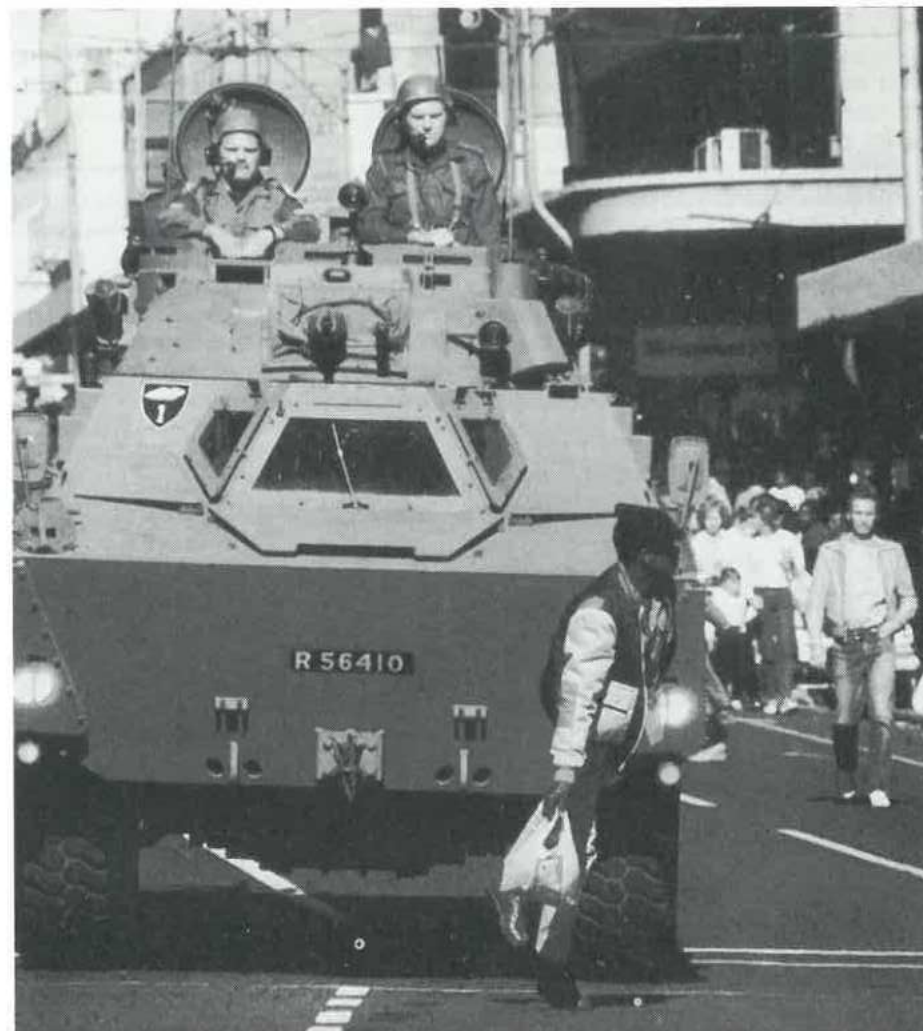
Auch die richterliche Gewalt wird eingesetzt, vor allem um die zu treffen, die in den Massenorganisationen verantwortliche Posten bekleiden. So wurden Ende 1988 Popo Molefe, Generalsekretär der UDF, Patrick „Terror“ Lekota, Pressesekretär, und Moss Chikane, ehemaliger Sekretär für Transvaal, wegen Verrats verurteilt. Dabei übernahm der Richter das Argument des Staates, wonach die UDF unter ihrer Führung eine mit der Linie des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) „praktisch identische“ Politik verfolge. Dieser Prozeß segnete praktisch eine Politik der Kriminalisierung der Oppositionellen ab, die Anfang letzten Jahres mit massiven Verbotsmaßnahmen gegen die Anti-Apartheid-Organisationen im Februar begann und dann mit dem Verbot jeder Art von Kritik gegen die Stadtratswahlen vom letzten Oktober fortgesetzt wurde.

Diese Wahlen wurden von der südafrikanischen Regierung als ein Wendepunkt im Rahmen der Reformen zur Abschaffung der Apartheid dargestellt. Die Wahlen fanden für alle Rassen am selben Tag statt, um eine gewisse Gleichheit vorzutäuschen. Die schwarzen Stadträte sollen danach ihre Vertreter für die Regionalräte wählen. Diese sollen wiederum neun Vertreter aus ihren Reihen für den



Nationalrat benennen, ein beratendes Gremium mit schwarzer Mehrheit zur Verfügung des Präsidenten: ein weiteres strategisches Instrument unter der Maske einer Reform.

Obwohl das Prinzip eines solchen Rates schon vor den Wahlen von einem bedeutenden Sektor des politischen Lagers der Apartheidgegner abgelehnt worden war – sie sahen darin nur den Versuch einer Irreführung der internationalen öffentlichen Meinung –, wollte Pretoria in den Wahlen vom Oktober 1988 einen Testfall sehen. Um einen entscheidenden Erfolg zu erzielen, scheute die Regierung kein Mittel: eine aktive Werbekampagne, Ver-



Panzerwagen in Johannesburg: Durch Machtdemonstrationen wird der öffentliche Protest in Grenzen gehalten



# Hungerstreik politischer Gefangener

„Freiheit oder Anklage“ – mit dieser Forderung traten am 23. Januar d.J. schwarze Häftlinge des Johannesburger Diepkloof-Gefängnisses in einen unbefristeten Hungerstreik. Rasch griff dieser auch auf andere Haftanstalten über, u.a. in Port Elizabeth, Duncan, Pietermaritzburg.

Viele der ca. 300 Hungerstreikenden wurden seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 12.6.1986 ohne Anklage und Gerichtsverfahren festgehalten. Insgesamt waren 32 000 Menschen, darunter 40 % Jugendliche und Kinder, in den 2 1/2 Jahren des Ausnahmezustandes willkürlich inhaftiert worden. Derzeit befinden sich noch 800–1000 Personen in den Gefängnissen, ohne daß ihnen jemals Gründe hierfür genannt wurden. Petitionen seitens Familienangehöriger, kirchlicher Kreise oder von Anwälten blieben erfolglos.

Diesem Hungerstreik, einem verzweifelten Aufschrei nach Gerechtigkeit, schlossen sich auch Sheena Duncan, die frühere Vorsitzende der weißen Frauen-Bürgerrechtsbewegung Black Sash, und am 13. Februar d.J. Allan Boesak, Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen, an (siehe Kasten).

Trotz Pressezensur und Versammlungsverbot stieß die Protestaktion auf breite Unterstützung. Anwälte bekundeten ihre Solidarität mit einem 48stündigen Hungerstreik, Christen beteiligten sich an einer von Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu vorgeschlagenen Fastenaktion. Mit den Hungerstreikenden solidarisch erklärte sich auch der Anti-Apartheid-Ausschuß der UNO.

Die Gefahr nur eines einzigen Toten im Hungerstreik mit einer für das Apartheidregime international negativen Wirkung bewirkte schließlich die Gesprächsbereitschaft der Regierungsseite. Am 14. Februar d.J. empfing Polizeiminister Adriaan Vlok eine Delegation von Kirchenvertretern unter Leitung von Bischof Tutu und Boesak. Auch traf er mit Anwälten und Familienangehörigen zusammen. Dabei deutete Vlok die Freilassung einer „beachtlichen Zahl“ politischer Gefangener an.

Während der Hungerstreik zunächst ausgesetzt wurde, nahmen in Häftlinge später vielerorts wieder auf, da, so ein Sprecher der Menschenrechtskommission, die langsame und zahlenmäßig geringe Freilassung von Gefangenen – etwa 100 in der Woche – das Problem nur „zeitlich zerstreue“, den Forderungen nach Freilassung aller unrechtmäßig Inhaftierten jedoch nicht nachkomme.

Dennoch konnten die Hungerstreikenden und die massiven Proteste südafrikanischer und weltweiter Apartheidgegner ein erstes Einlenken Pretorias erzwingen. Bischof Tutu rief u.a. die westeuropäischen Staaten auf, durch Druck auf Südafrika zur Beendigung des Hungerstreiks beizutragen. Inzwischen appellierte auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach einer Kapreise ihres stellvertretenden Vorsitzenden Volker Rühe, an die südafrikanische Regierung, die ohne Anklage Festgehaltenen freizulassen.

Hanne Denk

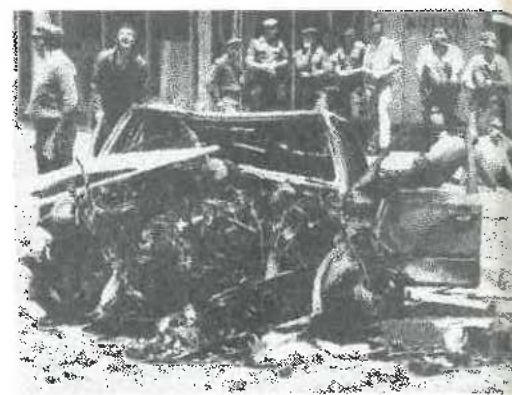
bot jeder Art von Boykottpropaganda – mit zehnjähriger Gefängnisstrafe bedroht – und die Möglichkeit einer „vorgezogenen Stimmabgabe“, die den Behörden die Möglichkeit gab, die Wähler zwei Wochen vor dem offiziellen Wahltermin „zur Wahl zu schicken“.

Trotz des Wahlbetrugs und der Präparierung der Wählerlisten, was zu zahlreichen Protesten führte, war das Wahlergebnis enttäuschend: 23 % Wahlbeteiligung bei den Schwarzen nach den Angaben des Pressebüros der Regierung (3). Bei den Indern überstieg der Prozentsatz nach Angaben des Indischen Kongresses von Transvaal nicht mehr als 20 %. Obwohl von einer Wahlbeteiligung von örtlich bis zu 30 % gesprochen wird, entsprechen diese Zahlen nicht den genauen Tatsachen, da – nach Angaben von Dr. Michael Sutcliffe von der Wahlüberwachung der Universität Natal – kaum ein Viertel der Schwarzen im Wahlalter in den Wählerlisten eingetragen sind.

Bothas Nationaler Partei ist es jedoch bei dieser Abstimmung gelungen, den Vormarsch der rechtsextremen Konservativen Partei zu bremsen. Obwohl diese Gewinne erzielte und ihren Einfluß von Transvaal nach dem Oranje-Freistaat und der nördlichen und östlichen Kapprovinz ausdehnte, war ihr Zuwachs begrenzt. Ihre Politik der Aufteilung des Landes und der Verschärfung der Apartheid – die Gesetze der Rassentrennung im täglichen Leben wurden in einigen öffentlichen Bereichen wiedereingeführt – scheint nicht in der Lage, genügend Weiße zu gewinnen, um es ihr bei den allgemeinen Wahlen, die noch dieses Jahr stattfinden, zu ermöglichen, den Sieg davonzutragen.

Seit der Entscheidung der Regierung von 1984, ein Drei-Kammer-System einzurichten, war die wichtigste Entwicklung der machtvollen Auftritt einer außerparlamentarischen Opposition (4), deren vier Hauptbestandteile hauptsächlich innerhalb der UDF anzutreffen sind: die Gewerkschaften, die Jugend- und Studentenorganisationen, die Gruppen, die in den Townships arbeiten, und die Kirche. Jede dieser Gruppen hat als politische Plattform die 25 Jahre alte Freiheitscharta des ANC angenommen. Dies zeigt, daß die SüdafrikanerInnen in ihrer Mehrzahl den ANC als Alternative zur Regierung betrachten. Und es erklärt das Scheitern der Wahlen vom Oktober 1988.

Angehörige der hungerstreikenden Gefangenen können sich nur in Kirchen versammeln



Militärische Aktionen nehmen zu: In Witbank explodierte Autobombe

Der Einsatz der Ordnungskräfte in den Siedlungen der Schwarzen am Wahltag veranlaßte Titus Mafolo, einen der polizeilich gesuchten UDF-Führer, von „Wahlen unter der Drohung der Gewehre“ (5) zu sprechen. Trotz der Unterdrückungsmaßnahmen, die sich in den Monaten zuvor ständig verschärft hatten, konnte seine Organisation die minimal erforderliche Organisationsstruktur erhalten.

Ein Führer aus der westlichen Kapprovinz, der seit zwei Jahren im Untergrund lebt, Jonny Issel, tauchte kurz auf, um die Meinung seiner Organisation zu den Wahlen bekanntzugeben: „Der gegenwärtige Ausnahmezustand ist schlimmer als der in den 60er Jahren. Unter diesen Bedingungen sind unsere Erfolge bemerkenswert.“ Die Massenorganisationen, fügte er hinzu, dürften nicht in den Untergrund gehen, sondern müßten alle noch vorhandenen legalen Möglichkeiten ausnutzen (6). Entsprechend dieser Strategie verließen Mohamed Valli, Murphy Morobe und Vusi Khanile, drei UDF-Führer, die nach ihrer Flucht aus dem Gefängnis im September ins amerikanische Konsulat geflüchtet waren, ihr Asyl und kehrten offen in ihre Townships zurück.

Ein weiterer Beweis für den Klimawechsel sind die immer häufigeren Treffen zwischen Südafrikanern und Vertretern des ANC in Europa oder Asien. Im Juli 1987 fand in Dakar ein Treffen von 16 Mitgliedern des ANC und 61 zum größten Teil afrikanischen Weißen statt, das als „historisch“ bezeichnet wurde, um die Strategie und Taktik des ANC – einschließlich des bewaffneten Kampfs – und die Umrisse einer neuen, von der Apartheid

befreiten Gesellschaft zu diskutieren. Das Jahr 1988 brachte ausführliche Gespräche von Geschäftsleuten, Vertretern des Indischen Kongresses von Natal, dem Kanzler der Universität von Natal und dem Nationalen Fußballverband mit dem ANC. ( . . . )

Auch die Konsultationen zwischen dem Hauptquartier des ANC in Lusaka (Sambia) und der demokratischen Bewegung im Inland intensivierten sich, vor allem nach den Maßnahmen vom 24.2.1988, durch welche 17 Organisationen untersagt worden war, ohne Erlaubnis des Ministers für Recht und Ordnung irgendwelche Aktivitäten zu unternehmen. Außerdem war durch sie dem mächtigen Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (COSATU) zur Auflage gemacht worden, sich nicht mehr in die Politik einzumischen.

„Der Staat ist in seinem Wunsch uns zu unterdrücken, so weit gegangen, daß er die Grenze zwischen legaler und illegaler Aktion fast aufgehoben hat“, erklärte ein Sprecher der UDF. „Die Leute denken: ‚Wenn wir uns nicht einmal mehr für den Boykott der Wahlen aussprechen können, dann können wir auch gleich im Namen des ANC reden. Wenn es sogar verboten ist, Slogans auf die Wände zu malen, können wir auch zu den Waffen greifen.‘ Der Staat selbst macht den ANC zu einer entscheidenden Kraft im Land.“ (7)

Im Monat vor den Stadtratswahlen gab es fast täglich Bombenattentate. Die Festigung von Umkhonto we Sizwe (dem bewaffneten Zweig des ANC) war seit einem Jahr bemerkbar, wie es auch zahlreiche Prozesse verdeutlichten. Der Prozeß des ANC-Kommandanten Ashley Forbes und 14 seiner Kameraden in der westlichen Kapprovinz hat neben der systematischen Anwendung der Folter das Engagement neuer Gesellschaftsschichten am bewaffneten Kampf enthüllt (8). Die enorme Zunahme von Kontakten im Inland wie die Parteinahme von zahlreichen weißen und farbigen Intellektuellen für den Kampf des ANC bestätigen das politische Scheitern der Regierung.

In einem leidenschaftlichen Plädoyer gegen die Sanktionen (9) hat Gavin Relly vom Anglo-American-Konzern ausgesprochen, in welchem Maß die Wirtschaftskrise auf dieser Entwicklung lastet. Er wies darauf hin, daß Südafrika nur über ein Bruttosozialprodukt von 2000 \$ pro Kopf verfügt und daß es seit Anfang der 80er Jahre zu einem Kapitalexportland geworden ist. Die Wirtschaft hängt vom Verkauf von Rohstoffen ab, die definitionsgemäß begrenzt sind. Im Jahr 2000 wird das Land 45 Mio Einwohner haben, davon 5,5 Mio Weiße, und die Zahl der Schwarzen, die in städtischen Gebieten wohnen, wird 20,7 Mio betragen gegenüber 8,5 Mio im Jahr 1980.

Nach Angaben der COSATU gibt es bereits 6,5 Mio Arbeitslose (10). Die Arbeit in den Bergwerken, die die meisten Arbeitsplätze anbieten, wird zurückgehen: Das neue Kapital, das nötig wäre, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und auszudehnen, ist versiegt. „Hunderttausende von Menschen sterben in den Bantustans vor Hunger, Millionen können die steigenden Preise bei den Mieten, für



BRIEF ALLAN BOESAKS  
AN DEN MINISTER FÜR RECHT UND ORDNUNG, ADRIAAN VLOK

## Laßt sie frei oder klagt sie an!

Am 13. Februar d.J. richtete Reverend Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, einen Brief an den Minister für Recht und Ordnung, Adriaan Vlok. Darin teilt er seinen Entschluß mit, sich dem Hungerstreik politischer Gefangener, die ohne Gerichtsurteil inhaftiert sind, anzuschließen.

Herr Minister,

seit heute früh habe ich mich den Inhaftierten angeschlossen, die einen Hungerstreik begonnen haben. Ihre Aktion ist dramatisch. Sie kann schicksalhafte Folgen für uns alle in diesem Land haben, aber vor allem für sie selbst.

Sie ist an sich eine schwerwiegende Anklage gegen Ihre Regierung und deren Politik, aber ganz besonders Ihres Systems der Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren. Daß Menschen zu solchen äußersten Maßnahmen greifen müssen, um die Aufmerksamkeit auf ihre Notlage zu ziehen, spricht Bände für die Krise, die Ihre Politik für sie verursacht hat, und mit ihnen für Millionen unseres Volkes.

Unsere Brüder und Schwestern im Hungerstreik haben natürlich recht. Sie wurden im Dunkel der Nacht abgeholt, ohne Anklage ins Gefängnis gesteckt. Ihnen wurden die grundlegendsten Menschenrechte verweigert. Ihnen wurden Besuche von Rechtsanwälten, Priestern oder der Familie verweigert. Es gibt keine Möglichkeit, sich an die Gerichte zu wenden. Ihre Anwälte sind machtlos. ( . . . )

Sie haben Ihrer Polizei die Macht gegeben, sie für Monate in Einzelhaft zu halten, und in vielen Fällen schon für Jahre. Sie und Ihre Regierung, und die Menschen, die für Sie stimmen, haben ein System der systematischen Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung geschaffen, dessen einziger Maßstab Ihre eigenen Privilegien sind. ( . . . )

Ihr großartiges Vorhaben der Apartheid ist fehlgeschlagen. Die ideologische Schlacht um die Herzen und Hirne unseres Volkes ist gescheitert. Ihre sog. Reformen wurden als bloße Kosmetik entlarvt, als großsprecherischer Versuch, so lange Sie können, so viel wie möglich von der Apartheid zu retten. ( . . . )

Und für dieses Scheitern machen Sie uns verantwortlich. Aus diesem Grund bindet Ihre Regierung die Presse einen Maulkorb um und verbietet Zeitungen. Deshalb unterbricht Ihre Polizei Gottesdienste. Deshalb halten Sie so viele Menschen, darunter viele Kinder, ohne Anklage in Haft. Und Inhaftierung ohne Gerichtsverhandlung ist nur einer der Wege, auf dem

Sie beharrlich versucht haben, uns in die Unterwerfung zu zwingen, unseren rechtmäßigen Widerstand zu brechen. ( . . . ) Nun erinnert diese Aktion Sie und die Welt einmal mehr daran, was Sie getan haben.

All die Jahre haben wir uns laut und deutlich gegen diesen empörenden Mißbrauch des Gesetzes ausgesprochen. ( . . . ) Den Schmerz und das Elend, welche Sie durch die Haft ohne Anklage anrichten, waren Ihnen zu keiner Zeit unbekannt. Jetzt zwingt Sie der Hungerstreik dazu, die schrecklichen Folgen der gewollten Verachtung zur Kenntnis zu nehmen, mit der Sie so viele von Gottes Kindern behandelt haben.

Warum schließe ich mich ihnen an? Weil auch ich ein Opfer willkürlicher Haft war. Ich weiß aus erster Hand von dem Schmerz und der Unsicherheit, vom Schrecken der Einzelhaft und der unsagbaren Würdelosigkeit und Furcht, die sie hervorbringt. Weil meine Kirche so deutlich gesprochen hat und ich in den Angstschreien, die jetzt aus Ihren Gefängnissen kommen, die Stimme Gottes selbst höre, der seine Kirche aufruft, mit Solidarität, Liebe und Zeugnis zu antworten. ( . . . ) Weil christliches Zeugnis ohne die Tat nichts bedeutet. ( . . . )

Sie haben die Inhaftierten gehört: Lassen Sie uns frei oder klagen Sie uns an. Das ist ihr Recht. Das ist das allermindeste, was Sie tun könnten. Ich schließe mich ihnen in der Hoffnung an, daß Sie zuhören werden. Auch in der Hoffnung, daß meine Tag ihr Anliegen stärken wird. Ich hoffe auch, daß sich viele andere in der christlichen Gemeinschaft mir anschließen.

Es ist mir bewußt, daß es eine Aussage von Ihnen gibt, daß Sie sich nicht „erpressen“ lassen. Welches erstaunliche Eingeständnis! Ist ein Ruf nach einfacher Gerechtigkeit Erpressung? Aber natürlich gibt es eine tiefergehende Frage. Sie sind der Minister für Recht und Ordnung. Ihre Notstandsregelungen legen unser aller Schicksal in Ihre Hände. Sie können entscheiden, ob Menschen leben oder sterben. Sind Sie gewillt, das zu tun? Fasten bis zum Tod ist kein Bestandteil meiner religiösen oder kirchlichen Tradition. ( . . . )

Aber ich kann nicht tatenlos dabeistehen und zusehen, wie diejenigen, die für Gerechtigkeit in Südafrika kämpfen, sich zu Tode hungern. Niemand von uns wünscht zu sterben. Aber wenn das der Weg ist, den wir gehen müssen, um Ihnen und Ihrer Regierung das Böse Ihrer Absichten klarzumachen, dann werden wir ihn gehen. Nicht freudig, nicht mit Stolz, ganz sicher mit Angst und Zittern. Aber ich weiß jetzt, welches Tun Gott von mir erwartet. Ich kann nur hoffen und beten, daß Sie wissen, welches Tun Gott von Ihnen erwartet. ( . . . )

Hochachtungsvoll  
Allan Boesak



die Verkehrsmittel usw. nicht bezahlen, weitere Millionen besitzen kein Land“ (11), erklärte kürzlich Thabo Mbeki, Pressesprecher des ANC. So ein Klima erklärt, warum Tausende von jungen Leuten, darunter viele aus den privilegierten Schichten, sich entschlossen haben, an den militärischen Trainingslagern des ANC teilzunehmen.

Im August 1988 haben 143 junge weiße Südafrikaner, organisiert in der Bewegung für die Abschaffung der Wehrpflicht – die bald danach verboten wurde –, öffentlich den Militärdienst verweigert (12). Zwei von ihnen, David Bruce und Charles Bester, wurden wegen Wehrdienstverweigerung zu sechs Jahren verurteilt. Dieser beispiellose Vorgang, der in den bis dahin von den Kampagnen der Nationalen Partei beeinflussten weißen Vororten passierte, war sicher auch durch die militärischen Erfolge der kubanischen und angolanischen Streitkräfte in der Provinz Cunene begünstigt worden, bei denen es zahlreiche Opfer unter den weißen Soldaten der südafrikanischen Armee gab. Dieses neue militärische Kräfteverhältnis sollte auch die Verhandlungen über die Zukunft von Namibia beeinflussen (13).

Die Tatsache, daß der ANC am Vorabend der Stadtratswahlen seine Aufforderung, die Townships unregierbar zu machen, wiederholt hat, ist Beweis für die Verschärfung des Kampfes um die Eroberung der politischen Herrschaft in der schwarzen Gemeinschaft. (...)

Im Moment sind die Unabhängigkeit von Namibia sowie die Befreiung einiger politischer Persönlichkeiten auf internationalen Druck hin die hauptsächlichsten Siege, die die demokratische Bewegung für sich verbuchen kann. Dies ist ein Trostpflaster für die verheerenden Schläge, die ihr die Repression im letzten Jahr zugefügt hat. Vor einer neuen Kulisse ist zu sehen, daß die Reihen des Widerstands gegen die Apartheid dichter werden, während seine legalen Aktionsmöglichkeiten zunehmend schrumpfen. Unter diesen Bedingungen läßt sich eine Intensivierung des bewaffneten Kampfes nicht ausschließen. (Quelle: Le Monde diplomatique, Paris, Februar 1989)

#### Anmerkungen

- 1) Siehe: Alain Gresh, L'élan retrouve de la diplomatie sud-africaine, in: Le Monde diplomatique (LMD), Paris, November 1988
- 2) Mandela wurde nach der Entlassung aus dem Gefängnis in eine Luxusklinik gebracht, wo Tuberkulose festgestellt wurde, und nach dem Aufenthalt dort in ein Landhaus nahe am Victor-Verster-Gefängnis, wo die Behörden ihm die Möglichkeit anboten, uneingeschränkt Besuch von seiner Familie zu erhalten – ein persönliches Zugeständnis, das er ablehnte.
- 3) Die Bevölkerung der Bantustans war von den Konsultationen ausgeschlossen.
- 4) Vgl. John Saul, Class, Race and the Future of Socialism, in: New Left Review (NLR), London, Nr. 160/November–Dezember 1986
- 5) Weekly Mail, Johannesburg, 28.10.1988
- 6) Southscan, London, Band 3, Nr. 9/26.10.1988
- 7) Ebenda
- 8) Guardian, London, 2.9.1988
- 9) Am 21.9.1988, vor dem westdeutschen Institut für internationale Beziehungen.
- 10) Vgl. The Economist, London, 5.11.1988
- 11) Zit. nach: Service of World Broadcast, BBC, London, 31.10.1988
- 12) Siehe: Dominique Vidal, Objection de conscience: contre l'apartheid, in: LMD, September 1988
- 13) Siehe: Victoria Brittain, Cuba und Southern Africa, in: NLR, Nr. 172/November–Dezember 1988



Protestaktionen nach dem Verbot von UDF und anderen Anti-Apartheid-Organisationen

INTERVIEW MIT FARID ESSAK (UDF)

## Organisatorisch sind wir stärker als zuvor

Farid Essak ist einer der Sprecher der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und Mitbegründer der UDF-Mitgliedsorganisation „Call of Islam“. Er nahm an den diesjährigen Protestaktionen gegen die Teilnahme Südafrikas an der Internationalen Tourismusbörse in West-Berlin teil und wurde dort von Eric Singh und Detlev Reichel interviewt.

**FRAGE:** Wie ist die Lage der demokratischen Bewegung drei Jahre nach Beginn des Ausnahmezustandes?

**F. ESSAK:** Unsere Aktionsformen vor Beginn des Ausnahmezustandes waren sehr wichtig für unseren Kampf – Massenmobilisierung, Straßendemonstrationen, Aufstände usw. Damit zwangen wir die Regierung in die Defensive, brachten die Südafrikafrage auf die internationale Tagesordnung und stärkten die Moral unseres Volkes.

Das sind sehr bedeutsame Siege für uns. Aber, viele Schläge, die uns in den letzten drei Jahren von der Regierung versetzt wurden, sind lähmend. Heute sind wir dabei, die Auswirkungen des Ausnahmezustandes zu überwinden und die Organisationen unter den neuen Bedingungen wieder aufzubauen.

Die Entwicklung Südafrikas ist gekennzeichnet von immer wiederkehrenden Aufständen, und die Zeitspanne zwischen ihnen wird von Mal zu Mal kürzer. Die Anzahl der beteiligten Menschen wächst und die Intensität ihrer Teilnahme verstärkt sich jedesmal. Heute schaffen wir die Grundlage für noch größere Massenaktionen, indem wir solide Strukturen in unseren Organisationen aufbauen. Organisatorisch sind wir stärker als je zuvor. Eine große Zahl neuer Organisationen

wurde geschaffen. Es waren zum Teil „gelbe“ Gewerkschaften oder regierungsfreundliche Gruppen, die sich jetzt dem Kampf anschließen.

Wir sind also in bestimmter Hinsicht sehr viel stärker als zuvor. Auf der Ebene der Öffentlichkeit sind wir jedoch nicht annähernd so stark wie vor drei Jahren.

**FRAGE:** Und all das geschieht unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes...

**F. ESSAK:** Ja, das ist bemerkenswert. Im letzten Jahr, zum Beispiel, fand ein dreitägiger Streik statt, der größte in der Geschichte Südafrikas – zweieinhalb Jahre nach Beginn des Ausnahmezustandes. Ihr seht also, die Gewinne, die unser Volk gemacht hat, werden ständig konsolidiert.

**FRAGE:** Wie beurteilen Sie die bevorstehende Unabhängigkeit Namibias? Welche Auswirkungen wird die Unabhängigkeit Namibias auf die demokratische Bewegung in Südafrika haben?

**F. ESSAK:** Zunächst müssen wir feststellen, daß die bevorstehende Unabhängigkeit Namibias nicht das Ergebnis einer Absprache zwischen den Supermächten ist. Die Entwicklung mag vielleicht dadurch begünstigt worden sein. Eingeleitet wurde sie aber erstens durch den Druck auf die südafrikanische

Regierung und zweitens durch die militärische Niederlage Südafrikas. Die südafrikanische Wirtschaft konnte sich diesen Krieg nicht länger leisten. Wir sehen, daß Namibia politisch frei sein wird. Politisch und moralisch bedeutet dies sehr viel für uns.

Namibia war von Südafrika nicht als besetztes Gebiet, sondern als fünfte Provinz behandelt worden. Deshalb ist die Wirtschaft Namibias eng verwoben mit der Südafrikas. Deshalb ist echte Unabhängigkeit, das heißt auch wirtschaftliche, noch in weiter Ferne für Namibia. Das ist auch der Grund, weshalb eine SWAPO-Regierung zunächst nicht in der Lage sein wird, ihre politische und moralische Unterstützung für unseren Kampf in Südafrika auch als militärische Unterstützung auszudrücken.

Viel negativer für uns ist aber die Tatsache, daß die Armee, die zuvor in Angola und Namibia operierte, jetzt wieder in Südafrika selbst sein wird. Die Ausgaben für den Krieg werden gewiß nicht in den Wohnungsbau und in soziale Einrichtungen gesteckt, sondern sie werden in die Aufrechterhaltung von „Gesetz und Ordnung“ in den schwarzen Ghettos fließen.

**FRAGE:** Es gibt hier Befürchtungen, daß Südafrika letztlich nur manövriert, um Zeit zu gewinnen und den Unabhängigkeitsprozeß Namibias zu sabotieren...

**F. ESSAK:** Nein, ich denke Pretoria will wirklich Namibia politisch loswerden. Es ist wie zu einem Mühlstein um seinen Hals geworden.

Aber das Regime hat die Versicherung, daß Südafrika noch lange Zeit ökonomisch das Sagen in Namibia haben wird. Deshalb haben sie es gar nicht nötig, schmutzige Tricks anzuwenden. Ich habe den Eindruck, daß sie sich militärisch dort zurückziehen wollen. Natürlich werden sie schmutzige Tricks anwenden, um eine Zweidrittel-Mehrheit der SWAPO zu verhindern, aber mit der Tatsache, daß die SWAPO die neue Regierung stellen wird, haben sie sich abgefunden.

**FRAGE:** Können Sie uns etwas über den Konflikt um den sog. Mandela-Fußballklub sagen? In den Erklärungen der UDF und des ANC dazu gab es ja gewisse Unterschiede in der Wertung dieses Falles. Und: Wie reagie-

Winnie Mandela mit Mitgliedern des „Fußballklubs“ bei einer Beerdigung



## Der Fall Winnie Mandela Der ständige Zwang, Stärke zu zeigen

Bei denjenigen, die sich „eine Göttin, eine Ikone, ein Heiligenbild“ aufgebaut hatten, wie es in einem der vielen Kommentare zum „Fall Winnie Mandela“ heißt, hat wieder einmal die berüchtigte Betroffenheit eingesetzt. (Daß „die Linke“, wie Mechthild Jansen schreibt, derlei betrieben habe und nunmehr schon wieder ein „Idol“ los sei, zeugt von Selbstüberschätzung.)

Passieren konnte dies freilich, weil an die Stelle einer realistischen Einschätzung der Entwicklung in Südafrika und der Darstellung des Befreiungskampfes und seiner Organisationen weithin Persönlichkeiten getreten sind. Nomzamo „Winnie“ Mandela wurde für den Widerstand, für die Bewegung genommen. Überflutende Zuwendung für eine mutige schwarze Frau – das schuf zudem ein gutes Gewissen.

Entsprechend verraten viele Äußerungen hierzulande nunmehr – beiseite gelassen diejenigen voller schmutziger Häme oder stilvoller Gleichgültigkeit, etwa „im Spiegel“ – Hilflosigkeit sich zu erklären, wie es so kommen konnte. Manche stochnern in Nomzamo Mandelas Kindheit herum (Anthony Heard in der „Zeit“) – dabei liegen die Gründe zeitlich näher.

Als Nomzamo Mandela im Jahre 1958 Nelson Mandela heiratete, war sie sich bewußt, daß sie den Kampf für die Befreiung ihres Volkes zu einem Teil, wenn nicht dem Inhalt ihres Lebens gemacht hatte. Diese Rolle forderte unter den gegebenen Bedingungen Übermenschliches von ihr – und sie leistete es.

Sie ist nicht die einzige Afrikanerin im Apartheidstaat mit einem solchen Schicksal, wohl aber oft und lange allein mit ihm gewesen: Ganze vier Monate Zusammenlebens kommen zwischen 1958 und 1962 zusammen, dem Jahr, da Nelson Mandela festgenommen wurde. Die Jahre danach bestanden die Kontakte in einem halben Dutzend Besuchen im Gefängnis pro Jahr – zuerst auf der Zuchthausinsel Robben Island, dann im Pollsmoor-Gefängnis bei Kapstadt –, Länge jeweils 30 Minuten, politische Themen strikt verboten.

Gefängnisse lernte sie selber mehrfach kennen. Kurze Inhaftierungen als Schikane, längere Haft-

zeiten unter fingierten Anklagen oder aufgrund der terroristischen „Sicherheitsgesetze“ Pretorias, so 1969: 491 Tage hielt man sie in Haft, beschuldigt der „Förderung der Ziele einer verbotenen Organisation“, des ANC, dem sie seit 1957 angehört. Den größten Teil dieser Zeit verbrachte sie in Einzelhaft. Die Verhöre, mit denen man sie brechen wollte, wurden jeweils fünf Tage und Nächte ohne Schlaf durchgeführt.

Nomzamo Mandela überstand all dies, einschließlich folterähnlicher Mißhandlungen und Erniedrigungen, mit Mut, Würde und einem Humor, der noch in bedrückenden Situationen die Selbstbehauptung ermöglichte. Als sie in einem Verfahren den Gerichtssaal mit einem Kleid in den Farben Schwarz, Grün, Gold betrat – denen des ANC –, erwiderte sie auf die Vorhaltungen des Gerichts, zu den wenigen ihr verbliebenen Freiheiten gehöre wenigstens noch die der Wahl ihrer Kleidung.

Viel mehr ließ ihr das Regime tatsächlich nicht. Von 1963 bis 1985 gab es lediglich 1975 eine Periode von nicht einmal einem Jahr, die sie in Freiheit verbringen konnte, bzw. dem, was in Südafrika Freiheit ist. 1976 wurde sie bereits wieder verhaftet und schließlich in das rassistische Burennest Brandfort verbannt – isoliert und unter ständiger Polizeiberwachung. Sie nahm auch diese Herausforderung an und erwarb sich durch ihre ungebrochene Haltung den verehrenden Beinamen „Mama wethu“, „Mutter des Volkes“.

1985 brach sie die Bannauflagen, verließ „ihre Sibirie“ Brandfort und kehrte nach Soweto zurück. Freilich: Der ständige Zwang, Stärke zu zeigen und nicht zusammenzubrechen, mußte einen Preis gefordert haben, zumal man Nomzamo Mandela keine Chance gelassen hatte, in dem korrigierenden Umfeld des organisierten Widerstands zu arbeiten. Und dieser hatte sich in den 80er Jahren von neuem formiert.

Den Schritt in diese demokratische Massenbewegung hinein ging sie nicht. Es umgab sie nicht nur die Aura, gleichsam über allem zu stehen, es machte anscheinend nunmehr auch ihre Selbstschätzung aus. Das notwendige Augenmaß ließ sie schließlich ihrer Leibwache gegenüber vermissen, dem „Mandela-Fußballklub“, aus jenen Jugendlichen, die „von den Straßen“ kommen und durch die alltägliche Gewalt der Apartheid enturzelt sind.

Was immer an den erhobenen Vorwürfen ist, klar ist, wem die Affäre dient. Und das Apartheidregime will mit Nomzamo Mandela die gesamte Bewegung treffen.

Hier schließlich spielt der größte Teil der Presse mit. Zum einen ist das Klatschblätterähnliche Interesse an den Details eines „Skandals“ verdächtig bei Organen, die zahllose Gewalttaten des Apartheidregimes mit Schweigen übergangen. Zum anderen haben sie es aus durchaus gleichen Gründen kaum je für nötig befunden, die Befreiungs- und Widerstandsbewegung und ihre Positionen wahrheitsgetreu darzustellen (und das betrifft nicht nur diejenigen, die dafür ohnehin nur die Vokabel „Terroristen“ parat haben). Die demokratische Massenbewegung aber lebt – ungeachtet aller Repression. Nomzamo Mandela gehört zu ihr.

Jürgen Ostrowsky



**Betr.:  
BAYER  
Aktionärsversammlung  
im Juni in Köln**

**BAYER sorgt  
für den  
Umweltschutz,  
und  
die Erde ist  
eine Scheibe.**

**Denn das Geld bestimmt  
das Handeln der Konzerne  
und Banken. Umweltschutz  
und sichere Arbeitsplätze sind  
nicht so wichtig.**

**Übertragen Sie deshalb nicht  
Ihrer Bank, sondern uns, den  
Kritischen  
BAYER-Aktionären,  
die Stimmrechte Ihrer BAYER-  
Aktien.**

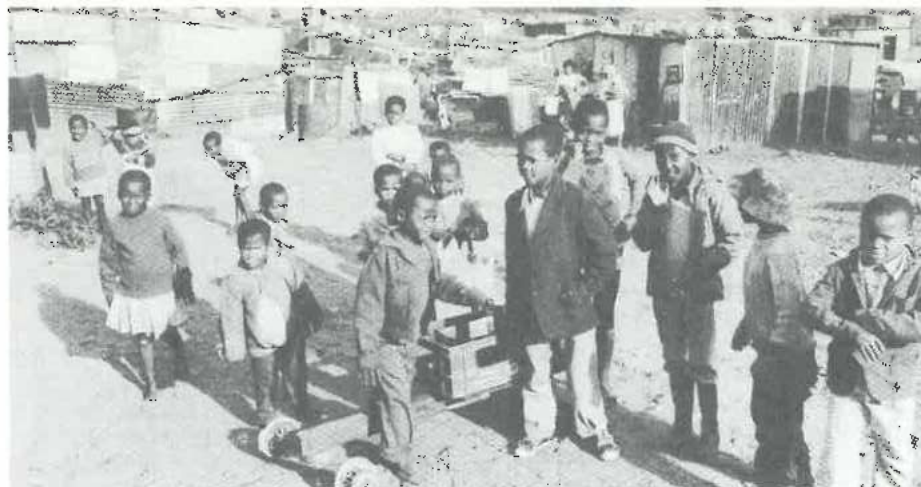
**Sprechen Sie mit Ihrer Bank  
und senden Sie Ihre Vollmacht  
ein an:**

**Verein Kritischer Aktionäre e.V.  
Professor-Neeb-Str. 24  
6501 Saulheim**

**Oder noch besser:  
Kommen Sie persönlich nach  
Köln zur Hauptversammlung.**

**Gemeinsam  
erreichen wir mehr.**

**Weitere  
Informationen  
können Sie gern  
bei uns anfordern.**



Die wachsende Armut vergrößert das Gewaltpotential

ren die Menschen in Südafrika auf diesen Konflikt?

F. ESSAK: Ich meine, wir sollten nicht den enormen Schaden unterschätzen, den diese Kontroverse verursacht hat. Und es ist nicht nur eine Kontroverse, es ist eine Tragödie, in der Menschen ihr Leben verloren haben.

Im Augenblick findet ein Prozeß der Versöhnung statt. Unterschätzen wir jedoch nicht die Rolle der Polizei in dieser Angelegenheit. Die Polizei ist entschlossen, an dieser Sache festzuhalten und dafür zu sorgen, daß der Befreiungsbewegung ein möglichst großer Schaden zugefügt werden kann. Ich glaube, es ist nicht auszuschließen, daß das Regime weitere Menschen im Namen der Fußballmannschaft tötet.

Etwas anderes ist der unterschiedliche Ton in den Erklärungen der UDF und des ANC dazu. Wir in der UDF nehmen zur Kenntnis, daß wir in unserer Erklärung, in der wir uns von Kameradin Winnie Mandela und der Fußballmannschaft distanzieren, etwas wichtiges übersehen haben: Winnie Mandela als Person und als Kameradin zu schützen. Der reine Wortlaut der Erklärung läßt in der Tat die Tür offen für jeden Heckenschützen, auf Winnie zu schießen. Und das könnte dann im Sinne von „Schwarz gegen Schwarz“ ausgeschlachtet werden. Der ANC sah dieses Problem in der UDF-Erklärung und behob es. Er hob Winnie Mandelas Beitrag im Kampf hervor, einen Beitrag, der nicht einfach so ignoriert werden kann.

Und so kamen in den beiden unterschiedlichen Erklärungen zwei wichtige Aspekte in der Sache zum Ausdruck. Die UDF machte sehr deutlich, daß keine Persönlichkeit über der Ethik und der Disziplin unseres Kampfes stehen kann. Es ist ein demokratischer Kampf und wir werden niemandem erlauben, wie groß sein oder ihr Name auch sein mag, Amok zu laufen. Unser Kampf erfordert Verantwortung, und niemand darf die Ideale dieses Kampfes unterlaufen.

Die Aussage der ANC-Erklärung ist, daß der Beitrag jedes Menschen im Kampf gewürdigt werden muß. Wenn jemand politisch oder persönlich Fehler gemacht hat, kann man nicht einfach vor der Geschichte die Augen verschließen, kann man nicht das enorme Leid ignorieren, das jemand auf sich genommen hat und noch immer auf sich nimmt. Winnie Mandela muß nun schon 25 Jahre ohne ihren Ehemann leben, wovon sie

20 Jahre in der Verbannung in dem Provinznest Brandfort verbrachte.

In beiden Erklärungen kommen zwei verschiedene Seiten ein und derselben Sache zum Ausdruck. Hieraus nun Uneinigkeit abzuleiten, wie dies einige Medien versuchen, ist reine Wunschvorstellung und blinder Unsinn.

Ich will aber ganz offen sein: In Soweto gibt es erhebliche Verärgerung und Verbitterung über die Art und Weise von Winnies Auftreten. Nun reagieren Menschen immer entsprechend ihren eigenen Erfahrungen. Man kann von einfachen Menschen in Soweto nicht verlangen, daß sie in Winnie nur 20 Jahre aufopfernden und heroischen Dienst in Brandfort sehen. Andererseits widerspiegelt das Ganze auch unseren eigenen Kampf. Wir lassen es oft zu, daß einzelne abheben in ihre eigene kleine Umlaufbahn. Wir haben aus dieser Sache gelernt.

Ich glaube, die Bewegung geht gestärkt daraus hervor. Auf dem Höhepunkt des Hungerstreiks der Gefangenen war der Skandal in den Schlagzeilen. Es hat sich niemand beirren lassen. Es ist schon bemerkenswert, daß eine so alte Befreiungsbewegung wie die südafrikanische, nur selten von solchen Fiascos oder Fehlritten oder Peinlichkeiten heimgesucht wurde. Schließlich handelt es sich hier um ein Volk, das seit Hunderten von Jahren brutalisiert worden ist. Es ist eigentlich ein Wunder, daß unser Kampf noch solch humane Züge trägt.

**FOTOAUSSTELLUNG  
ARBEITER IN SÜDAFRIKA**  
32 Tafeln (50 x 70 cm)  
Paßgesetze und Wanderarbeit  
Industriearbeiter  
Bergarbeiter  
Farmarbeiter  
Arbeiterinnen  
Kinderarbeit  
Zusammenarbeit BRD-SA  
Geschichte und aktueller Kampf der Gewerkschaften



Bestellung:  
ANC-Büro, Postfach 190 140,  
53 Bonn 1, Tel.: 0228-352295

## Sudan

LOTHAR A. HEINRICH

# Al-Mahdi beugt sich dem Friedenswillen

Nach einem Ultimatum der Armee willigte Premierminister Al-Mahdi Anfang März d.J. ein, eine Regierung auf breiter Grundlage zu bilden. Sie soll u.a. den Bürgerkrieg im Süden beenden. Die vorherige Koalitionsregierung war zerbrochen, nachdem sich Al-Mahdi geweigert hatte, einem im November 1988 unterzeichneten Friedensabkommen zwischen dem Koalitionspartner Demokratische Unionistische Partei (DUP) und der im Süden kämpfenden Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) zuzustimmen.

Mohammad Othman al-Mighrani, der Präsident der damals noch zur Allparteienregierung gehörenden DUP, und Oberst John Garang, der Führer der SPLM und ihres bewaffneten Armes, der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA), hatten das Abkommen am 16.11.1988 in Addis Abeba unterzeichnet. Angesichts der Unfähigkeit der Zentralregierung und ihrer Armee, die SPLA besiegen zu können, konnte die Torpedierung dieses Abkommens nur noch als zynischer Versuch gewertet werden, eine innenpolitische Stärkung der DUP, auch unter der Voraussetzung der weiteren Zerstörung des Landes und vieler neuer Toter auf beiden Seiten der Front zu verhindern.

Die DUP war nach der Umma-Partei Al-Mahdis die stärkste der Koalitionsparteien. Umma und DUP sind die politischen Organisationen der zwei wichtigsten traditionellen islamischen Sekten des Landes, der Mahdiya und der Kathimiya, die seit jeher in Konkurrenz zueinander stehen. Die Mahdiya ist die Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts eine Zeitlang den Sudan der angloägyptischen Herrschaft entrissen hatte. Die Kathimiya ist demgegenüber seit je her proägyptisch eingestellt. Darüber hinaus sind beide mehr oder weniger sozialreaktionär.

In dem Abkommen wurde zu einer Verfassungskonferenz, zur Beendigung des seit 1985 gültigen Ausnahmezustandes, zur Aufkündigung der Militärabkommen mit anderen Staaten – darunter nicht nur Libyen, sondern auch Ägypten –, zur Integrierung der SPLA in die sudanesischen Streitkräfte aufgerufen. Vor allem wurde die Aussetzung der während des gestürzten Numeiri-Regimes eingeführten islamischen Schari'a-Rechtsprechung verlangt, die ein Hauptgrund für den Ausbruch des Bürgerkrieges gewesen war und deren grundsätzliche Abschaffung die SPLM zusammen mit den anderen demokratischen und linken Kräften des Sudan bis dahin gefordert hatte.

Während weite Teile der Bevölkerung Al-Mirghani nach seiner Rückkehr mit großem Jubel empfingen, sah sich Al-Mahdi in eine

schwierige Situation gebracht. Er hatte bereits im Mai 1988 eine längere Zeit schwelende Krise zwischen seiner Umma-Partei und der DUP gelöst, indem er die bis dahin oppositionelle Nationale Islamische Front (NIF) in die Regierung aufgenommen hatte. Die NIF ist der politische Arm der sudanesischen Muslimbruderschaft. Diese war in den letzten Jahren – großzügig finanziert von Saudi Arabien und anderen Golfstaaten – die Hauptstütze des Numeiri-Regimes und die treibende Kraft zur Einführung der Schari'a gewesen.

Die Aufnahme der NIF in die Regierung und die Ernennung des Führers der Muslimbruderschaft und gleichzeitigen Schwagers Al-Mahdis, Hassan al-Tourabi, zum Justizminister verdeutlichte den angesichts der Unfähigkeit des Regimes, die wirklichen Probleme des Landes auch nur ernsthaft anzugehen, geschweige denn zu lösen, zu erwartenden weiteren Rechtsrutsch des Regimes. Nach dem Abkommen vom November 1988 hätte Al-Mahdi daher zwischen dem Bündnis mit der NIF und einem Friedensabkommen wählen müssen, dessen Erfolg nicht ihm, sondern der DUP zugeschrieben worden wäre. Er wählte die Ablehnung des Abkommens.

Die DUP nutzte daraufhin die Massendemonstrationen, die zum Jahreswechsel die dem Regime von IWF und Weltbank aufgezungenen massiven Preiserhöhungen für Grundbedarfsmittel zu Fall brachten, um aus der Regierung auszutreten. Die darauffolgende Regierungsumbildung brachte Al-Tourabi nunmehr sogar das Amt des Außenministers ein.

Wenn sich Sadiq al-Mahdi auch der Unterstützung durch den sich bekanntlich meist selbst austricksenden Taktiker Ghaddafi erfreuen kann, so ist diese Politik doch sichtlich keineswegs nach dem Geschmack der Mehrheit des sudanesischen Volkes und auch nicht nach dem wichtiger Verbündeter wie Ägypten und der USA. Diese sind in der Tat in wachsendem Maße über die Fortführung des Bürgerkrieges, aber auch über den zunehmenden Einfluß der fundamentalistischen Muslimbruderschaft beunruhigt.

Der Bürgerkrieg verhindert beispielsweise

die Fertigstellung des Jonglei-Kanals, die für Ägypten eine dringend benötigte Steigerung des Aufkommens des Nilwassers bedeuten würde. Der Machtzuwachs der NIF wird in Ägypten, das seinerseits mit fundamentalistischen Aktivitäten konfrontiert ist, als ein gefährliches Beispiel angesehen. Die USA, die in Ägypten den nach Israel wichtigsten regionalen Verbündeten sehen, haben denn auch die Eroberung der Provinzhauptstadt Nasir durch die SPLA Ende Januar d.J. zum Anlaß genommen, die Regierung erstmals öffentlich zu einem Waffenstillstand mit der SPLM aufzufordern.

Die SPLM selbst hat die Entscheidung Al-Mahdis mit einem Aufruf an die sudanesischen Armee, den Krieg durch direkte Verhandlungen und das heißt implizit durch einen Putsch zu beenden, beantwortet.



Bei der Unterzeichnung des Friedensabkommens in Addis Abeba im November 1988: M.O. al-Mirghani und J. Garang (r.)

Angesichts des ökonomischen Verfalls des Landes und des Vormarsches der SPLA (Fall der Städte Nasir, Liria und Belagerung Torits) stieß dieser Appell auf offene Ohren. Am 20. Februar d.J. verlangte die Armeespitze ultimativ Fortschritte bei der Lösung des Bürgerkrieges und eine Regierungsumbildung.

Al-Mahdi beugte sich dem Ultimatum. Anfang März schloß er mit allen Parteien und Gewerkschaften – mit Ausnahme der NIF – ein Abkommen, das die Verwirklichung des Abkommens vom 17.1.1988 in seinen wichtigsten Punkten vorsieht. Am 5. März kündigte er schließlich die Bildung einer breiteren Koalition an.



RAINER WERNING

Drei Jahre Aquino (II)

# Marcos-Politik ohne Marcos

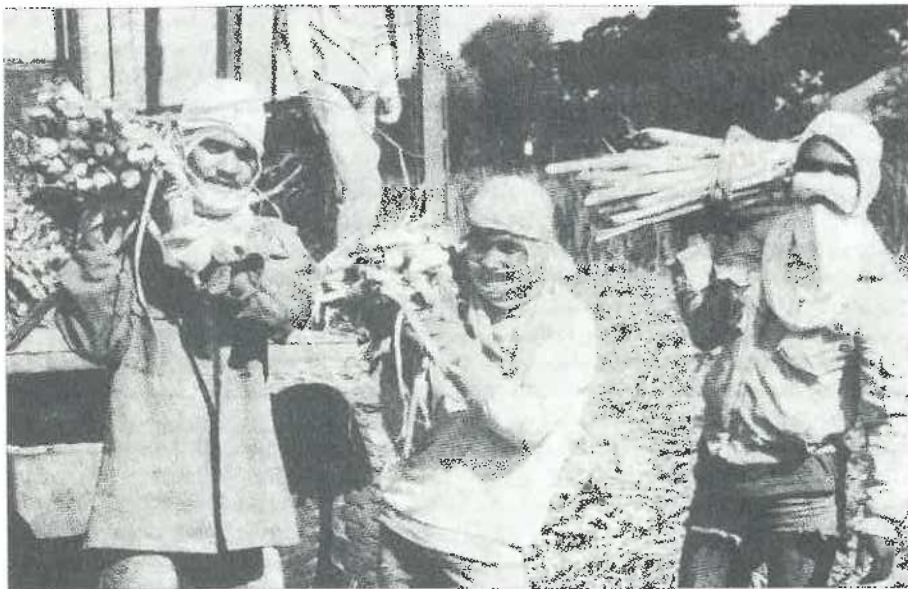
Im ersten Teil seiner Bilanz hat Rainer Werning die politische Entwicklung unter Aquino untersucht, die Gründe für die relative Stärke des Regimes dargelegt und seine Aufstandsbekämpfungspolitik beschrieben. Im zweiten Teil analysiert er die wirtschaftliche Entwicklung, das Verhältnis zu den USA und die Politik des linken Widerstands.

In ihrer Rede anlässlich der ersten 1000 Tage im Amt zeigte sich die Präsidentin im November 1988 voll des Lobes über die wirtschaftliche Gesundung des Landes. 1987 sei das Bruttoinlandsprodukt (BSP) um 6,4 % und im ersten Halbjahr 1988 um 6,8 % gestiegen. Das jährliche Durchschnittseinkommen des Filipinos habe sich seit ihrer Regentschaft von 10 900 auf 13 700 Pesos spürbar erhöht. Die Inflationsrate habe sie von 54 (1984) auf nunmehr 8,7 % zu senken vermocht.

In den kommenden 1000 Tagen, so Aquino, werde ihre Regierung eine Wachstumsrate von 6,5 % pro Jahr anstreben und die Zahl der in Armut lebenden Familien auf landesweit 45 % drücken. Schließlich würdige sie das wiedererlangte Vertrauen der „internationalen Gemeinschaft“ in ihr Land, was sich u.a. darin äußere, daß Manila seinen Zahlungsverpflichtungen zum Abbau seiner Außenverschuldung pünktlich nachgekommen sei (13).

Zutreffend ist sicherlich, daß mit dem BSP die Reputation der Inseln gewachsen ist, die Forderungen ihrer Gläubiger zu erfüllen. Unter Berücksichtigung unterschiedlicher Berechnungsmethoden leben laut Statistiken mehrerer Regierungsbehörden 70–75 % der Bevölkerung unterhalb bzw. an der Schwelle des Existenzminimums, was – zumindest absolut betrachtet – einer höheren Armutsfrequenz als zu Marcos' Zeiten entspricht.

Die Weltbank gelangte in ihrem vertraulichen, der Präsidentin im Sommer 1988 zugeleiteten Bericht – „The Philippine Poor: What is to be Done?“ (Die Armen in den Philippinen: Was ist zu tun?) – zu dem Fazit: „Heute gibt es in den Philippinen mehr arme Menschen als jemals zuvor in der jüngeren Geschichte des Landes; während der vergangenen drei Jahrzehnte hat sich die Situation absolut und relativ verschlechtert.“ Der Weltbank zufolge leben etwa 30 der 56 Mio Filipinos in „absoluter Armut, d.h. ihr Einkommen reicht zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nicht aus.“ Verantwortlich sind dafür nach Ansicht der Autoren die ungleiche Besitzverteilung, rasches Bevölkerungswachstum und ungenügende Bereitstellung von Arbeitsplätzen (14).



Zuckerrohrarbeiter beim Einbringen der Rente

Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren die Schere zwischen dem zum Überleben notwendigen Tagesbedarf einer durchschnittlich sechsköpfigen Familie und dem täglichen Lohn eines nichtlandwirtschaftlichen Arbeiters im Großraum Manila noch weiter geöffnet. Beispielsweise wies die Nationale Zensus- und Statistikbehörde (NCSO) dieses Verhältnis im Frühjahr 1988 mit 150,53 zu 69,33 Pesos aus (ca. 7 bzw. 3,35 \$). 69 Pesos (einschließlich der Wochen zuvor gewährten Erhöhung von 10 Pesos) sind der dekretierte Tagesmindestlohn, der allerdings in den seltensten Fällen ausgezahlt wird.

Auf hohem Niveau stabilisiert hat sich die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote. Das Arbeitsministerium (MOLE) bezifferte sie Ende 1987 auf 11,3 % bzw. gut 30 %. Nach wie vor in Kraft sind desweiteren die von Marcos erlassenen Dekrete zur Einschränkung der Gewerkschaftsarbeit und des Streikrechts. Nicht genug: Die Gewerkschafts- und Menschenrechtskommission (CTUHR) dokumentierte in den Jahren 1986 und 1987 410 bzw. 747 Fälle verübter Menschenrechtsverletzungen (u.a. willkürliche Verhaftungen, Meuchelmorde und schwere Verletzungen) gegen Arbeiterinnen und Ar-

beiter – eine Zunahme im Vergleich zu den letzten fünf Amtsjahren Marcos' um 200 %!

1988 dürften die Inseln etwa 3,1 Mrd \$ (davon 2,1 Mrd an Zinsen) zur Begleichung des Schuldendienstes aufgebracht haben (15). Trotz Neuverhandlungen und Umschuldungen mit seinen Gläubigern wird Manila innerhalb der nächsten vier Jahre immer noch geschätzte 16 Mrd \$ allein für den Schuldendienst bereitstellen müssen. Aquinos Wirtschaftsexperten haben für den Zeitraum 1987–92 einen (ausländischen) Kreditbedarf von 11,5 Mrd \$ errechnet, um 1992 das (preisbereinigte) BSP-Niveau von 1982 zu erreichen. Als zusätzliche Goodwill-Geste gegenüber dem IWF und der Weltbank verabschiedete das Aquino-Regime den sog. Omnibus Investment Code, der – von ausländischen Kapitalgebern seit geraumer Zeit gefordert – die Investitionsmodalitäten wesentlich vereinfacht.

Volumenmäßig deckt sich der genannte Kreditbedarf übrigens mit der im Zusammenhang eines für die Philippinen vorgesehenen „Mini-Marshall-Plans“ anvisierten Summe. Dieser bereits zu Marcos' Zeiten ins Spiel gebrachte Plan wurde seit letzten Sommer wiederholt von Frau Aquino wohlgesonnenen Po-

litikern in Washington kolportiert, bislang jedoch nicht abgesegnet. Durch ihn sähen die USA Japan und einige westeuropäische Länder (darunter die BRD) gern qua konzentrierter Aktion in die Pflicht genommen, das „Modell Aquino“ über fünf Jahre hinweg mit insgesamt 10 Mrd \$ ökonomisch zu stützen.

Eine noch höhere Summe – nämlich 332,4 Mrd Pesos – wäre aufzubringen, um das von Aquino am 10. Juni 1988 unterzeichnete Agrarreformprogramm (CARP) bis 1998 unter Dach und Fach zu bringen (16). Was heißt erwartet und lange ersehnt worden war, entpuppte sich als in zentralen Punkten (z.B. Zahlungsmodalitäten und Höhe des von den Pächtern zu entrichtenden Kaufpreises) als eine Fortschreibung des Marcosschen Präsidialdekrets 27 (17). CARP wäre nur durch ein fleuerliches „Wunder“ – die Selbstinquisition und -exekution der Großgrundbesitzer als Klasse – zu retten (18).

Auch außen- und militärpolitisch steht Aquino mindestens so fest im Bündnis mit den USA wie all ihre Vorgänger. Vergessen sind die flammenden vorpräsidialen Reden, in denen sie geneigt schien, sich der Interpretation des in den 50er Jahren exponierten patriotischen Senators Claro M. Recto anzuschließen, der die auf dem Archipel befindlichen US-Basen stets als „Dolch im Rücken unseres Volkes“ bezeichnet hatte. Wenige Wochen im Amt, paßte sich die Präsidentin den „Rahmenbedingungen“ an und erklärte nunmehr, sich die Optionen für 1991 (wenn das amerikanisch-philippinische Militärbasenabkommen ausläuft) und die Zeit danach offenzuhalten. Möglicherweise solle über die Zukunft der Stützpunkte eine Volksabstimmung entscheiden.

Im April 1988, dem Beginn der letzten Basenverhandlungen, forderte Manila für die Übergangszeit 1989 und 1990 eine „Pachtgebühr“ von mindestens 2,4 Mrd \$, nachdem diese in den vergangenen fünf Jahren (1984–88) pro Jahr 180 Mio \$ betragen hatte. Das klang vielversprechend und ließ in Manilas Presse zeitweilig die Hoffnung keimen, Aquino bzw. ihr verhandlungsführender Außenminister Raul Manglapus verkörpere eine selbstbewußte Politik. Ende Juli 1988 – die Verhandlungen waren wegen Manilas „überzogener Forderungen“ (so US-Außenminister Shultz) für kurze Zeit ausgesetzt – kehrte Manglapus gar den Politmacheo heraus und ließ die Öffentlichkeit wissen, eine jährliche Kompensationszahlung von weniger als 1 Mrd \$ bedeute den „Ausverkauf des Landes“.

Gemessen an diesem Anspruch kam die von Manglapus schließlich am 17. Oktober 1988 in Washington geleistete Unterschrift unter das jetzt gültige Abkommen einer Sonderrabattierung auf den ohnehin günstigen Sommerschlußverkauf „seines“ Landes gleich. Wieder einmal hatte sich Krylows gekker Fabelvers einen Reim auf die philippinische Realität gemacht – „Ei, schau doch, was das Möpschen kann, es bellt den Elefanten an“.

Die jetzt von Washington pro Jahr zu leistenden „Pachtgebühren“ in Höhe von 481 Mio \$ schließen als Hauptkomponente 200

Mio \$ an Militärhilfe ein, mit der sich Manila gegen die Neue Volksarmee (NPA) aufstellt.

Von der jährlichen Wirtschaftshilfe (160 Mio \$) will Washington 100–200 Mio \$ als sog. „Zerobonds“ (Nullkuponanleihen) ausgeben, die mit 20jähriger Laufzeit der Absicherung entsprechender philippinischer Anleihen dienen sollen.

„Damit beabsichtigt die Regierung, einen Teil der philippinischen Schulden auf dem ‚Gebrauchtschuldenmarkt‘ mit einem Abschlag von 50 % nach dem Mexiko-Modell zurückzukaufen. Das Funktionieren dieses ‚bond-to-debt‘-Modells hängt in erster Linie von der Bereitschaft der Banken ab, 50 % Verlust hinzunehmen, um dafür risikoreichere philippinische Schuldtitel gegen Papiere einzutauschen, die von der US-Zentralbank gesichert sind. Die Bereitschaft, sich auf diesen Deal einzulassen, steigt, je größer das Risiko philippinischer Schuldtitel eingeschätzt wird. Dieses Risiko ist zur Zeit jedoch gering, da die Regierung weiter denn je von einem Schuldenmoratorium o.ä. entfernt ist. Warum sollten die Banken also mitspielen? In Mexiko haben sie es auch nicht getan. Sollte der Deal wider Erwarten trotzdem funktionieren, würde das Land in 20 Jahren maximal 960 Mio \$ an Zinsen gespart haben (...) – wahrlich kein Durchbruch. Stattdessen hätten einige japanische und amerikanische Banken, bei denen Manila hauptsächlich in der Kreide steht, die Chance genutzt, einen Teil fauler Kredite aus ihren Bilanzen zu streichen“ (19).

Außerdem soll Manila jährlich in den Genuß einer auf 90 Mio \$ taxierten Entwicklung- und Nahrungsmittelhilfe kommen.

GEMESSEN AN DEN  
PACHTFORDERUNGEN  
MANILAS KAM DAS MIT DEN  
USA ABGESCHLOSSENE  
MILITÄRBASENABKOMMEN  
EINER SONDERRABATTIERUNG  
AUF DEN OHNEHIN  
GÜNSTIGEN  
SOMMERSCHLUßVERKAUF DES  
LANDES GLEICH

Derartiges hat es in der Vergangenheit mehrfach gegeben, ohne allerdings im Rahmen des Stützpunktedeals verrechnet worden zu sein. Zur Nahrungsmittelhilfe zählen solche US-Überschußprodukte wie Milchpulver, Weizen und Mais, die, einmal auf den philippinischen Markt geworfen, zusätzlich Kleinbauern/Pächter in den Ruin treiben.

Desweiteren gehört zum Basenabkommen ein Finanzpaket von 355 Mio \$ pro Jahr. Darin eingerollt sind 175 Mio an Handelskrediten der US-amerikanischen Export-Import-Bank zur Exportfinanzierung von US-Firmen sowie Bürgschaften und Versicherungen (75 Mio) durch die Overseas Private Investment Corporation, die amerikanische Direktinve-

stitutionen in Übersee gegen Unbill schützt.

Last not least erklärte sich Washington bereit, „für 80 Mio \$ auf den Philippinen produzierte Waren für ihre Basen im Land und in der Pazifikregion zu kaufen. Dürften davon in erster Linie philippinische Tochtergesellschaften US-amerikanischer Konzerne profitieren, so senkt dies auch die Kosten für die Stützpunkte. Während also die Pachtzahlungen größtenteils wieder in die USA zurückfließen, hat Manglapus keine weiteren Zugeständnisse von Washington erhalten. Weiterhin können u.a. straffällig gewordene US-Soldaten nicht vor ein ziviles philippinisches Gericht zitiert werden“ (20).



Festnahme eines mutmaßlichen NPA Sympathisanten in Manila

Relativiert, um nicht zu sagen außer Kraft gesetzt, wurde zudem der vielfach als neuer Verfassungsjuwel gepriesene Passus, die Philippinen strebten in Übereinstimmung mit nationalen Interessen die atomwaffenfreie Zone an. Was aber geschieht, wenn es die nationalen Interessen zulassen, daß Besuche, Überflüge/Durchreisen von mit atomaren Waffensystemen bestückten US-Kriegsschiffen bzw. -Flugzeugen nicht als Stationierung gelten, mithin also gestattet sind? Manglapus' Oktober-Deal unterstrich aufs neue – Manilas Innenpolitik endet, wo Washingtons Außenpolitik beginnt.

Aufgrund ihrer Marcos-Politik ohne Marcos deutet im Moment jedenfalls nichts auf ein Abrücken der USA von Aquino hin, obwohl ihr Denkmal rascher als vielleicht angenommen gleich ihrem transpazifischen Pendant – El Salvadors José Napoleon Duarte – abbröckelt.

Das politische Überleben des jetzigen Regimes bemißt sich an dessen Fähigkeit, den Prozeß der fortschreitenden Diffusion („Zerfaserung“) zentralstaatlicher Macht und des eskalierenden (bewaffneten) Volkswiderstandes umzukehren – eine Sisyphusarbeit. In dem Maße, wie sich die populistischen Elemente Aquinos verschleifen, gewinnen die die herrschenden Klassen aktuell auszeichnenden zi-



vilen wie militärischen interfraktionellen Konfliktpotentiale an Sprengkraft. So existieren parallel zu den diversen Fraktionen innerhalb des Militärs mittlerweile mehrere (ultra-) rechte politische Blöcke – allesamt Anzeichen für die latente Labilität im politischen Repräsentanzgefüge der Herrschenden und ihres vergleichsweise verminderten ökonomischen Handlungsspielraums.

Der fortgesetzte Rückgriff auf außerökonomische Zwänge seitens der zahlreichen Vigilanten widerspiegelt die Unfähigkeit oder Unentschlossenheit zur Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols. Aus diesen fortwährenden Bruchstellen sich dezentralisierender staatlicher Herrschaft erwachsen nicht zuletzt für die (noch) legale, größtenteils sektoral gegliederte und nach wie vor in die Illegalität gedrängte Linke (namentlich die Nationale Demokratische Front, NDF) reale Chancen, ihre im Verlaufe des Februar-Machtwechsels eingebüßte Initiative zurückzugewinnen, ja aus dem „Stellungskrieg“ politische Vorteile zu ziehen und ihre ökonomische Basis zu konsolidieren.

Was die Einbußen betrifft, so waren sie Ausdruck einer Art unerfüllt gebliebener „trinitarischer Lehre“, wonach sich die dreieinigen Hauptübel – „Imperialismus, Feudalismus und Faschismus“ – gleichsam auf einen Schlag hätten beiseiteräumen lassen sollen. Die zumindest im stillen genährte Vorstellung, gleichzeitig mit Marcos' Sturz die beiden anderen Kettenglieder aufzurollen, hatte sich nicht nur nicht bestätigt. Noch Tage vor seinem Ende wurde des Diktators Rolle maßlos überschätzt; er galt als Joker in einem Spiel, dessen Karten aber längst gemischt und neuverteilt worden waren. Mit dieser Überschätzung aufs engste verknüpft war eine entscheidende Unterschätzung der US-amerikanischen Krisenbewältigungsstrategie und des dadurch begünstigten Aufbaus der neuen Machtkonstellation.

Bei der Aufarbeitung dieser Fehleinschätzung verhielt sich die Linke weitgehend reaktiv, was seinen Höhepunkt in der Vorbereitungsphase zur Unterzeichnung des von Anfang Dezember 1986 bis Anfang Februar 1987 währenden Waffenstillstandsabkommens fand. Als hätte es gegolten, nunmehr eine Scharte (verlorengegangenes Terrain) di-

plomatisch-politisch wettzumachen und gegenüber Frau Aquino Goodwill zu demonstrieren, verhandelte die NDF-Delegation weitgehend unter leichtfertiger Preisgabe elementarer Selbstschutzelemente – dazu ausschließlich in der „Höhle des Löwen“ (Manila). Ihr Ziel, als kriegführende Partei mit sämtlichen daraus erwachsenen juristischen Vorteilen anerkannt zu werden, blieb uneingelöst.

So handelte es sich eher noch um ein Understatement, als der damalige Verteidigungsminister und aufgrund seiner Botschaftertätigkeit in Bangkok mit dem relativ erfolgreichen Counterinsurgency-Programm der thailändischen Militärs wohlvertraute Ex-General Rafael Ito (22) vor der Philippinischen

**MANGELNDE  
GEHEIMHALTUNG,  
MILITARISTISCHE TENDENZEN  
UND DIE UNTERWANDERUNG  
DURCH AGENTEN DES  
REGIMES HABEN DER  
GUERILLA SCHÄDEN  
ZUGEFÜGT, DIE NUR LANGSAM  
BEHOBEN WERDEN KÖNNEN**

Militärakademie in Baguio City am 17.2.1987 (wenige Tage nach Terminierung der ausgehandelten 60tägigen Feuerpause) erklärte: „Wir haben unsere geheimdienstlichen Aktivitäten um etwa 25 % verstärkt. Wir wissen, wer sie (die NDF-Unterhändler und -Delegierten; R.W.) sind, über welche Waffen sie verfügen, und wohin sie gehen, wenn sie auf- oder untertauchen.“ (23)

Die Inhaftierung des vermeintlichen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), Rodolfo Salas, und die Ermordung Jovito Plasas, eines Mitglieds des NDF-Cebu-Verhandlungsteams, gingen unmittelbar auf das Konto selbstverursachter Nachlässigkeit. Die Gefangennahme weiterer hochrangiger CPP-Kader in Manila just am 19. Jahrestag der NPA-Gründung (29.3.1988) dürfte zweifellos der Langzeit-

wirkung einer allzu einseitigen „Glasnost“ zuzuschreiben gewesen sein, was durch die zum Jahresende geglückte Flucht von Gloria A. Jopson und Romulo Kintanar wenigstens teilweise unterlaufen werden konnte.

Last not least hatte auf der Südinsel Mindanao, von der seit Beginn der 80er Jahre die spektakulärste Ausweitung der Guerillaaktivitäten gemeldet worden war, der militärische Kampf offensichtlich nicht mit politisch dauerhaften Durchbrüchen Schritt halten können. Mao Tse Tungs Diktum – „Die Partei kommandiert die Gewehre“ – war, so es denn jemals zutraf, in sein Gegenteil verkehrt worden. Mit – in einigen Inselregionen – verheerenden Konsequenzen. Unter den schwierigen Bedingungen eines langwierigen Volkskrieges gewinnen militaristische Tendenzen eine fatale Eigendynamik, erzeugen ein Klima des Mißtrauens, schüren Panik und erleichtern es dem Gegner, aus der politischen Konfusion Kapital zu schlagen.

Letztinstanzlich waren es diese Mechanismen, die dem in Kooperation zwischen den regulären Streitkräften (AFP) und dem CIA entworfenen „Operationsplan Anaconda“ zu zweifelhaftem Erfolg verhalfen. Dabei gelang es, hohe Parteiorgane und sensible interne Kommunikationsnetze mit sog. „deep penetration agents“ (auch „Zombies“ genannt) zu durchsetzen, die dann aus dem Inneren der Bewegung heraus Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung verübten und auf der Basis willkürlicher Anschuldigungen und Mutmaßungen verdiente Genossen liquidierten.

„In gewissem Umfang“, so zitierte „Ang Bayan“ (Das Volk), das Zentralorgan der CPP, das Politbüromitglied Julian Banaag, „gelang es ihnen (den ‚Zombies‘; R.W.), sich durch Drohungen, Erpressungen, das Ausnutzen parteiinterner Unstimmigkeiten und schwieriger Kampfbedingungen sowie durch die Ermutigung, verrohte Praktiken anzuwenden, zu behaupten.“ (24) Daß dies überhaupt geschehen konnte, war sicherlich nicht exklusiv den Raffinessen der gegnerischen psychologischen Kriegführung, sondern mehr noch den im Zuge des erweiterten Krieges unbeachteten und/oder preisgegebenen politischen Kriterien geschuldet.

Bekanntlich gebieten es politisches Kalkül und taktische Flexibilität, ein organisches Wachstum der Guerilla anzustreben, quantitative Waffenstrotzerei zu vermeiden und unverhältnismäßig große militärische Formationen im Falle der vom Gegner gesuchten „offenen Feldschlacht“ rechtzeitig aufzusplitteln. Weil dies beispielsweise auf der östlichen Visaya-Insel Samar aufgrund politischer Einsicht und Steuerbarkeit glückte, ersparte sich die dortige Guerilla nicht nur ein „Zombie“-Phänomen; sie ließ die von den AFP Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre entfesselten Großoffensiven buchstäblich ins Leere stoßen und vermochte die eigene Massenbasis nachhaltig zu stärken.

Zwar wird in der o.g. Ausgabe von „Ang Bayan“ behauptet, das „Zombie“-Problem und die dadurch verursachten Rückschläge seien weitgehend überwunden und der organisierte Widerstand habe sich mittlerweile

# 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

25.5. – 28.5.1989 in Hamburg



»Große wirtschaftliche und technologische Projekte müssen in soziale und kulturelle Begleitprogramme eingebettet sein«

Lothar Späth

»Wenn du über die Erhaltung der Kultur sprichst, glauben sie immer, du redest von Nationalstolz, obwohl du tatsächlich über harte Nationalökonomie redest. Die teuerste Ware auf dem Weltmarkt ist nicht Gold oder Diamant, sondern Kultur.«

Obi Egbuna

Wenn bei uns von Afrika, Asien, Lateinamerika die Rede ist, dann meist im Zusammenhang von Verschuldung, Naturkatastrophen und Krieg. Dabei ist die wirtschaftliche und militärische Unterwerfung der Völker der drei Kontinente untrennbar verbunden mit einem Prozeß fortschreitender Zerstörung der jeweiligen Kulturen. An die Stelle ihrer Vielfalt rückt zunehmend die nivellierende Einheitskultur der westlichen kapitalistischen »Zivilisation«.

Und gerade in diesem Prozeß regt sich der Widerstand. Die Dekolonisierung der Köpfe und die Befreiung von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung sind zwei Seiten einer Medaille.

Die für die Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viel selbstverständlichere Einheit von Kultur und Widerstand wird auch für unsere politische Praxis eine Forderung von zunehmender Dringlichkeit.

Das Ziel des diesjährigen Kongresses ist es, Mechanismen zu thematisieren, wie Herrschaftskultur sich darstellt, sich durchsetzt hier und in der Dritten Welt. Es soll unsere kulturelle Identität hinterfragt und überlegt werden, wie wir dazu beitragen können, daß die Anteile des kulturellen Widerstands und der kulturellen Vielfalt gestärkt werden können.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56  
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

## Kultur und Widerstand



## Arbeitsgruppen

### 1. Theorie-AG

In dieser AG sollen einige wichtige Thesen von Freire, Gramsci und Fanon im Kontext politikwissenschaftlicher Kategorien wie Staat und Nation (Herrschaft und Widerstand) erarbeitet werden. Dabei soll in einem zweiten Schritt versucht werden, eine Vorstellung von dem zu gewinnen, was theoriegeleitete Konzepte für den Befreiungskampf in der sogenannten Dritten Welt bewirken können.

### 2. Drittweltmusik und Weltunterhaltungsordnung

Nicht anders als im Rahmen der sog. Weltwirtschaftsordnung dient auch die Kultur der Dritten Welt primär der Versorgung westlicher Unterhaltungsmärkte. Der Handel mit Kulturprodukten unterscheidet sich damit nicht vom »Kolonialwarenhandel« mit sonstigen Gütern. ArbeiterInnen und KünstlerInnen aus Niedriglohnländern liefern nicht nur die elektronische »Hardware«, sondern auch die kulturelle »Software« für den Weltunterhaltungsmarkt.

### 3. Sprache und Herrschaft

In dieser AG arbeiten wir mit einer Autorin aus Grenada, die sich selbst in die Afrikanische Tradition der PERFORMANCE POETRY stellt, über die Bedeutung der Kolonisierung von Sprache.

You use their words / to call  
your sister / your brother  
terrorist / learnt so well  
the lesson of your conquerors  
that now you, too  
feel certain  
you are too ignorant  
to determine your destiny  
so you welcome their invasions  
echoing their words  
you call their rape  
deliverance ...  
(Merle Collins)

### 4. Reflexion von Sprache und Herrschaft hier

»Die Rechten sprechen betrügend, aber zu den Menschen;  
die Linken sprechen wahr, aber nur von Sachen.«  
(nach einem Gedanken von Ernst Bloch)

Durch Sprache üben die Herrschenden in unserer Gesellschaft Macht aus – sei es, indem Ereignisse unter den Teppich gekehrt oder verschleiert werden, sei es durch sprachliche Normierung und den Ausschluss von Menschen von der Kommunikation durch bestimmte Sprachformen.

Es werden jedoch auch von sozialen Bewegungen Sprachformen benutzt, die sich auf einem inhaltlicheren Abstraktionsniveau bewegen und in denen kein Funke emotionaler Betroffenheit mehr steckt. Außerdem wird der Gebrauch von Sprache dem Anspruch auf Herrschaftsfreiheit oft nicht gerecht.

Wie drücken wir in der internationalistischen Bewegung Inhalte aus? – Dies soll in dieser AG analysiert und Beispiele »positiver« Sprachanwendung erarbeitet werden.

### 5. Kultur und Widerstand im Alltag

#### Faschismus / Antifaschismus

Die AG wird sich mit den Fragestellungen eines aggressiven Gesellschaftssystems beschäftigen, das die Lebensperspektiven einer großen Anzahl von Menschen im Trikont wie in den Metropolen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Das Thema Faschismus / Antifaschismus soll sich im historischen Rahmen mit aktuellem Bezug im Spannungsfeld zwischen Kunst und Widerstand bewegen. Hierbei sollen Schwerpunkte auf Widerstandskunst und Widerstandskultur, die als gesamtheitliches Erfassen von Lebensperspektiven verstanden wird, liegen.

Eine Dreiphasen-Gliederung ist vorgesehen: vor '33, '33-'45 und nach '45 – mit besonderem Schwerpunkt zur aktuellen Entwicklung –. Insbesondere gemeinsame Handlungsmöglichkeiten, die Solidarität nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern als elementares Bedürfnis und gelebte Praxis beinhalten, sollten dabei im Vordergrund stehen.

### 6. Kultur und Widerstand in der BRD

In dieser AG sollen folgende Aspekte diskutiert werden:

- Widerstand in den Medien
- Widerstand in der kommunalen Kulturpolitik
- Kultur im Widerstand  
(Diese AG findet Samstagvormittag statt)

### 7. Radios im Medienschwung

Nachrichten sind eine Ware. Der Handel dieser »Waren« ist in den Händen der Medienmultis in den USA und Europa. Gegen diese Meinungsmonopole haben sich überall auf der Welt freie Radios gegründet, die legal oder illegal die Informationen verbreiten, die für die Mehrheit der Menschen tatsächlich wichtig sind, die emanzipatorische Prozesse, soziale und politische Kämpfe weiterbringen.

Die Freien Radios stehen auch für eine andere Weltinformationsordnung, eine »Ordnung«, die von uns bestimmt wird. Analyse und Diskussion mit VertreterInnen verschiedener unabhängiger Radios aus vielen Ländern dieser Erde.

### 8. Indigene Völker und wir

#### Ethnozid: Kulturelle Selbstbestimmung ist Widerstand

In der AG soll versucht werden, Verbindungslinien, sowie wesentliche Unterschiede zwischen dem Widerstand indigener Völker gegen die Zerstörung ihrer Kultur (=Ethnozid) und dem Zusammenhang zwischen Kultur und Widerstand hier (z.B. Wyhl/Dreieckland, Wendland etc.) zu erarbeiten. Dazu werden sowohl Vertreter eingeborener Völker als auch hiesige Gruppen eingeladen.

Die Arbeitsgruppe ist ein Versuch, erste Ansätze möglicher gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Aktion zu finden.

### 9. Kultur im südafrikanischen/azanischen Widerstand

Erst die Aufstände der unterdrückten schwarzen Bevölkerung in Südafrika/Azania in den vergangenen Jahren haben auch in Europa den mannigfaltigen kulturellen Ausdruck dieses Widerstands breiteren Schichten bekannt gemacht, obwohl Theater, Musik und Literatur im Widerstand der Schwarzen schon immer eine beherrschende Rolle gespielt haben. In dieser AG sollen an Beispielen ein Überblick und eine Einführung in die Kultur der Unterdrückten vermittelt werden. Es wird über die auch kommerziell bestimmte Rezeption dieses künstlerischen Schaffens unter weißen Liberalen in Südafrika wie in den USA und Europa diskutiert. An konkreten Beispielen der Arbeit der Solidaritätsbewegung mit südafrikanischer/azanischer Kultur sollen Handlungsperspektiven aufgezeigt werden.

### 10. Palästina

1) Kulturimperialismus am Beispiel Palästinas

- a) Archaische palästinensische Kultur
- b) Konfrontation mit Kolonialmacht England und dem Zionismus

2) Wege zur Intifada

Ursachen und Perspektiven, Anknüpfungspunkte

3) Situation eines Künstlers im Exil (Burhan Karkutli)

### 11. Feministische Ästhetik

Eine Annäherung an das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven:

- einige Beispiele von Arbeiten und Arbeitsbedingungen professioneller bildender Künstlerinnen
- Anmerkungen zum Diskurs über »feministische Ästhetik«
- Betrachtung von verschiedenen Bild-Beispielen (z.B. Plakate, ev. Film-Bilder) aus der Arbeit von und mit Frauengruppen der »Dritten Welt.«

### 12. Inländer / Ausländer

In dieser AG soll ein Beitrag dazu geleistet werden, wie wir hier mit »fremden Kulturen« alltäglich umgehen. Dazu soll sich v.a. mit folgenden Fragen beschäftigt werden:

1. Widerstand gegen Faschismus und Rassismus
2. Politische und kulturelle Identität
  - Ausländerwahlrecht oder Einbürgerung?
  - Integration und/oder kulturelle Eigenständigkeit?
3. Wie würde sich die Veränderung des Asylrechts auswirken?

### 13. AG-Bewertungsmaßstäbe

In der AG soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Existieren Maßstäbe, mit denen auch Gesellschaften anderer Erdregionen kritisch beurteilt werden können oder ist jede Bewertung solcher Gesellschaften durch uns Europäer kulturimperialistisch?
- Beschränkt sich die Reichweite linker Herrschaftskritik auf Europa oder schließt sie die Kulturen der sogenannten Dritten Welt mit ein?
- Wie wird mit Gesellschaften, in denen mythische Weltbilder vorherrschend sind, bei uns umgegangen? Projizieren wir nicht unsere unerfüllten Sehnsüchte nach einem Leben in Einklang mit der Natur auf diese Kulturen?

### 14. Kulturelle Invasion durch Entwicklungshilfe und Soliarbeit

- Eurozentrismus als Grundlage entwicklungspolitischer Arbeit
- Das Verhältnis von »3. und 4. Welt«
- Widerstand der Betroffenen in der 4. Welt und hier
- Gibt es Möglichkeiten einer alternativen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit?

### 15. Kulturaustausch – zwischen Außenpolitik und Exotismus

Staatlicher Kulturaustausch mit der »Dritten Welt« gilt als »drittes Standbein« der Außenpolitik. In der Solidaritätsbewegung gilt Kulturaustausch als »nettes Beiprogramm« für die »eigentlich politische Arbeit«. Welche Auswirkungen hat der staatliche Kulturaustausch in der »Dritten Welt« und hier? Gibt es von unserer Seite mit einem »Netzwerk Kulturaustausch« Chancen dieses Monopol zu brechen?

### 16. Film / Video

Die Beschäftigung mit lateinamerikanischen Filmschaffenden wird Thema des Werkstattgesprächs sein; konzentriert auf die Ausbildungssituation:

- Das Konzept der »Film- und Fernsehschule der drei Welten«, welche Erwartungen und Erfahrungen knüpfen sich daran?
- Die Auseinandersetzung der jungen Filmemachergeneration mit dem Neuen in Lateinamerikas Kino.

### 17. AG Chile

Kulturarbeit im Exil ist für Chilenen ein Thema, das mit vielen Fragen, Hoffnungen und Problemen beladen ist und war. Nach einer Phase fortschrittlicher Kulturpolitik unter Allende mußten die Kulturschaffenden ins Exil flüchten und wurden hier bei uns gefeiert. Kaum ein anderes Land der »Dritten Welt« hat soviel Einfluß auch auf unser kulturelles Denken und Wirken gehabt wie Chile. Doch die eigene Entwicklung einer Kultur im Exil, machte die Chilenen für die Solidaritätsbewegung uninteressant, die Klischees paßten nicht mehr. Heute überlegen viele Kulturschaffende wieder zurückzukehren in ihre Heimat, deren Kultur sich völlig geändert hat, mit Ideen, die vielleicht gar nicht mehr passen. Kulturelle Identität? Multikulturelle Identität? Vom gefeierten politischen GenossenIn zum/zur »KünstlerIn«? Trotz einer »kulturellen Identität« heimatlos? Die AG wird von chilenischen KünstlerInnen im Exil vorbereitet und ist auch eine Anfrage an den Umgang der Solidaritätsbewegung mit Kulturschaffenden aus der »Dritten Welt«.

### 18. Philippinen:

- Kunst und Kultur im Widerstand – als Widerstand
- Formen und Traditionen – wie können sie für die Soliarbeit genutzt werden?
- Kennenlernen von Methoden der PETA-Work-Shops

### 19. Cubanische Kultur in der Zwickmühle

#### Westtourismus und westlicher Kulturboykott

Seit Anfang der Achtziger Jahre hat sich Cuba massiv dem Westtourismus geöffnet. Mit jährlich an die 100.000 BRD-Touristen bleiben nicht nur dringend benötigte Devisen im Land, sondern auch die üblichen Spuren kapitalistischer Lebensform. Behandelt werden soll in diesem Zusammenhang auch die Frage des Kulturboykotts der westlichen Industrienationen gegen Cuba einerseits, auf der anderen Seite wird am Cubanismus durch bundesdeutsche Reiseunternehmen nicht unerheblicher Profit gemacht.

### 20. Spielend leicht verändern?

#### Mit der Pharma-Bus Theatergruppe

Straßentheater als eine etwas andere Form der Vermittlung entw.-politischer Inhalte. Die Bus-Theatergruppe der BUKO-Pharma-Kampagne berichtet über ihre Erfahrungen und zeigt, wie politische Inhalte auch mit Spaß unter die Leute gebracht werden können.

### 21. Tourismus

Land und Leute kennenlernen, fremde Kulturen besuchen, – so lauten die Hauptreisemotive und so herrscht weiterhin die Auffassung, Tourismus erhalte Traditionen und ermögliche statt Eurozentrismus vielmehr eine neue Identifikation. Touristen sind neugierig, voyeuristisch, eilig konsumierend, verfremdend. Traditionelle Zeremonien werden diesen Bedürfnissen gehorchend showgerecht verfälscht, finden isoliert von Raum und Zeit zum visuellen Konsum Fremder statt und gleichermaßen werden Kulturgegenstände souvenirgerecht und europäisiert zum Konsumgut der Touristen. Airport-Art großen Stils entstand. Was hat das mit unserem Tourismus zu tun? Widerstand gegen den Tourismus (dort)? Tourismusboykott, Tourismusverzicht hier?

### 22. Chicanos in den USA – Einwanderer oder Unterwanderer?

Das Festhalten der mexikanischen EmigrantInnen an ihren kulturellen Gepflogenheiten stellt eine permanente Bedrohung für das Konzept des integrierten US-Nationalstaates dar. Nicht nur der Kampf für das Recht auf die eigene Sprache ist hierbei von Bedeutung, sondern ihr Beharren auf dem Anderssein umfaßt sämtliche Lebensbereiche.

### 23. 500 Jahre »Entdeckung« Amerikas

1992 jährt sich zum 500. Mal die »Entdeckung« Amerikas. Schon jetzt gibt es Überlegungen, was den offiziellen »Jubelfeiern« entgegengesetzt werden soll. In dieser AG sollen konkretere Vorschläge vorgestellt und weiterentwickelt werden.

## Was es sonst noch gibt

### Zum ersten Mal Yoga auf dem BUKO!!!

Macht mit, erholt Euch und Ihr habt mehr vom Kongreß!!!

Aufgrund der Erfahrung, daß viele durch die ausgedehnte Kongreßteilnahme nicht gerade frischer geworden und erschöpft sind von den AG's, Plena, Workshops etc., wollen wir denen, die sich aktiv erholen wollen, täglich ein paar Stunden Yoga anbieten. Dafür wird extra ein Raum in zentraler Lage zur Verfügung gestellt. Ihr braucht nur eine Decke und bequeme Kleidung mitzubringen.

### Workshop »Dritte-Welt-Liederbuch«

Vor einigen Jahren entstand das Dritte-Welt-Liederbuch. In diesem Workshop werden wir eine Auswahl dieser Lieder kritisch untersuchen. Zur Methode: In erster Linie werden wir in diesem Workshop gemeinsam singen.

### Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird es auch in Hamburg eine Medienbörse geben. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können dort Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen. Wegen des Platzmangels bitte unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden, Standgebühr für kommerzielle Stände: DM 50,-.



Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen( wenn's geht bis zum 25. April 1989)

## Anmeldung für den 13. Bundeskongreß in Hamburg, 25.5. – 28.5.1989

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution: .....

2) Anschrift: .....

3) Status ☐ örtliche Basisgruppe

☐ Institution/Bundesverband

☐ sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied: ☐ ja ☐ nein

☐ Interesse an der Mitgliedschaft

☐ Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß



**Koordinierungsausschuß**

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.

Interessierte bitte melden bei:

BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56.

**Resolutionen**

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.89 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

**Vorbereitungsmaterialien**

Vorbereitungsmaterialien und das Vorbereitungs-FORUM werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

**Motto**

Außerdem muß auch ein Motto für den 14. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

**Teilnahme**

Teilnehmen am 13. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1989 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 150,- DM (plus FORUM-Abo 36,- DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 350,- DM, plus FORUM-Abo 36,- DM).

**Anmeldung**

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden: Bundeskongreß Entwicklungspolitische Aktionsgruppen, Hamburg, Postgironummer Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201. Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Anmeldeschluß ist der 25. April 1989.

**Wichtig:** Da wir gerade bei diesem Thema Kultur nicht zum Nulltarif anbieten können, müssen wir pro Person 10,- DM als Sonderbeitrag dafür kassieren. Dementsprechend müssen in diesem Jahr 80,- DM bzw. 100,- DM überwiesen werden.

**Termin und Ort**

Der 13. Bundeskongreß Entwicklungspolitische Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 25.5. bis Sonntag, 28.5.1989 im Hamburger Stadtteil Ottensen (Osterkirchengemeinde, Werkstatt 3 und anderen Stadtteilzentren) statt.

**Fahrtkosten**

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

**Essen**

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

**Kinder**

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

**Donnerstag, 25.5.89**

12.00 bis 15.00

Anmeldung gleichzeitig: buntes Begrüßungstreiben (Straßentheater etc. vom Altonaer Bahnhof bis Werkstatt 3)

15.00

Plenum Begrüßung, anschließend Einführung in den Kongreß Vorträge zum Thema: »Kultur – Nation – Linke Identität«, Merle Collins, Grenada, z.Z. Exil in London (angefragt), Karl-Heinz Roth, Hamburg (angefragt)

16.30 – 19.00 Uhr

Diskussion der BUKO-Arbeit

19.00

Abendessen

20.30

Konzert-Lesung mit Mario Benedetti und Daniel Viglietti, Uruguay

**Freitag, 26.5.89**

9.00 – 13.00 Uhr

Arbeitsgruppen

13.00

Mittagessen

14.30 – 18.30

Fortsetzung der Arbeitsgruppen vom Vormittag

19.00

Abendessen

20.00

Palästinensische Theatergruppe »El Hakawati« spielt »The Birds«

**Samstag, 27.5.89**

9.00 – 12.30

phantasievolle Aktionen im Stadtgebiet Werkstattgespräche: Theater, Bildende Kunst workshop »Dritte-Welt-Liederbuch« Dritte-Welt-Hafenrundfahrt Treffen von BUKO-Kampagnen, Länderkoordinationen u.a.

12.30

Mittagessen

13.30

Plenum Rechenschaftsberichte des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des FORUM und anderer BUKO-Bereiche, Planung der weiteren BUKO-Arbeit: Seminare, Kampagnen, BUKO 14, Wahl des Koordinierungsausschusses; Abstimmung von Resolutionen etc.

20.00

Abendessen

21.00 Uhr

Vorträge: Kultur als Mittel zur Wahrung der politischen Identität Mauricio Rosencof, Uruguay (angefragt) Ingrid Strobl (eingeladen) anschließend offener Abend, Disco, Hamburg bei Nacht

**Sonntag, 28.5.89**

9.00 – 11.00

Vortrag von Abadio Green (Koordinator der Gegenaktivitäten zu der offiziellen 500-Jahr-Feier der »Entdeckung« Amerikas) Diskussion

11.00 – 14.00

Plenum: Berichte aus den Arbeitsgruppen, Fortsetzung der Diskussion vom Samstag

14.00

Mittagessen, anschließend Abreise.



5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

Schlafplätze nötig für:\*

Do Fr Sa So

Interesse an AG:

Do Fr Sa So

Interesse an AG:

Do Fr Sa So

Interesse an AG:

\*Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

☐ ich biete ☐ ich suche Mitfahrgelegenheit für ..... Personen.

7) ☐ wir bringen Kinder mit

wieviele? ..... Alter? ..... Jahre an folgenden Tagen: .....

☐ Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnehmerpreis von 80,- DM/100,- DM pro Person am ..... überwiesen.

Datum ..... Unterschrift .....

wieder auf dem Niveau von 1984 eingependelt. Doch die politische Moral und verbesserte Weiterarbeit machen es notwendig, die Ursachen und Auswirkungen militaristischer Tendenzen umfassend zu analysieren, sich bei den Hinterbliebenen der Opfer zu entschuldigen bzw. sich angemessen um sie zu kümmern und in ebensolcher Weise die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, bevor derartige „Fälle“ von der anderen Seite zur generellen Desavouierung des Projekts Befreiung ausgeschlachtet werden – oder, schlimmer noch: sich wiederholen.

Insgesamt haben sich die NDF/CPP/NPA nicht nur gegen den vom Ausland mit reichlicher Militärhilfe ausgestatteten Gewaltapparat des Aquino-Regimes behaupten können. In etlichen Teilen des Archipels sind bereits mehr oder minder überlebensfähige politische, administrative und ökonomische Gegenstrukturen (z.B. Revolutionsräte, Arbeits- und Marketingkooperativen sowie die Nutzbarmachung kultureller Traditionen im Hinterland für ein alternatives Erziehungswesen) entstanden, was mitunter Spekulationen über die alsbaldige Proklamation einer Provisorischen Revolutionsregierung Auftrieb verlieh.

Mitte Dezember 1988 tauchten im In- wie Ausland Meldungen auf, denen zufolge die NPA die in Peso oder Dollar gezeichnete Ausgabe zinsfreier „revolutionärer Kriegaanleihen“ erwägt, die von „freundlicher Regierungen“ oder Einzelpersonen gekauft werden können, allerdings erst nach dem Sieg der Revolution in Bargeld eintauschbar sind. (25) Wenn es für die NPA anlässlich des 20. Jahrestages ihrer Gründung (29.3.1989) Anlässe zum Feiern gibt – dann diese: Ihr von ausländischer Unterstützung weitgehend abgeschnittenes Wachstum besiegelte ursächlich den von den USA (mit)getragenen Marcos-Sturz und sie verunmöglichte es dessen Nachfolgern, sie entscheidend zu schwächen oder gar auszuhebeln.

So vital die städtisch verankerten – quasilegalen – progressiven Kräfte und Linken in Gestalt der vielfältigen sog. „cause-oriented groups“ geblieben sind, so schwierig ist es angesichts der staatlich aufgeputschten Antikommunismus-Hysterie für sie geworden, sich politisch zu betätigen und ihr Überleben zu sichern. Marcos hatte wiederholt deren Führungskader inhaftieren lassen, während etliche von ihnen unter Aquino bereits Opfer einer „Kopf-ab“-Politik wurden. Möglicherweise wird all diesen Gruppen schon bald eine Alternative aufgezwungen: Entweder riskieren sie, durch nadelstichigen Terror reihenweise „beseitigt“ zu werden, oder sie optieren als eigenständige Organisationen bzw. sich der NDF zuordnender Teil für militantere, „illegalisierte“ Widerstandsformen.

Da dieser Prozeß bereits im Gange ist und sich namhafte, „Cory“ einst glühend verehrende Persönlichkeiten (darunter der im Herbst 1988 verstorbene große alte Mann des philippinischen Journalismus, Joaquin „Chino“ Roces) enttäuscht von der Präsidentin abwandten, wird zumindest in der 8 Mio Menschen zählenden Metropole Manila die

Frage aktuell, wie das – nicht notwendig der NDF zugeneigte – Reservoir der Unzufriedenen für den demokratischen Kampf zu mobilisieren ist. Neben der Guerilla böte eine aus diesen Personen/Gruppen, der NDF und der Autonomie erstrebenden Moros im Süden zu schaffende Allianz eine interessante Perspektive, den Bürgerkrieg zu deeskalieren und das im Frühjahr 1986 zumindest vorhandene sozialrevolutionäre Potential in des Wortes mehrfacher Bedeutung aufzuheben. (26)

**Anmerkungen**

13) Zit. nach. National Midweek, Quezon City, 7.12.1988

14) Siehe: Far Eastern Econmic Review (FEER), Hongkong, 18.8.1988

15) Das entspricht immerhin über 40 % des laufenden Haushaltsets, der bei drastisch erhöhten Militärausgaben (von 11,4 auf 16,8 Mrd Pesos) eine wirksame Sozialpolitik ausschaltet.

16) Siehe: FEER, 6.10.1988

17) Ausführlich dazu: R. Werning, Verhinderte Unabhängigkeit, Agrar- und Wissenschaftspolitik auf den Philippinen“, Münster 1985

18) Einzelheiten in: FEER, 23.6.1988; blätter des iz3w, Freiburg, Nr. 152/September 1988 und ping-Pong der Befreiung, Polch, November 1988; dort das Interview mit dem KMP-Vorsitzenden Jaime Tadeo.

19) Sven Hansen, Eine Seifenoper namens Yankee Panky: Die Hintergründe des US-Militärbasen-Abkommens oder ein Lehrstück neokolonialer Politik, unveröffentlichtes Manuskript, Manila, Oktober/November 1988, S. 9.

20) Ebenda, S. 10 und das Hauptthema in ping, a.a.O.

21) Der neue US-Präsident George Bush unterstützt Aquino in der gleichen Weise, wie er als Vize Marcos die Stange gehalten hatte. Nicht allzu lange vor dessen Sturz hatte Bush für den Diktator während eines Manila-Besuchs die schmeichehaften Worte gefunden: „Herr Präsident, wir wissen Ihr Festhalten an demokratischen Prinzipien und der Demokratie aufrichtig zu schätzen“.

22) Während seiner Zeit als Botschafter in Bangkok, die im Frühjahr 1986 endete, unterhielt Ito intensiven Kontakt mit den dortigen Architekten und Strategen der Counterinsurgency, als deren Standardwerk das von Ex-General Saiyud Kerdphol verfaßte Buch „The Struggle for Thailand. Counterinsurgency: 1965-85“ (Bangkok 1986, 253 S.) gilt. Der 1983 in den Ruhestand versetzte Kerdphol war seit Mitte der 60er Jahre zusammen mit Armeechef Prapass Charusathira für Aufbau und Leitung des berüchtigten „Communism Suppression Operations Command“ (CSOC) zuständig.

23) Zit. nach. Justice & Peace Review, Quezon City, Nr. 4/1987, S. 3

24) „Revolution in Mindanao: Recovery and Advance“, in: Ang Bayan (Engl. Ausgabe), a.a.O., Nr. 4/Juni 1988, S. 2-6; hier S. 3

25) Siehe: Frankfurter Rundschau, 13.12.1988

26) Siehe: „(Low) (Intensity) C(onflict) Strategy Targets Moro Revolutionary Struggle“, in: Ang Bayan, a.a.O., S. 6-10

**Zeitschriftenschau****Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 134/Februar 1989**

Nach Berlin: Quo vadis, BUKO? • Protokolle und Berichte von Sitzungen des BUKO-KA, der BUKO-Kampagnen und des KoV • Planung für den Kultur-BUKO 1989 • Zur Fortsetzung der Kampagne gegen Verschuldung – Banken, Verschuldung und kein Ende • Regenwaldappell • Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei • Verbot für hochdosierte Hormonkombinationen in Indien • Freiheit für Ingrid Strobl • Arbeitsbericht des Schering-Netzwerkes • Tag X in Gronau: Stoppt die Atommafia • Wintex/Cimex • KDV in Südafrika • BUKO verhindert BRD-Rüstungsexport nach Südafrika • Voz Popular – Radio der Befreiung

Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM

Bezug: FORUM, Lingener Str. 9, 4400 Münster

**ila, Nr. 122/Januar–Februar 1989**

Schwerpunktthema: Kuba – 30 Jahre Revolution • Historische Rückblicke • Einblicke in Alltagsprobleme, in Wirtschaftsprobleme • Gespräche mit kubanischen Frauen • Interview mit einer Funktionärin der kubanischen Kommission für internationale Zusammenarbeit • Eine Stimme aus Panamá zur Symbolkraft Kubas für Lateinamerika • Geschichte der Solidaritätsbewegung mit Kuba in der BRD • Ansonsten: Der Mord an Chico Mendes in Brasilien • feministische Bewegung in Mexiko • Repressionsmaschinerie in El Salvador • Portrait des alternativen Nobelpreisträgers José Lutzenberger • Nachrichten aus Honduras, Kolumbien, Argentinien, Mexiko und den USA

Einzelpreis 4 DM; Abo 40 DM

Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

**Lateinamerika Nachrichten, Nr. 178/Februar 1989**

El Salvador: Untersuchungsbericht über den Mord an Jürg Weis • Politische Geschichte der Universität El Salvador • Nicaragua: 1989 – Jahr der Entbehrungen • Ökologische Schäden durch „Juana“ • Zensur ist bestes Vitamin • Brasilien: Bundesregierung unbeteiligt von Gewalt in Amazonien • Interview mit einem Kautschukzapfer: Mit dem Urwald leben • Chile: Colonia Dignidad: Neue Enthüllungen • Argentinien: Militärs feiern fünf Jahre Demokratie • Venezuela: Kann Pérez die Erwartungen erfüllen?

Einzelpreis 5 DM; Abo 55 DM

Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

**Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 5–6/Februar 1989**

Thema: Seit 500 Jahren „Indianer“ – Amerikas Ureinwohner heute • Grundlegendes: Wer ist ein „Indianer“ – zum Begriff • Amerikas Ureinwohner heute – Fremde im eigenen Land • Mission • UNO-Menschenrechtskonvention und Amerikas Ureinwohner • Entwicklungshilfe am Beispiel der Lengua-Indianer in Paraguay • Länderbeiträge: Bolivien – von der Kolonialzeit bis heute • Bei den Mayas in Mexiko • Indianer in den USA • Sendero Luminoso und die Indios in Peru • Die Mapuche in Chile • Nicaragua und die Miskitos • Weltbank-Projekt in Brasilien • Dokumentationen: Rede Evaristo Nugkuag Ikanams (alternativer Nobelpreis) vor dem Stockholmer Parlament • Botschaft der Landbevölkerung Guatemalas an die Vereinten Nationen • Portrait: Rigoberta Menchu • Rezension: Antonio Callado, Quarup • Filmbesprechung: Mission.

Einzelpreis 6 DM; Abo 22 DM

Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20



MANFRED WIECZOREK

Die Weltbank und ihre jeweiligen Entwicklungstheorien

# Am kapitalistischen Wesen soll die Welt genesen

Die Öffnung der Länder der Dritten Welt für die transnationalen Konzerne und ihre Integration in den Weltmarkt waren seit dem Zusammenbruch des Kolonialsystems Ziel der Weltbank. Daß die Wege zur Realisierung dieses Zieles keine Rolle spielen, macht der folgende Abriß der Weltbanktätigkeit und der ihr zugrunde liegenden Entwicklungstheorien deutlich.

Die Weltbank erfuhr im Laufe der Jahre eine immense Aufstockung ihrer finanziellen Mittel und einen starken Mitgliederzuwachs (derzeit 152 Staaten) und ist heute die wohl einflussreichste Organisation im Bereich der Entwicklungshilfe. Im Gegensatz zur UNO werden die Stimmanteile im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank nach einem komplizierten Schlüssel zur Erfassung des weltwirtschaftlichen Gewichts, nach dem auch die einzuzahlenden Quoten bestimmt werden, vergeben. In der Praxis bedeutet dies, „wer zahlt, bestimmt“, was den kapitalistischen Industrienationen, allen voran den USA, den dominanten Einfluß sichert.

In der ursprünglichen Aufgabenstellung der aus der Konferenz von Bretton Woods 1944 hervorgegangenen Institutionen, IWF und Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (kurz Weltbank), spielten Probleme der Entwicklung der heutigen Dritten Welt kaum eine Rolle. Während der IWF die Zuständigkeit für alle Währungs- und Zahlungsbilanzprobleme der Mitgliedstaaten, die mit kurzfristigen Überbrückungsdarlehen gelöst werden sollen, erhielt, wurde die Weltbank mit der Regelung langfristiger Entwicklungsfragen beauftragt.

Sie soll ihren Mitgliedsländern den Zugang zu Kapitalanlagen für produktive Zwecke erleichtern, indem sie Garantien übernimmt oder sich an Anleihen beteiligt, um so zu Wiederaufbau und Entwicklung beizutragen. Der Wiederaufbau Europas wurde allerdings weitgehend mit den Mitteln des Marshall-Plans finanziert. Mit der wachsenden Zahl der von der Kolonialherrschaft befreiten Länder widmete sich die Weltbank zunehmend der „Behebung der Entwicklungsprobleme“ dieser Länder.

Im Jahre 1956 bzw. 1960 wurden die Schwesterorganisationen der Weltbank, die Internationale Finanz-Corporation (IFC) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), gegründet. Weltbank, IFC und IDA bilden zusammen die Weltbankgruppe. Die Zielsetzung der IFC ist die Stimulierung privater

Investitionen in Entwicklungsländern durch die Darlehensvergabe an interessierte Unternehmen. Um einer Initiative der Entwicklungsländer, eine Institution zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen durch langfristige Darlehen (sog. „soft loans“; zinsfrei und 50 Jahre Laufzeit) im Rahmen der UNO zu gründen, entgegenzuwirken, erzwangen die USA die Einrichtung der IDA. Auf diese Weise sicherten sich die USA, die für sie vorteilhafte Stimmverteilung innerhalb von Weltbank-Organisationen. (1)

In den 60er Jahren ging die Weltbank von der bis dahin üblichen Finanzierung von großen Einzelprojekten (Staudämme, Kraftwerke usw.) zur Durchführung einer geschlossenen „Entwicklungsstrategie“ über. Die Strategie beruhte auf den Erkenntnissen der sog. Modernisierungstheorien. Es war die Kernthese der Modernisierungstheoretiker, „... daß die entscheidenden Ursachen der Unterentwicklung interne Faktoren der betreffenden Gesellschaften sind, generell gesprochen Mangel an dynamischen Impulsen und Möglichkeiten in ihrer Kultur und Wertordnung und ihrer gesellschaftlichen Schichtungsstruktur.“ (2)

Die ökonomische Situation der Entwicklungsländer in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde mit der Europas in der Mitte des 19. Jahrhunderts gleichgesetzt. Als hätte

es die Unterdrückung der heutigen sog. „Dritten Welt“ durch die imperialistischen Kolonialmächte nie gegeben, wurde die Nachahmung der Entwicklung der modernen, kapitalistischen Industrienationen angepriesen (3), ganz nach dem Motto: Am kapitalistischen Wesen soll die Welt genesen!

Vor allem die Stadientheorie des US-amerikanischen Wirtschaftshistorikers W. Rostow lieferte das wissenschaftliche Rüstzeug für die „Entwicklungsstrategie“ der Weltbank. Die Stadientheorie geht davon aus, daß im Industrialisierungsprozeß verschiedene Wachstumsstufen „nicht nur aufgrund faktischer Beobachtungen existieren, sondern selbst eine innere Logik aufweisen und generell für den Entwicklungsprozeß aller Gesellschaften mit ähnlichen Strukturen gelten“. (4)

Gemäß der Theorie des Wirtschaftshistorikers Rostow, die die historischen Entwicklungen und Bedingungen paradoxerweise überhaupt nicht berücksichtigt, ist Entwicklung in erster Linie eine Frage des wirtschaftlichen Wachstums durch Kapitalinvestitionen. Durch einen sog. „Big Push“ sollte der wirtschaftliche Aufstieg der „Entwicklungsländer“ in Gang gebracht werden. Der „Big Push“ steht für gezielte, massive Kapitalinvestitionen, die ein eigenständiges Wachstum, mit der Industrialisierung als Lokomotive, auslösen sollten. Die Weltbank und andere Geldgeber finanzierten den „Big Push“ durch Kredite bzw. Direktinvestitionen.

Natürlich sollten die Segnungen des Wirtschaftswachstums allen zugute kommen, nämlich indem sie nach und nach von den oberen Bevölkerungsschichten zu den unteren schicht „durchsickerten“. Der wissenschaftliche Begriff für diesen Wirtschaftswunderglauben ist „trickledown theory“. Damit dies alles klappen konnte, war die Überwindung der traditionellen (= primitiven) Gesellschaftsstrukturen in den „Entwicklungsländern“ durch den Aufbau einer modernen (= fortschrittlich kapitalistischen) Bürokratie nötig. (5)

Wer Wachstum bereits für Entwicklung hält, für den waren die 60er Jahre ein großer

Erfolg der Weltbankstrategie. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs sogar stärker als das der Industrienationen im Vergleichszeitraum. Doch ebenso schnell wie die Wirtschaft wuchs auch die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten der Dritten Welt, so daß letztlich von einem Wirtschaftswachstum ohne Entwicklung gesprochen werden muß.

In seiner berühmt gewordenen, 1973 gehaltenen Nairobi-Rede thematisierte der Weltbankpräsident Robert S. McNamara diese Tatsache. Nairobi gilt als Wendepunkt zu einer Entwicklungsstrategie mit geänderten Prioritäten, die die Situation der Armen in den Vordergrund rückte. Vor Finanzministern und Notenbankpräsidenten schilderte McNamara die Auswirkungen der Armut und kam in seiner Rede zu dem Ergebnis, daß die ärmsten 40 % (!) der Bevölkerung von irgendwelchen „Sickereffekten“ überhaupt nicht erreicht wurden. (6)

Bis zu 80 % der armen Bevölkerungsteile leben auf dem Land. Ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln war und ist völlig unzureichend, während das Geschäft der Großgrundbesitzer mit Obst, Kakao oder Kaffee blüht. Obwohl dies auch McNamara nicht verborgen blieb, stellte sich ihm nicht das Problem einer Umverteilung der Güter und einer Umstellung der Nahrungsmittelproduktion zugunsten der armen Bevölkerungsteile.

der Produktivität der Kleinbauern versprach sich die Weltbank nicht nur eine gesteigerte Nahrungsmittelproduktion, die Kleinbauern sollten auch zu Arbeitgebern für Landlose werden. Zur Bekämpfung der unmittelbaren Not, vor allem im gesundheitlichen Bereich, führte die Weltbank spezielle Programme zur Ausweitung und Effizienzsteigerung öffentlicher Dienstleistungen durch. (7)

Wer nun geneigt ist, die Weltbank für einen Wohltätigkeitsverein zu halten, wird von McNamara selbst eines Besseren belehrt: „Wo es eine Handvoll Privilegierter und ein Millionenheer verzweifelter Armer gibt – und sich die Einkommensschere, statt sich zu schließen, immer weiter öffnet – ist es nur eine Frage der Zeit, wann eine Entscheidung zwischen den politischen Kosten einer Reform und dem politischen Risiko einer Rebellion getroffen werden muß. Zu wenig und zu spät“ ist die häufigste Grabschrift für politische Regime, die ihr Mandat gegenüber den Forderungen unbegüterter, arbeitsloser, entrechteter und verzweifelter Menschen eingeüßt haben.“ (8)

Der ehemalige Verteidigungsminister der USA, während dessen Amtszeit (1961-68) der Krieg in Vietnam eskalierte und brutalste Bombardierungen der vietnamesischen Zivilbevölkerung in sog. „free-fire-zones“ durch US-Bomber geflogen wurden, brachte einige

und Kaufkraft ausgestatteten Konsumenten werden.

Doch was im Sinne der kapitalistischen Industrienationen ist, muß oftmals gegen die Interessen der Eliten der Dritten Welt durchgesetzt werden. Für sie bedeuten selbst minimale Reformen eine unzumutbare Einschränkung ihrer Privilegien, und die Weitsicht eines McNamara besitzen sie häufig nicht. In der Praxis führte dies dazu, daß die Reformvorstellungen der Weltbank, die ja den Status quo weitgehend sichern sollten, nicht ausreichend umgesetzt wurden.

Außerdem: Ein industrielles oder infrastrukturelles Großprojekt ist leichter durchzuführen als hundert kleine Agrarprojekte, dient aber auch unmittelbar den Export- und Rohstoffinteressen der „Geberländer“ und den Eigeninteressen der lokalen Eliten. Deren Gunst im globalen Pokerspiel um Einflusssphären ist den USA und ihren Verbündeten allemal wichtiger als das Schicksal Hungernder.

Mit dem Amtsantritt Reagans (1981; d. Red.) verschwand denn auch die „Armutsorientierung“ aus den Programmen der Weltbank fast völlig. Aufstandsbehebung sollte wieder zur Sache des Militärs und die wirtschaftlichen Probleme der Dritten Welt durch die konsequente Umsetzung der neoliberalen Heilslehre gelöst werden. Für die westlichen Industrienationen ist das vorrangige Problem



Diese Busstation im nicaraguanischen Estelí wurde Anfang der 80er Jahre von der Weltbank finanziert, bevor aus politischen Gründen jegliche Hilfe eingestellt wurde.

Sein Patentrezept war die Steigerung der Produktivität der Armen, die in seinen Augen bislang nichts zu den erzielten Wachstumserfolgen beigetragen hatten. Um dies zu ändern, entwickelte die Weltbank ihr Programm des „investment in the poor“, ohne dabei ihre bisherige Politik wirklich entscheidend zu ändern.

Die Zielgruppe der Investitionen in die Armen waren die landbesitzenden Kleinbauern (Landbesitz unter 5 ha), die ihrerseits im Millionenheer der Armen eine relativ privilegierte Gruppe waren. Die Kredite der Weltbank sollten den Kleinbauern eine verbesserte Nutzung ihrer Böden durch moderne Anbauweisen, also mit Pestiziden, Düngemitteln und technischem Gerät aus den Industrienationen, ermöglichen. Von der Verbesserung

Erfahrungen in Sachen Aufstandsbehebung mit. Bereits während der Präsidentschaft Kennedys (1961-63; d. Red.) war er an der Konzeption solcher Programme maßgeblich beteiligt. In den 70er Jahren waren die Arbeitsbedingungen für McNamara geradezu ideal, denn nun verfügte er über eine internationale, einflussreiche Organisation mit der sich hervorragend US-Außen- und „Sicherheitspolitik“ machen ließ.

Die Steigerung der Produktivität von Millionen Kleinbauern sollte der Marktwirtschaft und Geld-Ware-Zirkulation in der Dritten Welt eine quantitativ und qualitativ erweiterte Basis verschaffen. Über die vermehrte Einbeziehung bisher ungenutzter Land- und Arbeitsreserven sollten Armutsgruppen zu Marktproduzenten und zu mit Einkommen

das der Schuldendienstleistung durch die verschuldeten Staaten der Dritten Welt, da hier von die Interessen der Geschäftsbanken unmittelbar berührt sind.

Die neue Zauberformel der Weltbank lautet: Strukturanpassung mit Wachstum. Dahinter verbirgt sich eine Politik, die die Länder der Dritten Welt zu einer verstärkten Exportorientierung ihrer Volkswirtschaften und zu einem strengen Austeritätskurs (Sparpolitik; d.Red.) zwingen soll. Mit sog. Strukturanpassungsdarlehen (SALs) ködert die Weltbank die Regierungen der verschuldeten Länder. Bevor es aber zur „Hilfe“ durch die Bank kommt, muß die jeweilige Regierung sich definitiv im sog. „Letter of Development Policies“ (entsprechend dem „Letter of Intent“ bei IWF-Krediten) auf den „Reformkurs“ der

Amtierender Weltbankpräsident Conable







Demonstration vor dem Sitz der Weltbank in Washington gegen die Kreditvergabe zugunsten von Projekten, die den Regenwald zerstören

Weltbank festlegen. Und sie muß die Garantie geben, diesen Kurs im Zeitablauf aufrechtzuhalten.

Die „Reformvorschläge“ der Weltbank sind fast identisch mit den IWF-Auflagen. Beide Institutionen raten zum Lohnabbau, zur Privatisierung staatlicher Betriebe und öffentlicher Dienstleistungen, zum Abbau von Zöllen, der steuerlichen Begünstigung von Exportproduktionen, dem Fortfall von Subventionen und der Abwertung der Landeswährung zur Verbilligung der Exporte.

Ein gegenüber der Weltbank wohlgefälliges wirtschaftspolitisches Verhalten wird mit der Vergabe von SALs belohnt. Für diejenigen Länder allerdings, die sich den „Empfehlungen“ der Weltbank verschließen, ist der Geldhahn absolut dicht. Es findet sich kein privater Geldgeber mehr, der Kredite an Dritte-Welt-Länder vergibt, ohne daß diese sich einem Weltbankprogramm unterworfen hätten. (9)

Im April 1987 erarbeitete das gemeinsame Entwicklungskomitee der Weltbank und des IWF die Konzeption für eine neue „Sozialpolitik zum Schutz der Armen im Anpassungsprozeß“, deren Umsetzung unter der Obhut der Weltbank erfolgt. Die Erfahrungen des IWF, die gezeigt hatten, daß eine allzu krasse Abwälzung der sozialen Kosten auf die Armen zur politischen Gegenwehr und so zur erzwungenen Rücknahme zentraler „Sanierungsmaßnahmen“ durch die Regierungen der Entwicklungsländer führten, dürften der Hintergrund für die neue Sozialpolitik sein. (10)

Dieses Zugeständnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bedingungen zur Durchsetzung der Weltbankpolitik, vor allem durch die Schuldenkrise, noch nie so gut waren wie zur Zeit. Der enorme Problemdruck, unter dem die Staaten der „Dritten Welt“ durch ihre Verschuldung stehen, zwingt sie unter die Knute von IWF und Weltbank. Aus diesem Grund dürfen die Schulden aus der Sicht der kapitalistischen Industrienationen auch nicht gestrichen werden, obwohl sich die privaten Geschäftsbanken bereits

dumm und dämlich verdient haben.

Weltbank und IWF stehen kurz vor der Vollendung ihrer 1944 von den USA festgelegten Ziele, nämlich der weltweiten Ausdehnung des Kapitalismus. Das Bekenntnis dieser Instrumente der Macht zur arbeitsteiligen Spezialisierung zwischen den Völkern nach absoluten und komparativen Kostenvorteilen sowie zur freien Weltmarktkonkurrenz als Katalysatoren des wirtschaftlichen Wachstums zur Mehrung des Wohlstands aller Nationen hatte über die Jahrzehnte hinweg Bestand. (11)

Die konsequente Umsetzung der Freihandelsdoktrin, die diesem Glaubensbekenntnis zugrundeliegt, wird inzwischen aber nur noch von den Schuldnerländern verlangt. Während die Industrienationen ihre Märkte zunehmend mit protektionistischen Maßnahmen schützen, verlangen sie von der Dritten Welt eine Öffnung ihrer Märkte für Importe. Auch Exporte aus der Dritten Welt sind durchaus erwünscht, wenn es sich dabei um billige Vorarbeiten für den hochtechnologischen Produktionsprozeß in den Industrienationen handelt.

Arbeitsteilige Spezialisierung zwischen den Völkern nach komparativen und absoluten Kostenvorteilen hat vor allem die Kostenvorteile multinational operierender Konzerne im Visier. Was dies bedeutet, haben die Stahlarbeiter in Rheinhausen bereits zu spüren bekommen, aber auch krisensicher geglaubte Branchen bergen für die Arbeitnehmer noch manche böse Überraschung. Die Automobilbranche z.B. automatisiert ihre Fertigung nicht nur weitgehend, sondern lagert zunehmend Teillfertigungen in sog. Billiglohnländern aus. Die Kapitalverwertungsbedingungen in den Entwicklungsländern sind hervorragend, Gewinntransferzölle abgeschafft und die Länder in den Weltmarkt integriert.

Als nächstes wird es darum gehen, die noch brachliegenden Absatzmärkte in der Dritten Welt zu erschließen. Sollte sich die bisherige Politik der Weltbank hierfür als nicht mehr geeignet erweisen, so wird sie ge-

wiß recht schnell „reformiert“ werden, beeilen sich die Herrschenden doch noch während der Weltbank/IWF-Tagung ihre „Lernfähigkeit“ und „tiefe Betroffenheit“ medienwirksam in Szene zu setzen.

Wer glaubt, daß der böse Kapitalist immer nur rabiat ausbeutet, verkennt die vielen Spielarten des Kapitalismus. Tendenziell fallen die Profitraten immer noch in dieselben Kassen. Und das soll nach dem Willen der Konzernherren und ihrer Freunde in der Weltbank und anderswo auch in Zukunft so bleiben. Der Weg spielt da kaum eine Rolle, die Herren sind nicht wählerisch...

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. P. Körner/G. Maaß/T. Siebold/R. Tetzlaff, Bretton Woods vierzig Jahre danach: Leistungen und Defizite von IMF und Weltbank, in: Politische Vierteljahresschrift, Wiesbaden, Sonderheft 16/1985, S. 385-407, hier S. 386 ff.
- 2) Behrendt, zit. nach: F. Nuscheler, Bankrott der Modernisierungstheorien?, in: D. Nohlen/F. Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Hamburg 1974, S. 195-208, hier S. 203
- 3) Vgl. W. Geiger/H.C.F. Mansilla, Unterentwicklung, Theorien und Strategien zu ihrer Überwindung, Frankfurt/M. 1983, S. 85
- 4) Rostow, zit. nach: G. Braun, Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik, Opladen 1985, S. 81
- 5) Vgl. B. Hüni, Die Weltbank. Funktion und Kreditvergabepolitik nach 1970, Diessenhofen 1980, S. 28 ff.
- 6) Vgl. F. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1985, S. 25 f.
- 7) Vgl. R. Tetzlaff, Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?, Köln 1983, S. 70 ff.
- 8) McNamara, zit. nach: F. Nuscheler, Lern..., a.a.O., S. 117. Hervorhebung durch den Verfasser.
- 9) Vgl. H. Hino, Die Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank, in: Finanzierung und Entwicklung (F & E), Washington/Hamburg, September 1986, S. 10-14 und C. Michalopoulos, Die Kreditvergabe der Weltbank zur Struktur-anpassung, in: F & E, Juni, 1987, S. 7-10
- 10) Vgl. T. Fues/B. Unmüßig, Entwicklungspolitische Strukturereformen in der Dritten Welt. Die Weltbank als neue Hoffnungsträgerin?, in: Peripherie, West-Berlin, Nr. 33/34, 1988, S. 63-81
- 11) Vgl. R. Tetzlaff, Die Weltbank..., a.a.O., S. 139



#### Achtung!

Der **DRITTE WELT-LeserInnenservice** ist nicht mehr in Marburg, dem Sitz der Redaktion, sondern in Köln, beim Pahl-Rugenstein Verlag angesiedelt. Bitte in allen Angelegenheiten der Abobetreuung, d. h. Adressenänderungen, Reklamationen, Neuabos oder Kündigungen, und Bestellungen wenden an:

**DRITTE WELT-LeserInnenservice**, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, Tel. 02 21 / 3 60 02-0

## ÖKOLOGIE

WOLFRAM BRÖNNER

Die Weltbank versagt Brasília Energiesektorenkredit

# Aufschub für den Amazonas-Regenwald

Der strittige zweite Energiesektorenkredit der Weltbank für gigantische Staudämme im brasilianischen Amazonas-Regenwald ist Anfang März d.J. vorerst gescheitert. Zum Gutteil ist dies auf den Druck der internationalen Ökobewegung zurückzuführen. Andernteils signalisiert der Aufschub, eine etwas größere Umweltsensibilität auch in Weltbank- und westlichen Regierungskreisen.

Eigentlich sollte, gemäß dem Fahrplan der Weltbankspitze, der formelle Entschcheid über die Gewährung des Kredits in Höhe von 500 Mio \$ im Mai 1989 fallen. Doch nun taten sich bei den Verhandlungen zwischen Vertretern dieser mächtigsten Entwicklungsbank und der Regierung Sarney plötzlich unüberbrückbare Gegensätze auf. Neben ihrer größeren Penibilität in Umweltfragen erregten die Bankunterhändler in Brasília besonderen Anstoß damit, daß sie dessen schon vorbereitete teilweise Umlenkung der staudammgebundenen Gelder auf das Atomkraftwerk „Angra III“ unterbinden wollten.

Die Banker sind nicht etwa engagierte AKW-Gegner. Aber nach ihren Wirtschaftlichkeitskalkulationen käme der brasilianische Atomstrom doppelt bis dreimal so teuer wie die aus den Staudammvorhaben gewonnene Energie aus Wasserkraft. Und bei ihnen geht die Rentabilität vor, muß doch Brasilien als mit über 120 Mrd \$ größter Schuldner der Dritten Welt unbedingt rückzahlungsfähig gehalten werden. Der brasilianische Schuldendienst lag in den vergangenen fünf Jahren immerhin bei im Schnitt jährlich über 13 Mrd \$ (1).

Bitter für die brasilianischen Energieplaner ist die jetzige Weltbankabsage auch deshalb, weil im Falle der Gewährung der 500 Mio \$ ein internationales Konsortium von privaten Banken einen Anschlußkredit in Höhe von rund 2 Mrd \$ drauflegen wollte. Gefährdet scheint nun desweiteren ein noch für 1989 in Aussicht gestellter Energiesektorenkredit der Weltbank von 250 Mio \$ (2). Die Kreditgeschäfte sind zur Finanzierung des „Plano 2010“ bestimmt, welcher die Errichtung von insgesamt 145 Staudämmen und eines Netzes von Wasserkraftwerken in Amazonien vorsieht. Dies aber hieße Überflutung eines Regenwaldgebietes in der Größenordnung der BRD im Herzen des Amazonasbeckens samt begleitender Brandrodung.

Neuere Expertenschätzungen besagen, daß im Fall der Beibehaltung des gegenwärtigen



Stauwerk von Tucuruí im Amazonas-Regenwaldgebiet: Finanziert im Rahmen des ersten Energiesektorkredits der Weltbank

gen Tempos der Zerstörung der tropischen Regenwälder diese in 20–30 Jahren beinahe verschwunden sein dürften. Und Brasilien, welches allein rund ein Drittel des verbliebenen Regenwaldbestandes und das mit Amazonien ausgedehnteste zusammenhängende Stück Tropenwald beherbergt, kommt hier eine Schlüsselstellung zu. Dies gilt umgekehrt auch für den Versuch, die „grüne Lunge“ und das größte Artenreservoir der Erde zu retten sowie eine Klimakatastrophe abzuwenden (3).

Das Makabre an dem Zerstörungswerk: Den internationalen Vortrupp beim Raubbau Amazoniens bilden neben der Weltbank die EG sowie Regierungen, Konzerne und Banken aus der Bundesrepublik und Japan. Unge-

achtet aller Kritik von UmweltschützerInnen gewährte die Weltbank im Jahr 1986 den ersten Energiesektorenkredit für Brasília in Höhe von 500 Mio \$. Die Vergabe wurde damals, trotz des Gegenvotums der USA, mit Zustimmung Bonns durchgesetzt.

Dem gingen schon im Jahr 1982 Kreditvergaben von EG, Weltbank und anderen von ca. 1,5 Mrd \$ für das größte Entwicklungsprojekt „Grande Carajás“ voraus. In einem Regenwaldgebiet von der dreieinhalbfachen Fläche der BRD soll hier mit dem großangelegten Abbau und der Verhüttung von Eisenerz- und Bauxitvorkommen, mit anderen Industrieanlagen, Plantagen, Rinderfarmen ein neues Ballungsgebiet für die Exportwirtschaft aus dem Boden gestampft werden. Mit dem Tuc-





Rockinger Stung mit Kajapo-Indianerhauptingen in Altamira

## Regenwald-Appell

Eine Unterschriftenkampagne zur Unterstützung dieses Regenwald-Appells haben die Initiatoren des vorstehend dokumentierten Memorandums zum Erhalt der verbliebenen tropischen Regenwälder gestartet. Der Regenwald-Appell fußt auf diesem Memorandum, welches auf eine gemeinsame Initiative von 75 Naturschutz- und Menschenrechtsverbänden sowie Dritte-Welt- und kirchlichen Gruppen zurückgeht. Vordrucke von Unterschriftenlisten und den vollständigen Memorandumstext als Broschüre (à 3 DM) können Sie anfordern bei: Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V., Postfach 531, 4800 Bielefeld 1 oder Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie e.V., Lockhütter Str. 141, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61-63 03 19. Dorthin können Sie auch ausgefüllte Listen (Name, Anschrift, Unterschrift) einsenden.

Der Bundestag möge für alle relevanten Entscheidungen, die tropische Regenwälder betreffen, ein verbindliches Grundsatzdekret beschließen, das sich gleichsinnig an drei Maximen orientiert:

- Unantastbarkeit der langfristigen Überlebensrechte der traditionellen Kulturen und Stammesgesellschaften sowie aktive Unterstützung aller Bemühungen, ihre Rechte zu sichern.
- Absoluter Schutz der noch verbliebenen Primärwälder vor sämtlichen menschlichen Eingriffen mit Ausnahme traditioneller und nachgewiesen nachhaltiger, ökologisch unbedenklicher Nutzungsformen.
- Verbot des Imports sämtlicher Güter, die direkt oder indirekt zum Verlust weiteren Primärregenwaldes beitragen.

In diesem Sinne sind insbesondere die Grundlagen unserer bi- und multilateralen Entwicklungspolitik sowie der Entscheidungsrichtlinien für die Mitarbeit in multinationalen Gremien und Organisationen neu zu formulieren und unmittelbar anzuwenden.

Die Entwicklungszusammenarbeit soll zukünftig vorrangig Projekte fördern, die der Naturbewahrung, der Restauration und Regeneration ehemaliger Regenwaldgebiete sowie der naturverträglichen Landnutzung dienen.

Schließlich soll die Bundesregierung sich für die Einrichtung eines internationalen Fonds einsetzen, der kontrollierte Kompensationszahlungen für den Nutzungsverzicht am Weltnaturerbe Regenwald leistet.

rui-Staudamm und -Wasserkraftwerk (Kapazität 8.000 Megawatt) sowie mit der Holzkohlegewinnung durch großflächige Verbrennung von Regenwald wurde hierfür die Energiebasis gelegt. Mit dem Bau einer 890 km langen Eisenbahnstrecke zur Atlantikküste und eines Hochseehafens entsteht die weltmarktgerechte Infrastruktur.

Den größten Kredit steuerte damals die EG mit 600 Mio \$ zu dem Paket bei. Sie sicherte sich damit über 15 Jahre die Lieferung eines Drittels des brasilianischen Eisenerzes zu gleichbleibenden Preisen nach Westeuropa, wobei die Bundesrepublik, und hier wiederum Thyssen, als Hauptabnehmer firmiert. Den neben der EG zweitgrößten Kreditanteil übernahm 1982 die Weltbank mit 340 Mio \$. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau steuerte 130 Mio \$ und hiesige Groß-

banken 30 Mio \$ zur Eisenerzförderung in Carajás bei (4).

„Durch bilaterale, europäische und Weltbankkredite“, so das Resümee im bundesdeutschen Regenwald-Memorandum vom Januar d.J., „hat die Bundesrepublik die Finanzierung des Carajás-Debakels ermöglicht und zu verantworten. Sie hat es unterlassen, die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Projekts zur Kenntnis zu nehmen und in einer angemessenen Weise auf die Nichteinhaltung der Weltbankauflagen zu reagieren.“ Entsprechende Erkenntnisse lieferten die seit 1986/87 angelaufenen Staudammprojekte, die mit Hilfe des ersten Energiesektorenkredits der Weltbank finanziert wurden. Das Regenwald-Memorandum bezeichnet die Umweltfolgen in Amazonien als „tatsächlich katastrophal. Im Balbina-Stausee stirbt zur

Zeit ein Regenwald von der Größe des Saarlandes. Seitdem die Schleusen geschlossen sind, verfault langsam die Vegetation. Im Flachwasserbereich gedeihen Malariaüberträger und Bilharzioseüberträger. Die wuchernden Wasserpflanzen sollen mit chemischen, z.T. dioxinhaltigen Mitteln bekämpft werden, die für die Bevölkerung eine langanhaltende Vergiftungsgefahr darstellen. Durch die Überflutung von etwa 25 Mio ha tropischer Wälder würden eine halbe Million Menschen ihre Heimat verlieren. Die Auswirkungen der Projekte auf die indianische Bevölkerung sind noch nicht im Detail untersucht, aber Experten schätzen, daß 60 % der Projekte Indiangebiete betreffen werden.

Eine Weltbankstudie weist gleichzeitig darauf hin, daß eine Investition von 10 Mrd \$ in umweltschonende Energiesparmaßnahmen die 44 Mrd \$ überflüssig machen würde, die für Staudämme vorgesehen sind. Das entspricht der Hälfte der Kosten der geplanten Staudammprojekte“ (5).

Angesichts solcher Erfahrungen nahmen in den 80er Jahren Aktivitäten und Einfluß der internationalen Bewegung zur Rettung der tropischen Regenwälder, voran in Amazonien, zu. Angestoßen von Ökologiegruppen angloamerikanischen Ursprungs wie „Friends of Earth“, „World Wildlife Fonds“ oder „Survival International“ machte sich in jüngsten Jahren auch eine wachsende Zahl von bundesdeutschen Initiativen daran, dem Raubbau Einhalt zu gebieten. Protest- und Boykottaktionen gegen die BRD-Beteiligung an der Tropenentwaldung, so gegen Tropenholzimporte, Fast-Food-Ketten oder umweltschädliche Entwicklungsprojekte Bonns bzw. der Weltbank, griffen um sich. Im vergangenen September wurde ihr Anliegen im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne aufgegriffen (6).

Zum Jahresbeginn 1989 mündete all dies in eine bundesweite Kampagne gegen die Regenwaldzerstörung ein, mit der 75 Naturschutz-, Menschenrechts-, kirchliche und Dritte-Welt-Gruppen den Bundestag und die Regierung Kohl zu einem Kurswechsel zwingen wollen. In dem von ihnen gemeinsam unterzeichneten Regenwald-Memorandum wird die außerordentliche Verantwortung der Westmächte, voran von bundesdeutschen Konzernen, Banken und Regierungen, bloßgestellt. Auf die Revision der Bonner Tropenwald- und Weltbankpolitik zielt auch ihre Unterschriftenaktion für den Regenwald-Appell (siehe Kasten) ab.

Bei einer Bundestagsdebatte vom 20. Januar d. J. sprachen sich zwar alle Fraktionen gegen den weiteren Raubbau an den Regenwäldern aus. Von wirksamen Sofortmaßnahmen, wie sie etwa der SPD-Abgeordnete Dieter Schanz und Ludger Volmer namens der GRÜNEN forderten, wollten die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP hingegen nichts wissen. So wandten sie sich gegen einen generellen Stop von Tropenholzimporten, gegen den Verzicht der Industriestaaten auf internationale Großprojekte in Regenwaldgebieten, gegen einen Schuldenerlaß für Tropenwaldstaaten (7). Stattdessen preist die Bundesregie-

rung als Schutzmittel für die Regenwälder ihr Engagement zugunsten des Tropenwaldaktionsplanes, für 1988 waren dies 108 Mio DM, an. Im Herbst 1988 hatte sie anlässlich der West-Berliner IWF/Weltbank-Jahrestagung demonstrativ weitere 150 Mio DM zu dem von den UN-Organisationen FAO und UNDP gemeinsam mit der Weltbank initiierten 8-Mrd-\$-Programm zugesprochen. Der Pferdefuß: Es soll in den Tropen in Wiederauforstungsvorhaben oder in eine „schonende Nutzung der Wälder“ fließen, was aber für noch intakte Regenwälder untaugliche Mittel sind. Stark geschädigte sind ohnehin nicht wiederherstellbar (8).

Zu dieser Erkenntnis gelangte auch eine vom Bundeskanzleramt selbst in Auftrag gegebene Studie des Freiburger Politikwissenschaftlers Dieter Oberndörfer (CDU). Er plädiert für „radikale Maßnahmen, um die letzten Tropenwälder zu retten“, darunter für ein Verbot von Tropenholzimporten, für eine an den nationalen Regenwaldschutz gekoppelte Entschuldung, für ein internationales Ab-

Weltbankspitze an, daß sie druckempfindlicher geworden und zunehmend zum Lavieren gezwungen sind.

Bundeskanzler Kohl präsentierte sich auf dem Wirtschaftsgipfel der sieben Westmächte vom Vorjahr in Toronto erstmals als Schutzpatron des Regenwaldes. Im Januar d.J. versicherte er gegenüber Bundestagsabgeordneten, er könne dem anstehenden Energiesektorenkredit der Weltbank für Brasilien nicht zu-

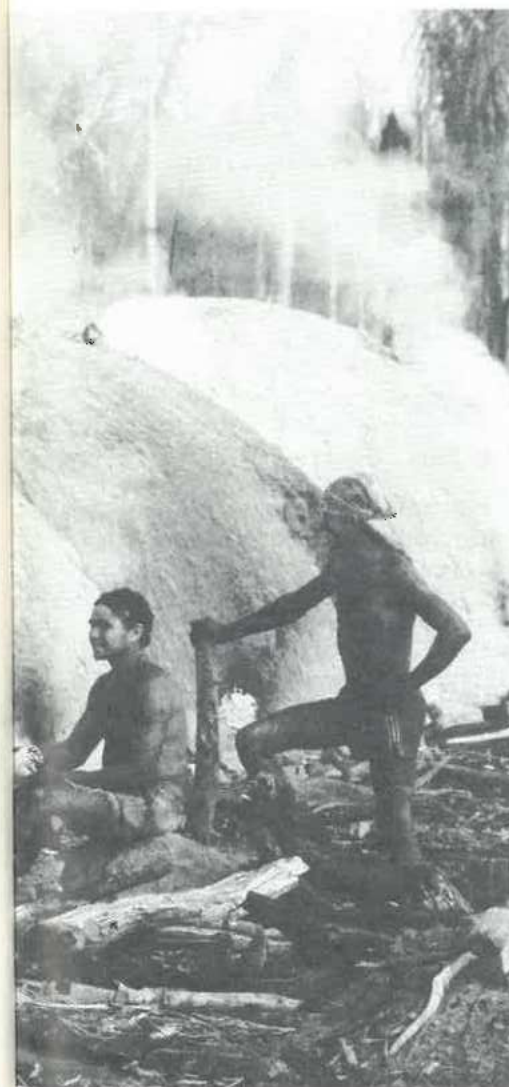
### DEN INTERNATIONALEN VORTRUPP BEI DER ZERSTÖRUNG DES AMAZONISCHEN REGENWALDES BILDEN DIE WELTBANK, DIE EG SOWIE REGIERUNGEN, KONZERNE UND BANKEN VON BRD UND JAPAN

stimmen, solange die Enquête-Kommission des Bundestages ihren Bericht „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ nicht fertiggestellt habe. Damit aber ist erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen (10).

Erleichtert wird Kohls vorsichtiges Abrücken vom traditionellen Weltbankkurs durch die Rückbesinnung ihres Präsidenten Barber Conable auf die von der Institution selbst verkündeten, aber sträflich vernachlässigten Umweltrichtlinien. Angesichts der heftiger gewordenen Kritik an den ökologischen Auswirkungen von Weltbankprojekten hatte Conable im Frühjahr 1987 deren stärkere Beachtung bei künftigen Projektvergaben versprochen. Überdies empfahl der US-Kongreß, den zweiten Energiesektorenkredit für Brasilien nur gutzuheißen, falls es die Auflagen zum Schutz der Umwelt und der Rechte der Indianerstämme erfülle (11).

Dies ist der Reflex nicht zuletzt auf den gewachsenen Widerstand von Umweltschützern und bedrohten Indianervölkern in Brasilien selbst. Sie agieren, wie der ermordete Chico Mendes (12), gegen Abholzungs- und weitere Staudammprojekte in Amazonien. Die Kajapo-Indianer, die sich gegen das für 1993 geplante Altamira-Projekt, zwei von insgesamt sechs Stauseen am Rio Xingu, zur Wehr setzen, haben hier neue Zeichen gesetzt. Ihr Häuptling Paiakan fuhr im März 1988 zum Sitz der Weltbank in Washington, um dort gegen eine zweite Kreditvergabe zu protestieren. Ende Februar d.J. fand in Altamira der erste große Indianerkongreß zur Rettung ihres Lebensraumes Regenwald statt.

Die internationale Unterstützung ihres Kampfes gegen die Staudammgroßprojekte reicht mittlerweile bis hin zum Papst. Der britische Popsänger Sting, der in Altamira und bei Brasiliens Präsident Sarney seinen Protest vortrug, will Mitte April d.J. in Paris eine internationale Kampagne zur Rettung des amazonischen Regenwaldes ins Leben rufen. Bonn dürfte, als drittgrößtem Anteilseigner



Zweitwichtigste Energiequelle bei der Erschließung des Regenwaldes in Brasilien: Wanderrnde Köhler stellen Holzkohle aus Edelholz her

kommen zum Schutz der Pflanzen- und Tierarten sowie der Ureinwohner (9). Die Bundesregierung äußerte sich bislang nur ablehnend zu Oberndörfers Studie. Andererseits zeigen Reaktionen von Bundesregierung und

der Weltbank und als einem der Vorreiter der Amazonien-„Erschließung“, dabei die Rolle eines Züngleins an der Waage zu fallen.

#### Anmerkungen

- 1) Daten nach: Nord-Süd aktuell, Hamburg, Nr. 4/1988, S. 530 und Sonntagszeitung, Bern, 22.1.1989
- 2) ARA/INFOE (Hg.), Das Regenwald-Memorandum, Mönchengladbach 1989, S. 19 und Tageszeitung (taz), West-Berlin, 3.3.1989
- 3) Vgl. Greenpeace-Nachrichten, Hamburg, Nr. 1, Frühjahr 1989, S. 14
- 4) Daten nach: BUND (Hg.), Wie Weltbankmacht die Welt krank macht, Köln 1988, S. 33 ff. und ARA/INFOE (Hg.), Das Regenwald-Memorandum, a.a.O., S. 17 ff.
- 5) Ebenda, S. 18-20
- 6) Siehe AIB, Nr. 3/1988, S. 46-48 und DRITTE WELT, Nr. 11/1988, S. 10
- 7) Nach: Süddeutsche Zeitung, München, 21./22.1.1988
- 8) Weitere Kritikpunkte des Regenwald-Memorandums am Tropenwaldaktionsprogramm: Nur 10 % der Gelder seien für den Schutz der Ökosysteme vorgesehen. Die Projekte zielten auf Rentabilität, um die Rückzahlung der Schuldnerländer zu garantieren; vornehmlich seien massive Investitionen in die industrielle Forstwirtschaft die Folge. Ferner ignoriere das Programm die Rechte der eingeborenen Bevölkerung. Siehe: ARA/INFOE (Hg.), Das Regenwald-Memorandum, a.a.O., S. 10; Handelsblatt, Düsseldorf, 11.11.1988 und D. Oberndörfer, Schutz der tropischen Regenwälder durch Entschuldung, Freiburg 1988, S. 24 ff.
- 9) Ebenda
- 10) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.1989 und taz, 2.3.1989
- 11) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 18.1.1989 und epd-Entwicklungspolitik, Nr. 18/1988, S. 17
- 12) Siehe: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 12-13
- 13) Vgl. FR, 21.2. und 18.1.1989; taz, 21., 23. und 24.2.1989

## INDIENRUND BRIEF

2+3/88

ISSN 0934-5175

### SCHWERPUNKT THEFT LANDWIRTSCHAFT

- soeben erschienen -

#### Ausführliche Artikel zu den Themen:

- \* Pestizidmißbrauch/biolog. Pflanzenschutz
- \* Düngemittelpolitik
- \* Auswirkungen der grünen Revolution
- \* Saatgutproblematik
- \* Initiativen zur Erhaltung der genet. Reserven
- \* Gibt es Hunger in Indien?
- \* Agrarökonomie/Agrarexporte aus Indien
- \* EG-Projekt "Operation Flood"
- \* Indische Ansätze einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft/Modellprojekte
- \* Spezialbibliographie
- \* Viele Hinweise auf Bücher und Informationsmaterialien (Broschüren, Zeitschriften, Ausstellungen ...) u.v.m.

Außerdem: Sonderschwerpunkt Gandhi.

#### INDIENRUND BRIEF -

Zeitschrift für deutsch-indischen Entwicklungsdialog Nr. 2+3/88  
308 S. Din A 4, DM 25.- plus Vers.ko. zu beziehen bei:  
OURGA PRESS - Verlag des Indienbüros Luitpoldstr. 20, 8036 Herrsching

Das Indienbüro führt entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Indien durch.





# Die Vernichtung der Regenwälder aufhalten

Eine Gesamtschau zur Regenwaldgefährdung und zur Abwendung eines Ökozids enthält das hier dokumentierte „Memorandum zur Verantwortung und zum Handlungsbedarf der Bundesrepublik Deutschland für den Erhalt der verbliebenen Regenwälder“ vom Januar d.J., das von 75 bundesdeutschen Verbänden und Organisationen, vom Deutschen Naturschutzring über Robin Wood bis hin zum Kirchlichen Entwicklungsdienst, getragen wird.

Der größte Teil der im Regenwald lebenden Stammeskulturen wurde bereits vernichtet. Allein in Brasilien sind in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts 87 Indianervölker ausgerottet worden. Jetzt droht die kahl Schlagartige Vernichtung oder Fragmentierung der Regenwälder dort, eben-

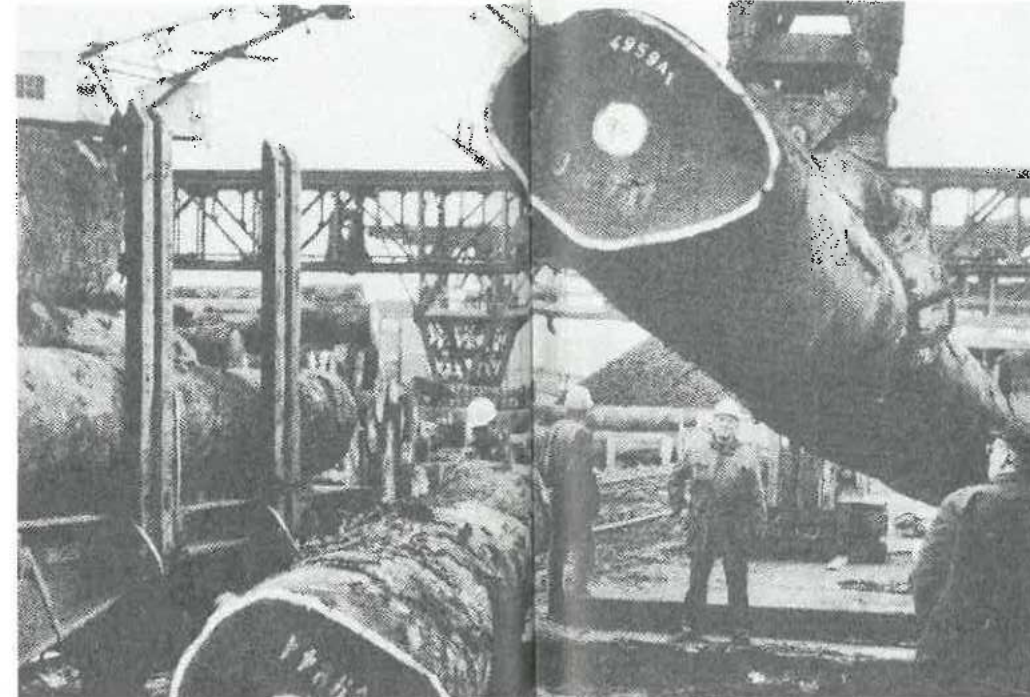
so wie in Afrika und Asien, die Lebensgrundlage der verbliebenen Stammesvölker zu zerstören. Geht diese Entwicklung unverändert weiter, wird keine dieser jahrtausendealten Kulturen die nächsten 30 Jahre überleben. Dieser Ethno- und Geozid ist eines der deprimierendsten Ereignisse unserer Zeit. (. . .)

nommen wurde. Die politische Konsequenz aus allen vorliegenden Informationen und wissenschaftlichen Prognosen kann nur lauten, so schnell und so konsequent wie möglich zu handeln. (. . .)

Unser heutiges Wissen erlaubt es uns festzustellen, daß die Besonderheiten der Ökologie, der Bodenbeschaffenheit und des klein-klimatischen Geschehens in Regenwaldgebieten deren wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten in erheblich stärkerem Maße als in Mitteleuropa auf standortgerechte, angepaßte Nutzungsformen beschränken. Die Ökologie dieser Gebiete ist weitgehend unvereinbar mit intensiver Land- und Forstwirtschaft. Die Nutzung von Naturressourcen muß sich deshalb in erster Linie am Prinzip der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft orientieren.

Berücksichtigt man die bisherigen Auswirkungen und die langfristigen Chancen der verschiedenen Nutzungsformen, so muß unter ökologischen wie ökonomischen Gesichtspunkten der prinzipielle Schutz der noch verbliebenen Primärwälder zum Dogma jeder Regenwaldpolitik erhoben werden. Ausnahmen dürfen nur erfahrungssichere nachhaltige Nutzungsformen sein – oder solche, deren ökologische Unbedenklichkeit durch empiri-

Bremer Industriehafen: Verladung von Edelhölzern für den hiesigen Raumarkt



sche wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig belegt wurde. Dazu gehört heute aber weder der selektive Holzeinschlag noch andere verbreitete forstwirtschaftliche Nutzungsformen. (. . .)

Der exportorientierte Holzeinschlag ist global betrachtet die wichtigste unmittelbare Ursache für die Besiedlung von Regenwäldern durch immer mehr Brandrodungsbauern.

Eine zweite wichtige Triebfeder für den Siedlungsdruck auf Regenwälder ist eine, in vielen Tropenwaldländern vorherrschende Konzentrierung des Landeigentums in Großgrundbesitz. Lateinamerikanische Umweltorganisationen haben jüngst darauf hingewiesen, daß dies in ihrer Region das bedeutendste Hindernis für die nachhaltige Nutzung und Erhaltung der Regenwälder ist. Landreformen würden nicht nur der Bevölkerung zur Selbstversorgung verhelfen, sondern auch die zerstörerische Besiedlung der Primärwälder eindämmen. Dessen ungeachtet erweist sich die Verteilungsproblematik von Reichtümern und Ressourcen immer wieder als Tabuthema der Entwicklungszusammenarbeit.

Eine kritische Analyse der Ursachen der Übernutzung tropischer Ökosysteme durch eine land- und erwerbslose Bevölkerung belegt nicht zuletzt die vielfältige Verflechtung mit den wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer. Würde diese Einsicht zur Grundlage unseres außenwirtschaftlichen Verhaltens und unserer bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt, dann ließe sich trotz anhaltenden Bevölkerungswachstums ein nicht unerheblicher Teil des Ökozids im Regenwald verhindern.

Die Länder der Dritten Welt sind insgesamt mit über 1300 Mrd \$ verschuldet. Der Schuldendienst hatte 1987 ein Volumen von 123,4 Mrd \$; aufgrund geringerer Zahlungen an die Dritte Welt betrug der Nettokapitalabfluß an die Erste Welt 30 Mrd \$.

Die Schuldenkrise hat das Ausmaß der Umweltzerstörung in der Dritten Welt in erschreckender Weise verschärft. Zwischen Verschuldung und Umweltzerstörung be-



Rondonia-Schnelke im Amazonas-Regenwald

steht ein mehrfacher Zusammenhang: Kredite finanzieren häufig naturzerstörende Projekte, und zur Bedienung der Kredite muß weiterer Raubbau an natürlichen Ressourcen getrieben werden. Die fünf Länder mit den größten Regenwaldflächen gehören auch zu den am höchsten verschuldeten Staaten der Dritten Welt. Der Druck, ihre Wälder abzuholzen, ist fast unausweichlich. Der Ausverkauf der natürlichen Ressourcen wird durch Auflagen des IWF häufig geradezu erzwungen.

Wie in Denkschriften der beiden großen Kirchen der Bundesrepublik vom Mai 1988

übereinstimmend dargelegt wird, haben viele Länder der Dritten Welt ohne eine Lösung der Schuldenkrise keine Chance, der weiteren Verelendung und dem Raubbau an der Natur zu entgehen. Zur Bilanz der letzten internationalen Diskussion dieser Probleme auf der IWF- und Weltbanktagung in Berlin 1988 gehört die deprimierende Feststellung, daß der Aufruf vieler Naturschutzorganisationen, Menschenrechtsbewegungen und auch der Kirchen zu einem weitreichenden Schuldenerlaß keine Wende in der Behandlung der Schuldenkrise durch die Masse der Gläubigerländer und -institutionen bewirken konnte.

## II. DIE VERANTWORTUNG DER BUNDESREPUBLIK FÜR DIE VERNICHTUNG DER REGENWÄLDER

„In der Dritten Welt wird sich aber nichts ändern, wenn sich in den Industrieländern nichts ändert.“

José Lutzenberger, Mitarbeiter der brasilianischen Umweltorganisation AGA-PAN; Träger des alternativen Nobelpreises 1988

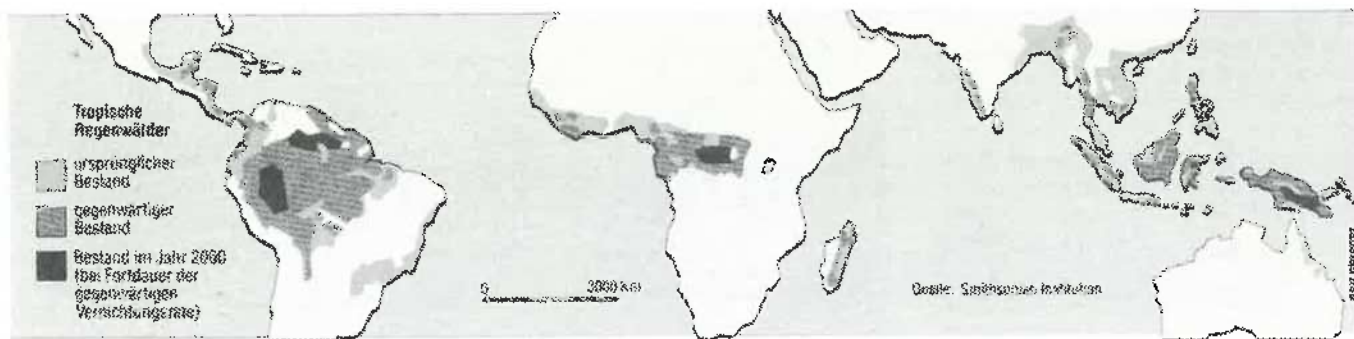
Als Hauptfaktor des unmittelbaren Zerstörungsprozesses tropischer Wälder werden allgemein aufgeführt:

a) der unkontrollierte Brandrodungsackerbau

- b) die Brennholzgewinnung
- c) der Raubbau an Nutzhölzern
- d) land- und forstwirtschaftliche Großprojekte
- e) Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen
- f) hydroelektrische Großprojekte.

Bei den letzten vier Faktoren (c bis f) handelt es sich im wesentlichen um kapitalintensive Vorhaben. Sie forcieren häufig den unkontrollierten Brandrodungsackerbau (a), da





sie Land und Wald der Selbstversorgung entziehen. Die Brennholzproblematik (b) hat für die Vernichtung geschlossener Primärwälder bislang nur marginale Bedeutung. Sie spielt insbesondere bei der Gefährdung der Trockenwälder eine wichtige Rolle. Der unkontrollierte Brandrodungsackerbau und die Brennholzgewinnung sind weitgehend ungeplante und schwer direkt zu beeinflussende Aktivitäten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist für vier der sechs (c bis f) genannten Zerstörungsursachen direkt mitverantwortlich.

Der kommerzielle Holzeinschlag ist nach der Brandrodung bislang die wichtigste Ursache für die Zerstörung der Regenwälder. Der internationale Holzhandel betont, daß die für den Export entnommenen Mengen dabei mit 5-7 % relativ gering seien. Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt allerdings, daß sich in den sieben größten tropenholzexportierenden Ländern der Exportanteil auf 19 % beläuft. In Afrika, woher 90 % unserer Rundhölzer stammen, werden im Durchschnitt nur ein bis zwei Bäume pro Hektar genutzt, d.h. auch für kleine Holzmengen müssen oft riesige Gebiete erschlossen werden. Die kommerzielle Holznutzung ist nur insofern selektiv, als sie vor allem die ökologisch wertvollsten und empfindlichsten Primärwälder betrifft.

Die Schäden, die die Holzfirmen dabei anrichten, sind alles andere als selektiv. Durch das Anlegen von Verladeplätzen, Straßen und durch den Einsatz von schweren Kettenfahrzeugen können schon die direkten Schäden erheblich sein. Auf den, von den Holzfirmen angelegten Trassen folgen der unkontrollierte Brandrodungsackerbau und Brennholzsammeln – in Lateinamerika auch große Viehzüchter. 78 % der geschlossenen Regenwälder, die in Afrika jährlich verschwinden, sind solche, die vorher holzwirtschaftlich exploitiert wurden. Allein in Afrika werden pro Jahr 600 000 ha unberührten Regenwaldes für Tropenholznutzung erschlossen. Nach Angaben der Weltbank ist der kommerzielle Holzeinschlag verantwortlich für die alljährliche Vernichtung von 5 Mio ha Tropenwald.

Deutsche Holzfirmen sind in einigen afrikanischen Ländern maßgeblich am Holzeinschlag beteiligt. Die vier größten Konzerne – Feldmeyer, Holimex, Introp Tropenholz und insbesondere Danzer – sind für erhebliche Anteile am Holzexport aus Kongo, Kamerun, Zaire und der Elfenbeinküste verantwortlich. Dieses ehemals größte Holzexportland Afrikas droht zum Nettoimporteur von Tropen-

holz zu werden. Währenddessen ist die maßgeblich am Holzeinschlag beteiligte Firma Danzer nach Zaire weitergezogen, wo sie mit ihrer Tochtergesellschaft Siforzal den Holzmarkt beherrscht.

Die Bundesregierung unterstützt sie dabei; denn durch die bundeseigene Entwicklungsgesellschaft DEG ist sie mit 3 Mio am Sägerwerk von Siforzal in Zaire beteiligt. Die DEG spielt auch bei der Finanzierung von Aktivitäten anderer deutscher Einschlagsfirmen eine Rolle.

Das Fazit: Im bisherigen Kerneinschlagsgebiet für tropisches Rundholz für den bundesdeutschen Markt, in Westafrika, waren 1985 bereits 85 % der gesamten Tropenwaldfläche vernichtet. Die Bundesrepublik importiert insgesamt jährlich 2 Mio Kubikmeter Tropenholz. 10 % unseres Massivholzverbrauchs decken wir durch Tropenholz, das überwiegend aus Primärwäldern stammt. Nur ein verschwindend geringer Teil stammt aus dem Plantagenanbau.

Obwohl unser Verbrauch nachweislich die

Zerstörung vieler betroffener Gebiete zur Folge hatte und obwohl in solchen Arealen schon mittelfristig der ökologische Schaden jeglichen wirtschaftlichen Gewinn der Exportländer überwiegt, weigert sich die Bundesregierung, ein Importverbot für Tropenhölzer einzuführen. Im Gegenteil, sie geht in ihrem Einflußbereich mit schlechtem Beispiel voran: So hat die Bundesbahn 1987 allein für Bahnschwellen über 6000 Kubikmeter Tropenholz verbaut.

Dem bundesdeutschen VW-Konzern schrieb man bis vor kurzem den größten Flächenbrand im Regenwald zu, der je durch Menschenhand entfacht wurde. Grund dafür war eines jener steuerlich besonders begünstigten Agrarprojekte, mit deren Hilfe Brasilien zum größten Rindfleischexporteur werden sollte. VW do Brasil war mit einem spekulativen Farmland für die Rinderzucht beteiligt, das der Fläche der Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin entspricht.

Wie viele andere Anleger aus Kreisen bundesdeutscher Konzerne und Konzerntöchter

gab VW do Brasil sein Rinderfarmprojekt auf. Aus solchen Spekulationsobjekten bleiben riesige verkarstete Landstriche zurück, die wegen ihrer mangelnden agrarwirtschaftlichen Effizienz die Ernährungslage der Bevölkerung sogar noch verschlechtern.

Das irrsinnige Zerstörungspotential vieler landwirtschaftlicher Großprojekte in Tropenwaldländern wird am Beispiel des europäisch-brasilianischen Soja-Geschäfts noch offenkundiger. Brasilien ist heute das größte Ex-

portland für Sojaschrot. Während nach Schätzungen der FAO etwa 30 Mio Brasilianer hungern müssen, exportiert das Land Mio Tonnen Soja als Futtermittel – über 50 % davon in die EG. Brasilien ist dabei, nur eines von über 50 Entwicklungs- und Schwellenländern zu werden, die für die europäische Viehwirtschaft erschlossen sind. Jedes vierte Rind, Schwein oder Huhn in der EG lebt – statistisch gesehen – von importierten Futtermitteln. Weit über die Hälfte davon stammt

aus Ländern der Dritten Welt. (. . .)

Die umweltschädlichen und kostenintensiven hydroelektronischen Großprojekte im Amazonasgebiet sind nur durch die Gewährung ausländischer Gelder möglich geworden. Aufgrund ihrer Zustimmung zu solchen Krediten und ihrer gewichtigen Rolle innerhalb der Bank – sie besitzt nach den USA und Japan den größten Stimmenanteil – trägt die Bundesrepublik eine besondere Verantwortung für alle Weltbankprojekte.

Umweltorganisationen aus der Dritten Welt weisen immer wieder auf die entscheidende Rolle hin, die die Industrieländer bei der Regenwaldzerstörung spielen. Die angeführten Beispiele machen deutlich, in welchem starkem Ausmaß auch Aktivitäten der Bundesrepublik Zerstörungsprozesse auslösen, verstärken oder trotz Interventionspflicht tolerieren.

Aktivitäten bundesdeutscher Konzerne haben erheblich zu der Entwaldung und Degradierung großer Regenwaldgebiete beigetragen. Unser Verbrauch von im Raubbauverfahren gewonnenen Regenwaldprodukten, Bodenschätzen und auf ehemaligen Regenwaldflächen angebauten agro-industriellen Produkten ist ein gewichtiger Beitrag zu der progressiven Zerstörung tropischer Ökosysteme.

Im Rahmen ihrer bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und durch ihre Mitwirkung in internationalen Finanzorganisationen hat die Bundesrepublik naturverachtende Großprojekte zu verantworten. Es sind dies jene Projekte, die Regenwälder durch Industrie, Stauseen, die Böden auslaugende Plantagenwirtschaft und landwirtschaftliches Ödland ersetzen. Es sind dies Projekte, die für kurzfristige Gewinne entscheidendes ökologisches und ökonomisches Potential schon der nächsten Generation verspielen. Es sind nicht zuletzt Projekte, die gegen den erbitterten Widerstand von Betroffenen und von Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen durchgesetzt werden.

Würde man unsere Verantwortung am Ökozid im Tropenwald am Ausmaß des Artenverlustes messen, so müßten wir wahrscheinlich feststellen, daß wir in den Ländern der tropischen Zone bereits die Ausrottung von mehr Tier- und Pflanzenarten zu verantworten haben, als bei uns überhaupt vorkommen.

Die angeführten Beispiele destruktiver Projekte sind leider keine Einzelfälle. Sie sind eher der Alltag wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt. Sie sind Teil eines Entwicklungsmodells, das unsensibel gegenüber lokalen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen ist. Sie sind Teil einer entwicklungspolitischen Ideologie, deren Motiv nicht zuletzt der maximal mögliche Kapitalrückfluß der Finanzierungshilfe ins Geberland ist. (. . .) Im Rahmen einer derartigen Entwicklungspolitik wird die neu eingeführte Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Makulatur, die allenfalls zu einer Schadensbegrenzung beiträgt. (. . .)



Edelholz vor dem Abtransport im Amazonas-Gebiet

## Memorandumsforderungen

### III. NEUORIENTIERUNG POLITISCHEN HANDELNS: GRUNDSATZFORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE POLITISCHEN PARTEIEN

*„Wenn auch nur eine minimale Chance bestehen soll, den Druck von den tropischen Naturräumen zu nehmen, dann müßten sich fundamentale Veränderungen im Weltmarktsystem und in den grundlegenden Beziehungen der reichen und armen Nationen vollziehen.“*

*Paul und Anne Ehrlich, Mitbegründer der „conservation biology“, 1988*

Eingedenk eines sich wandelnden Verantwortungsbewußtseins gegenüber den Umwelt- und Naturschutzproblemen auch in der Dritten Welt und eingedenk eines aus der Mitverantwortung begründeten ethischen Mandates der Bundesrepublik Deutschland fordern die unterzeichnenden Organisationen und Verbände:

1. Der Bundestag möge für alle relevanten Entscheidungen, die tropische Regenwälder betreffen, ein verbindliches Grundsatzdekret beschließen, das sich gleichsinnig an drei Maximen orientiert:

a) Unantastbarkeit der langfristigen Überlebensrechte der traditionellen Kulturen aller Naturvölker und aktive Unterstützung aller Bemühungen, ihre Rechte zu sichern.

b) Absoluter Schutz der noch verbliebenen Primärwälder vor sämtlichen menschlichen Eingriffen mit Ausnahme traditioneller und nachgewie-

sen nachhaltiger, ökologisch unbedenklicher Nutzungsformen.

c) Verbot des Imports sämtlicher Güter, die direkt oder indirekt zum Verlust weiteren Primärregwaldes beitragen.

2. Der Bundestag ist weiterhin aufgefordert, die Grundlagen unserer bi- und multilateralen Entwicklungspolitik sowie der Entscheidungsrichtlinien für die Mitarbeit in multinationalen Gremien und Organisationen im Sinne der folgenden Maßnahmen neu zu formulieren:

a) Erlass von Förderungsrichtlinien im Sinne des unter Punkt 1 aufgeführten Dekretes.

b) Anerkennung der Vertretungen indigener Völker als gleichberechtigte Partner des Entwicklungsprozesses in der Planung und Durchführung von Projekten. Ohne deren Zustimmung dürfen diese nicht gefördert werden.

c) Installation eines Entscheidungskodex zugunsten einer vorrangigen Förderung von Projekten

– zur dauerhaften Bewahrung noch verbliebener Natur im ursprünglichen Klimazustand unter Berücksichtigung der traditionellen Lebensrechte indigener Völker.

– zur Restauration und Regeneration ehemaliger

Primär- oder Sekundärwaldgebiete mit dem Ziel nachhaltiger umweltschonender Nutzung der Flächen unter besonderer Berücksichtigung der traditionellen Nutzungsformen.

– der naturverträglichen Landnutzung zur nachhaltigen Deckung lokaler Selbstversorgung mit allen erforderlichen Lebensmitteln und Brennstoffen.

– zur empirischen Erforschung langfristig nachhaltiger Nutzungsmöglichkeiten von Sekundär- und Primärwäldern, unter besonderer Berücksichtigung der traditionellen Nutzungsformen indigener Völker.

3. Die Bundesregierung ist aufgefordert, so schnell wie möglich die Finanzierung von ökologisch destruktiven Entwicklungsprojekten einzustellen.

4. Gefordert wird weiterhin die Installation eines unabhängigen Gutachtergremiums, das die ökologische und soziale Verträglichkeit von Entwicklungsvorhaben auf allen Stufen der Projektplanung und -durchführung überprüft. Das Gremium sollte zu jeweils einem Drittel aus Vertretern der Naturnutzung (Forst- und Landwirtschaft), des Naturschutzes und aus Ethnologen/Soziologen bestehen. Es soll Sachverständige wie z.B. Ökologen, Ökonomen, Vertreter lokaler NRO (Nichtregierungsorganisationen; d. Red.) sowie indigener Gruppen hinzuziehen.

Damit verbunden ist die Forderung der Offenlegung aller Planungs- und Prüfvorgänge. Ebenso soll die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen einen Rechenschaftsbericht über ihr Verhalten in der Weltbank und in anderen internationalen Gre-

mien der Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit vorlegen.

5. Dort, wo die Rückzahlung von Schulden und Schuldzinsen offensichtliche Ursache der Zerstörung oder Übernutzung von Naturressourcen ist, soll sich die Bundesrepublik über ihren gesamten Einflußbereich für eine sofortige Schuldentilgung einsetzen. Neben dieser Primärmaßnahme soll sie sich entsprechend dem Vorschlag der Kirchen für eine umgehende Schuldenkonferenz einsetzen. Im Rahmen eines zu vereinbarenden Schuldenerlasses muß das Ziel der Konferenz sein, in der finanziellen Hilfe neue Wege aufzuzeigen und möglichst international zu vereinbaren. Diese müssen den Schutz vor ökologischer Schädigung und sozialer Unverträglichkeit gewährleisten.

6. Die Bundesregierung möge einen Dringlichkeitsantrag bei den Vereinten Nationen stellen, mit dem Ziel der Abstimmung und Vereinbarung effektiver und kooperativer Strategien zum Schutz der verbliebenen tropischen Regenwälder. Die Bundesregierung soll dort den eigenen Handlungs- und Verhaltenskodex demonstrativ propagieren.

7. Angesichts der Tatsache, daß die Regenwaldzerstörung vornehmlich ökonomische Ursachen hat und sich schon kurzfristig durch ökonomische Kompensation bekämpfen läßt, soll sich die Bundesregierung für die Einrichtung eines internationalen Fonds einsetzen, der in Form von kontrollierten Kompensationszahlungen für Nutzungsverzicht zum Schutz der verbliebenen Primärwälder als Weltkulturerbe dient. Die entwickelten Länder sollen nach Maßgabe ihres Bruttoinlandsprodukts in diesen Fond einzahlen.



# Internationalismus auf neuen Wegen?

ANDREA ARCAIS

## Neues Denken – selber denken

Was sich seit einiger Zeit als „Neues Denken“ manifestiert und, glauben wir einigen KritikerInnen, uns in Gestalt der „Globalen Probleme“ das linke aus unserer Politik austreiben soll, taugt für solcherlei Verschwörungstheorien allerdings nicht.

Die Veränderungen, die sich auf globaler Ebene im Verhältnis der Staaten und Wirtschaftsgemeinschaften, von Mensch und Natur und von Technik und Mensch zueinander entwickelt haben, entspringen ja nicht der Bilderwelt apokalyptischer Träume. Die bilden vielmehr ganz realistisch den Rahmen, in dem Politik noch gestaltbar ist. Diese Probleme sind nicht besonders neu; neu ist das Bewußtsein über sie – und das ist gut so.

In den Thesen von Peter Wahl ist die Dimension dessen, was eigentlich viel zu abstrakt als „globale Probleme“ bezeichnet wird, angedeutet. Die Schwere der Last dieser „globalen Probleme“, ihre Gefährdungspotentiale nicht nur für „linke“ Politik, sondern für die grundsätzliche Möglichkeit der Politikgestaltung, also des bewußten Gestaltens der Lebens- und Überlebensmöglichkeiten, zeigen tatsächlich auf, daß die Bewältigung dieser Problemlagen nicht allein Aufgabe linker Politik, der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Bewegungen und Organisationen ist.

In Peter Wahls Thesen wird hierfür die Kategorie „Menschheit“ als soziale Kategorie, als materieller Begriff eingeführt. Damit verbunden ist die Forderung nach einer Menschheit als handelndes Subjekt der Geschichte. So richtig diese Forderung ist, so kompliziert ist es doch, sich dies als reale Handlungsmöglichkeit vorzustellen. Damit wir uns eine solche Entwicklung nicht abstrakt, sondern ganz real vorstellen können, müssen wir uns fragen, welche Erfahrungen und Möglichkeiten international, historisch und aktuell und vor allem in der BRD existieren, an die wir praktisch anknüpfen können. Dabei gibt es zwischen dem Kampf um die Lebens- und Überlebensmöglichkeiten der Menschheit und unserer Forderung nach einer radikalen Veränderung unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Schaffung einer weltweiten Friedens- und gerechten Weltwirtschaftsordnung kein sich ausschließendes, sondern ein dialektisches Verhältnis. In dieser politischen Arbeit und in der Art und Weise, wie wir sie führen, können sich auch die Konzeptionen und Möglichkeiten einer radikalen Veränderung unserer Gesellschaft entwickeln.

1. Die Brisanz der „globalen Probleme“ kann leicht zu Erstarrung jeglicher Politik führen. Wenn wir es nicht schaffen, die verschiedenen Problemfelder deutlich zu machen, wenn wir sie im Gegen-

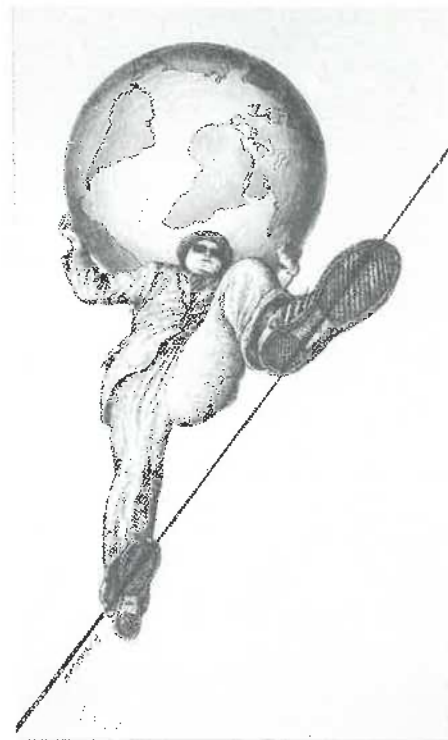
teil in einem abstrakten, universellen Rahmen belassen, machen wir sie für das Alltagsverständnis der Menschen unerreichbar. Dies wird aber nicht zur Folge haben, daß einem ungeheuren „Bedrohungspotential“ politische Handlungen folgen. Vielmehr wird Resignation wegen der scheinbaren Unlösbarkeit der Aufgaben vorherrschen.

Um dies zu vermeiden, muß es uns gelingen, Solidaritätsarbeit als innenpolitisches Thema zu etablieren und Handlungsmöglichkeiten für die Menschen in unserem Land zu ermöglichen. Wichtige Voraussetzungen für einen solchen Prozeß und zugleich wichtiges Lern- und Bündnisfeld für die Solidaritätsbewegung ist hier die Friedensbewegung. Hier ist in den zurückliegenden Jahren eine politische Basis und ein politisches Bewußtsein in der Bevölkerung geschaffen worden, von dem die Solidaritätsbewegung Nutzen ziehen kann, an dem wir anknüpfen können.

2. So widersprüchlich sich eine Politik der politischen Entspannung zwischen der UdSSR und den USA, ein angestoßener Abrüstungsprozeß und die sich abzeichnenden politischen Lösungen von „regionalen Konflikten“ vor allem gegenüber der praktizierten Solidarität mit dem auch bewaffnet geführten Befreiungskampf darstellt, so wichtig ist gleichzeitig die gemeinsame Analyse und das gemeinsame Handeln von Solidaritäts- und Friedensbewegung; international und in der BRD.

Analysen, die dazu tendieren, diesen Prozeß als einen Beweis der Richtigkeit der „Supermachttheorie“ zu beschreiben, halten wir für falsch. Wichtig an diesem Prozeß ist vielmehr die Schlußfolgerung, daß die UdSSR ökonomisch nicht in der Lage ist, sich weitere Stabilisierungen von Revolutionen wie Kuba und Vietnam zu leisten und gleichzeitig allein durch die militärische Hilfe für Befreiungskämpfe die Vorherrschaft des Imperialismus nicht gebrochen werden kann. Was z.Zt. zerfällt, ist nicht das internationalistische in der sowjetischen Politik, als vielmehr die Illusion antiimperialistischer Politik im Westen, daß die UdSSR als „Schutzmacht“ und „Garant“ der Befreiungsprozesse in der Dritten Welt „es schon richten werde“; Hauptsache sie erhält die Waffen- und Warenlieferungen an die Befreiungsbewegungen und befreiten Nationen aufrecht.

Die Konsequenz aus diesem Prozeß ist vor allem eine, die uns betrifft: Werden wir in den kapitalistischen Staaten unserer Verantwortung nicht gerecht, durch eine Veränderung unserer Gesellschaft die Möglichkeiten für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt erst zu eröffnen, wird kein sowjetischer Internationalismus den „Imperialis-



mus besiegen“.

3. Die Solidaritäts- und Friedensbewegung hat also nicht die Aufgabe im Rahmen eines weltweiten Abrüstungsdialoges von den Befreiungsbewegungen ein „Maßhalten“ zu verlangen. Im Gegenteil: Die Unterstützung der Befreiungskämpfe muß eingebunden werden in einen ernsthaften Beitrag zur Verbreiterung unserer Basis in der BRD. Wobei wir den Zusammenhang der Befreiungskämpfe mit unseren politischen Aufgaben in der Schlüsselstellung der kapitalistischen Staaten für die Lösung der globalen Probleme finden müssen.

Die alten Konzeptionen des Hineintragens der Kämpfe der Peripherie in die Metropolen scheinen uns dabei zu sehr von Revolutionsromantik geprägt zu sein. Wichtig ist die Durchsetzung eines politischen Bewußtseins, in dem die Probleme unserer Gesellschaft als Probleme auch anderer Gesellschaften, vor allem der Länder der Dritten Welt, begriffen werden und umgekehrt sich die Probleme der Länder der Dritten Welt sich auch auf unsere Gesellschaft auswirken. Dies ist also gerade nicht die Abkoppelung unserer Politik von den Befreiungs- und Emanzipationsprozessen der Dritten Welt, sondern die Erweiterung der nationalen Politik um eine globale Verantwortung ihrer Auswirkungen.

4. In diesem Sinne kann ein „Neuer Internationalismus“ ein konstitutives Element einer qualitativ neuen Politik der Linken in der BRD werden. Die Verbindung von Solidaritäts- und Friedens-

bewegung erscheint hierfür als ein Schlüsselement. So wie sich die Frage der Verschuldungsproblematik als ein Katalysator einer weitergehenden Diskussion zu erweisen scheint, müssen wir uns in die Lage versetzen, gemeinsame Projekte zu finden, an denen sowohl die globale Dimension unserer politischen Verantwortung deutlich wird, wie auch die Einbeziehung so vieler politischer Kräfte in diese Projekte wie möglich.

Es geht bei der Vorrangstellung der sog. „globalen Probleme“ in unserer Politik nicht um das Einleiten verschiedener Tätigkeitsfelder und Politikansätze in der Solidaritätsbewegung. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, in unserer Theorie und Praxis, eine Bündiskonstellation zu ermöglichen, die das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte ermöglicht, ohne dabei Unterschiede zu leugnen, Diskussionen auszuweichen oder gar Avantgardeansprüche anzumelden. Die Prozeßhaftigkeit dieser Diskussion muß anerkannt werden, die eben nicht bedeutet, daß nach einer bestimmten Zeit der Diskussion endgültige Ergebnisse herauskommen, die dann anwendbar seien. Die IWF-Kampagne hat da schon vieles vorexerziert.

5. Eine Bündiskonstellation, die sich zum Ziel setzt, dem konservativen technokratischen Problemmanagement Alternativen entgegenzusetzen, ist dabei meiner Ansicht nach die einzige Möglichkeit, einen Einstieg in einen tatsächlichen Verände-

rungsprozeß unserer Gesellschaft zu schaffen. Eine solche Zusammenarbeit entsteht aber nicht allein aus dem Problemdruck heraus. Die Erweiterung der nationalen Politik der BRD um eine globale Verantwortung setzt voraus, daß wir in der Lage sind, eine Alternative zu entwickeln.

Diese Alternative wird (da muß mensch aufrichtig mit den eigenen Kräften umgehen lernen) keine systemüberwindende sein. Sie muß vielmehr an den Widersprüchen innerhalb des Systems ansetzen, muß vom „Alltagsbewußtsein“ faßbar sein, damit sie mobilisierend wirken kann. Allein ein solcher Schritt, der die Linke aus ihrer Konzeptionslosigkeit befreien kann, hätte eine starke mobilisierende Wirkung. Solange linke Politik als ehrenwert aber folgenlos, konservative Politik dagegen als handlungsfähig begriffen wird, können wir uns sooft ein Bein rausreißen, wie wir wollen – wir werden die Bereitschaft der Menschen selbst zu handeln, nicht vergrößern können. Wenn es uns nicht gelingt, innerhalb unseres Systems eine andere Entwicklungsrichtung zu erkämpfen, wird die „Lösung der globalen Fragen“ vor allen Dingen auf immense politische und ökonomische Kosten der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten gehen.

Andrea Arcais, Münster, ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungdemokraten und vertritt diese im Sekretariat des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK).

HEINZ DIETERICH

Fragen der Solidaritätspolitik

## Nicaragua und die Weltrevolution oder der Aufbau des Sozialismus in einem Land

Eines der großen Defizite der Solidaritätsbewegung besteht darin, daß wichtige Aspekte der revolutionären Gesellschaftstheorie, die durch die nicaraguanische Revolution aktualisiert wurden, keine entsprechende Reflexion in den Metropolen gefunden haben. Einer dieser Aspekte ist die klassische Debatte über die Möglichkeit, den Sozialismus in einem Land aufzubauen bzw. die Notwendigkeit, ihn über die Weltrevolution realisieren zu müssen. Dieser Artikel weist darauf hin, daß das Verständnis der weltrevolutionären Perspektiven, d.h. des globalen Machtverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus, von entscheidender Bedeutung für das Verstehen der nicaraguanischen Revolution ist und damit auch der Solidaritätspolitik in den Metropolen.

### Politik und Macht

Jeder, der Politik betreibt, sei es in nur politischer Form, sei es in politisch-militärischer, ist darauf angewiesen, die Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen, unter denen er handelt. Das heißt, er muß wissen, ob die eigenen Kräfte ausreichen, bestimmte Maßnahmen gegen existierende Widerstände durchzusetzen. Politik ist, ihrem Begriff nach, die Kreation von Macht und ihr Einsatz.

Das Wissen über das eigene relative Machtpotential ist jedoch dreierlei Einschränkungen unterlegen. Erstens sind Machtverhältnisse, wie gesellschaftliche Beziehungen allgemein, ständigen Veränderungen unterworfen, so daß angemessenes Agieren nur möglich ist, wenn das handelnde Subjekt diese Veränderungen adäquat wahrnimmt und

interpretiert. Zweitens müssen die verschiedenen Formen der Macht (ökonomische, politische, militärische, Zugang zu Medien usw.) im Zusammenhang analysiert und dann in der richtigen Kombination und Zeitsequenz angewandt werden.

Drittens basiert politisches Handeln (wie jedes Handeln) auf Hypothesen über bestimmte Konsequenzen, die das handelnde Subjekt herbeiführen möchte; z.B. bei einem FMLN-Angriff in El Salvador ein Kraftwerk zerstören, bei einer Demonstration Bewußtsein unter der Bevölkerung zu schaffen oder durch zivilen Ungehorsam ein Anliegen in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Im militärischen Zusammenhang – in dem das Problem der Macht auf seinen klarsten, essentiellen

Ausdruck reduziert ist – wird die Notwendigkeit, das eigene Handeln aus der relativen Kräfteposition abzuleiten, unmittelbar deutlich. Strategische und taktische Fragen, wie die Entscheidung über Bewegungs- oder Stellungskrieg, Offensive oder Defensive, Zermürbungskrieg (war of attrition) oder „Blitzkrieg“, sind nur richtig zu beantworten, wenn man die Stärke der eigenen Kräfte im Verhältnis zu denen des Gegners richtig analysiert. Eine Fehleinschätzung dieses Verhältnisses führt zur physischen Vernichtung dessen, der den Irrtum begeht.

In den Schriften Maos, Giams, Che Guevaras und anderer sind diese Probleme vor allem unter dem Gesichtspunkt des revolutionären Volkskrieges diskutiert worden (1). Doch betrifft die Problematik nicht nur revolutionäre Bewegungen, die im Prozeß der Machtübernahme stehen, sondern auch revolutionäre Staaten, die sich gegenüber der Konterrevolution behaupten müssen.

Die Möglichkeit des Überlebens der nicaraguanischen Revolution als sozialistischer, beispielsweise, hängt in letzter Instanz von der Kräftekorrelation der imperialistischen und sozialistischen Staaten auf Weltebene ab. Das heißt: Die so oft gestellte Frage nach der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land, die von Marx, Lenin, Trotzki, Stalin usw. – in jeweils unterschiedlichen geschichtlichen Situationen – verschieden beantwortet wurde, läßt sich für Nicaragua a priori verneinen.

Die Bedingung für die erfolgreiche Verteidigung und Entwicklung der Volksrevolution in Nicaragua ist die kontinuierliche und ausreichende Unterstützung durch das sozialistische Weltwirtschaftssystem. Sollte diese Unterstützung ausfallen oder substantiell reduziert werden, dann könnte die Revolution nur als bürgerliche Überleben, wobei es dann langfristig keine Rolle mehr spielte, ob der Sandinismus oder irgendeine bürgerliche Machtgruppe die Regierung innehatte.

Diese Problematik gilt natürlich nicht nur für Nicaragua, sondern ebenfalls für Kuba, Vietnam, Kamputschea, Angola usw. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in die Diskussion der Solidaritätsarbeit und des antimperialistischen Kampfes die Frage nach der Kräftekorrelation zwischen revolutionären und imperialistischen Kräften auf Weltebene zu stellen.

Nur wenn man weiß, ob die sozialistischen Kräfte sich gegenwärtig in einer Defensiv- oder Offensivphase befinden, können die richtigen Lösungen und Arbeitsschwerpunkte im antimperialistischen Kampf gefunden werden – beispielsweise zum Problem des IWF. Andernfalls läuft man Gefahr, Nebenwidersprüche zu thematisieren oder liberale bzw. sektiererische Positionen einzunehmen, die keine positiven politischen Veränderungen bewirken. (2)

### Die Symptome der Schwäche der sozialistischen Staaten

Der deutlichste Ausdruck der relativen Schwäche der sozialistischen Staaten (relativ gegenüber der Situation der 60er Jahre) vis-à-vis den imperialistischen findet sich auf der politischen und ökonomischen Erscheinungsebene.

Auf ersterer ist es insbesondere der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, der einen spektakulären Sieg für den Imperialismus darstellt. Der Versuch, ein sozialistisches System in Afghanistan über die Stützung eines bonapartistischen Regimes zu konsolidieren, ist wohl definitiv gescheitert. An seine Stelle wird entweder eine prowestliche Klientelregierung treten oder ein islamisch-fundamentalistisches Regime. Daß die Sowjetuni-



on das Herausbrechen eines Staates aus ihrem „cor don sanitaire“ (Sicherheitsgürtel; d. Red.) akzeptieren muß, ist gravierender als für die USA der Verlust Vietnams, der keine unmittelbaren strategischen Interessen des Imperiums betraf.

Verschiedene Indizien weisen darauf hin, daß in Mosambik ebenfalls der sozialistische Versuch gescheitert ist, so, unter anderem die Tatsache, daß das Land nunmehr von Großbritannien Militärhilfe erhält und von den USA 1987 mit 85 Mio \$ unterstützt wurde. In Guinea-Bissau ist das ursprüngliche Projekt ebenfalls gescheitert und, natürlich, in Grenada auch. In Angola und Nicaragua ist es dem Imperialismus gelungen, die Entwicklung und Konsolidierung des sozialistischen Projektes zu verhindern, indem beide Länder gezwungen wurden, alle Ressourcen und internen Strukturen den Erfordernissen des nationalen Verteidigungskrieges unterzuordnen. Das gleiche gilt für Vietnam, das zu dem gezwungen ist, seine Truppen aus Kamputschia zurückzuziehen.

Die Situation dieser Länder reflektiert sich, mutatis mutandis, in den programmatischen Ausführungen Daniel Ortegas vom 14.6.1988, in denen er die Situation Nicaraguas folgendermaßen definiert: „Unsere Revolution hat eine sozialistische Orientierung. Das ist definitiv. Doch wir befinden uns nicht in der Etappe, wo die Anwendung bestimmter sozialistischer Maßnahmen zur Erreichung unseres Hauptzieles beitragen würde: der Verteidigung der revolutionären Macht.“ (3)

Ein weiteres Exempel ist die Politik der Menschenrechte. Diese wurden bisher von den sozialistischen Staaten als „interne“ Angelegenheit betrachtet, über die keine Rechenschaft abzulegen sei gegenüber dem Westen. Nunmehr hat, z.B., Kuba, welches die Position der „Nicht-Einmischung“ seit der Revolution sehr drastisch vertreten hat, akzeptieren müssen, daß eine internationale Delegation die Situation der politischen Häftlinge auf der Insel untersucht. Nur durch dieses Zugeständnis konnte (zum letzten Mal?) verhindert werden, daß die US-Kampagne über Menschenrechtsverletzungen in Kuba zur Verurteilung Kubas durch die UNO-Menschenrechtskommission führte.

Neben diesen politisch-militärischen Rückschlägen, die die Grundlagen und die Lebensfähigkeit der in der Breshnew-Ära (1964–82) konstituierten Außenpolitik der sozialistischen Führungsmacht UdSSR – z.B. die sog. Breshnew-Doktrin, daß sozialistische Revolutionen „irreversibel“ oder die Souveränität der sozialistischen Staaten beschränkt seien – wesentlich in Frage stellen, gibt es unübersehbare ökonomische Parameter, die die gegenwärtige relative Schwäche der sozialistischen Staaten im Weltmaßstab indizieren.

Die Haltung gegenüber dem IWF, der Weltbank und anderen idealen Gesamtkapitalisten der imperialistischen Bourgeoisien hat sich signifikant verändert. Der Gedanke, beispielsweise, die Ausbeuterinstitution IWF abzuschaffen oder für eine ersatzlose Streichung der Auslandsverschuldung einzutreten, ist im Diskurs der sozialistischen Staaten praktisch nicht mehr vorhanden. Kuba, verbi gracia, unterscheidet zwischen einem legitimen Schuldenanteil und einem illegitimen und akzeptiert, den legitimen Anteil zurückzuzahlen.

Vietnam, um ein zweites Beispiel zu zitieren, das seit dem 15. Januar 1985 aufgrund von Zahlungsverzögerungen von seinen allgemeinen Ziehungsrechten gegenüber dem IWF keinen Gebrauch mehr machen konnte, hat seit Januar 1987 die Kooperation mit dem IWF wiederaufgenommen und um die Entsendung eines IWF-Teams gebeten, welches bei der Durchführung von Wirtschaftsreformen behilflich sein soll.

Der Akzeptierung der weltkapitalistischen Finanzinstitutionen, d.h. der Struktur der von den finanzkapitalistischen Interessen geprägten monetären Zirkulationssphäre auf globaler Stufenleiter, entspricht ein Akzeptieren der produktivkapitalistischen Interessen des Weltkapitals. Die Liberalisierung bestehender Auslandsinvestitionsgesetze zum Zweck der Anziehung westlichen Produktivkapitals, die Entwicklung freier Produktionszonen und/oder joint ventures, das Entsenden von Auszubildenden in kapitalistische Elite-Institutionen usw. bringen die Annäherung des sozialistischen Wirtschaftskreislaufes an den weltkapitalistischen deutlich zum Ausdruck.

Interessant und unübersehbar ist, daß dieser Annäherungsprozeß im wesentlichen demjenigen der sog. Newly Industrialized Countries (NICs) ähnelt, also etwa dem Korea, Brasiliens, Mexikos usw. Das deutet darauf hin, daß die Ursache dieser Politik den Bereich der sozialistischen Staaten transzendiert, d.h. nicht – oder nicht nur – in den Produktionsverhältnissen zu suchen ist, sondern auf einem grundsätzlicheren Niveau gesellschaftlicher Konstruktion: dem Niveau der Produktivkräfte.

Weitere Indikatoren lassen sich im Bereich der Weltproduktionsstruktur oder auch des Welthandels finden. Vergleicht man etwa den Anteil der sozialistischen Staaten am Welthandel der 60er Jahre mit dem von 1985/86, so fällt auf, daß dieser bei etwa 10 % konstant geblieben ist, d.h. relativ stagniert. (4) Noch deutlicher werden die Machtproportionen auf dem Welthandelsmarkt, wenn man bedenkt, daß von den gesamten Weltexporten 1985/86 rund 70 % auf die westlichen Industrieländer entfallen, gegenüber ca. 20 % für die Entwicklungsländer, wobei zu bedenken ist, daß die Exportgüter der Entwicklungsländer und sozialistischen Staaten im allgemeinen wenig technologieintensiv sind.

Aus den im vorhergehenden aufgeführten Parametern (5) läßt sich also die Hypothese ableiten, daß die sozialistischen Länder heute (mit Ausnahme der Nuklearaffen) relativ schwächer sind gegenüber dem Imperialismus als in den 50er und 60er Jahren, d.h., daß die sozialistischen Staaten sich weltweit in einer Defensivphase befinden, die ihre Politik nolens volens determiniert: nicht nur in Hinsicht auf ihr Verhältnis zu den revolutionären Befreiungsbewegungen und dem Problem des Aufbaus des Sozialismus in einem Land (Nicaragua, z.B., oder Vietnam), sondern auch in allen Facetten ihrer Innenpolitik. (6)

### Die Ursache der relativen Schwäche der sozialistischen Staaten

Wie bereits oben angedeutet, scheint die Ursache des hier diskutierten Phänomens auf der Ebene der Produktivkräfte zu liegen. Dies in zweifacher Hinsicht. Erstens sind die zentralverwaltungswirtschaftlichen Industrialisierungsmodelle des stalinischen Typs in den wichtigsten sozialistischen Ländern (Sowjetunion und VR China) offensichtlich seit längerem an ihre Produktivitätsgrenzen gestoßen und können daher weder den internen sozialistischen Akkumulationsbedürfnissen entsprechen, noch sind sie weltmarktkonkurrenzfähig gegenüber den kapitalistischen Staaten.

Zweitens hat der fortgeschrittene Kapitalismus seit Mitte der 60er Jahre ein neues Akkumulationsmodell entwickelt, welches das seit den 30er Jahren existierende fordistisch/tayloristische Paradigma ersetzt. Das neue Modell, welches der Strukturnotwendigkeit des Kapitals entwächst, den tendenziellen Fall der Profitrate durch die Senkung der Produktionskosten aufzufangen, basiert im wesent-

lichen auf zwei neuen Elementen: a) der Entwicklung effizienterer Produktionstechnologien, vor allem der Informatik, Verkehrs- und Biotechnologie; b) der Senkung der Reallohnkosten durch die Verlegung der Produktionsstandorte (insbesondere) hochwertiger Konsumgüter in die Dritte Welt sowie der – als Angriff auf den Keynes'schen Wohlfahrtsstaat bekannten – Pauperisierungspolitik breiter Bevölkerungsschichten in der Ersten Welt.

Beide Strukturtendenzen haben die sozialistischen Länder vor die Alternative gestellt, entweder die Umstrukturierung ihrer etablierten Akkumulationsmodelle – mit den korrespondierenden Veränderungsnotwendigkeiten für die gesellschaftlichen Beziehungen und den politischen Überbau – forciert in Angriff zu nehmen, oder eine „Peripherisierung“ hinzunehmen mit der entsprechenden relativen oder sogar absoluten Verarmung ihrer Bevölkerungen. Relative oder absolute Verarmung würde natürlich – wie für jede herrschende Klasse oder Avantgarde, die ihre Produktionsaufgabe nicht löst – die Notwendigkeit einer stärker repressiven Innenpolitik beinhalten, d.h. eine Entwicklung zum Polizeistaat. (7)

Historisch gesprochen, gibt es also keine Alternative gegenüber der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität mittels technischer Modernisierung und Reorganisation der volks- und betriebswirtschaftlichen Beziehungen zu erhöhen. Der dabei von China und der Sowjetunion beschrittene Weg enthält viele Elemente, die in der Logik der Leninschen „Neuen Ökonomischen Politik“ liegen. Beispielsweise die Zulassung kapitalistischer Handels- und Produktionseinheiten innerhalb

staatlich definierter Rahmenbedingungen, die konsequente Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Staatsbetrieben (kostendeckende Produktion), privilegierte Behandlung spezialisierter Arbeitskader (hohe Entlohnung usw.) und die Zulassung von Auslandsinvestitionen.

Insbesondere letzterem und dem Erwerb westlichen Know hows und Technologie kommt in der gegenwärtigen Modernisierungsphase eine Schlüsselrolle zu. Weder die Sowjetunion noch China (geschweige denn Polen, Ungarn, Vietnam, Kuba, Angola usw.) scheinen über genügend Kapital und Produktionswissen zu verfügen, um den „großen Sprung nach vorn“ aus eigener Kraft zu schaffen. Soll dieser also nicht wieder, wie in dem tragisch mißglückten Versuch Maos, scheitern, so muß die ökonomische Zusammenarbeit mit dem Imperialismus intensiviert werden. (8)

Es geht also in vielen sozialistischen Ländern darum, die Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus zu verändern, ohne die Substanz des historischen Projektes aufzugeben, d.h. sich dem Entwicklungsziel der kommunistischen Gesellschaft anzunähern. Da diese Veränderung der Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus in beträchtlichem Ausmaß durch die Adaptation kapitalistisch/bürgerlicher Elemente erzielt werden soll – durch die Übernahme kapitalistischer Technologie, kapitalistischer Handels- und Produktionsorganisation, die Gewährung formaler (bürgerlicher) Freiheiten usw. – ist die Entfaltung der gesellschaftlichen Widersprüche unabdingbarer Bestandteil

dieses Prozesses.

Diese Widersprüche, die zum kleineren Teil durch die neue Politik geschaffen, zum größeren Teil durch sie aber nur manifest werden, sind unterschiedlicher Art. Sie sind klassenmäßiger Natur durch das Wiedererstarken der kleinbürgerlichen Warenproduktion oder des Handels. Sie betreffen die Frage der Autonomie der Nationalitäten innerhalb der Nationalstaaten. In der Sowjetunion, z.B. werden im Jahre 2000 ca. 52 % der Bevölkerung aus nicht-russischen Minderheiten bestehen. Gleiches gilt für den Aspekt der Religionsfreiheiten und der bürgerlichen Freiheiten insgesamt.

Und schließlich resultiert die Entfaltung dieser Widersprüche ebenfalls aus dem heutigen Charakter der Produktivkräfte. Der Aufbau der traditionellen Schwerindustrie (Eisen, Stahl, Kohle usw.) in der Phase der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation war möglich über rigide bürokratische Arbeitsorganisation und, z.T., Militarisierung der Arbeit. Die heutigen Schlüsseltechnologien machen derartige Rahmenbedingungen, z.B. in der Entwicklung artifizieller Intelligenz, gegenproduktiv. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann nicht administrativ oder gegen den Willen der Entwicklungskader und Führungskräfte des makroökonomischen Prozesses durchgesetzt werden.

Die Realisierung eines so tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umstrukturierungsprozesses wie die Ersetzung eines Akkumulationsmodells durch ein anderes – selbst wenn sie innerhalb einer Produktionsweise passiert –, stößt in den gegenwärtigen sozialistischen Gesellschaften auf noch größere Schwierigkeiten als in den kapitalistischen Entwicklungsländern und Metropolen. In ersteren wird die sozialökonomische Strukturreform in der Regel durch den massiven Einsatz von Staatsterror durchgesetzt, wie z.B. in Brasilien nach 1964. In den Metropolen wird die Modernisierung im wesentlichen über das Wertgesetz und den selektiven Einsatz des repressiven Staatsapparates durchgeführt.

Die Vernichtung unrentabler Betriebe und der Ausstoß unproduktiver Arbeitskräfte, d.h. Arbeitskräfte, die für die Mehrwertbildung nicht mehr tauglich sind, erfolgt durch die ökonomische Strukturkrise, welche die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Rückkehr zu höheren Profitniveaus erzeugt. Zur Beschleunigung dieses Prozesses greift der kapitalistische Staatsapparat häufig krisenverschärfend in den ökonomischen Prozeß ein, beispielsweise über die Manipulation der Zinssätze, der Inflation sowie der systematischen Schwächung der Gewerkschaften.

Die ersten Jahre der Reagan- und der Thatcher-Regierung sind illustrativ für diese Politik (Zerschlagung der Fluglotsengewerkschaft, des Minenarbeiterstreiks usw.). Für die Europäische Gemeinschaft steht sie bevor. Es herrscht Einigkeit unter den meisten Ökonomen darüber, daß bei einer Verschärfung der Weltwirtschaftslage die EG – mit ihrem, gegenüber den USA und Japan außerordentlich hohen Ausgangspunkt an Arbeitslosen und niedrigem Wirtschaftswachstum einerseits, sowie hohen Sozialleistungen andererseits – nicht mit den anderen imperialistischen Blöcken konkurrieren kann. Und es herrscht Konsens bei den EG-Regierungen darüber, daß diese Konkurrenzfähigkeit bis 1992 hergestellt werden muß.

Die Strategie ist bereits deutlich: Senkung des Lebensstandards für die arbeitenden Massen.

Von Lafontaine bis „Stern“, die organischen Intellektuellen des Kapitals posaunen bereits die Notwendigkeit des „Gürtelengschnallens“ über alle Kanäle der Massendiffusion und -konfusion aus. Was die europäischen Machtelite nicht so deutlich

sagt, in den Zeitungen **Big Brothers** jedoch bereits seit längerem offen diskutiert wird, ist die Notwendigkeit, bewußt eine Wirtschaftskrise in der EG herbeizuführen, um die Arbeiterklasse und ihre Organisationen für die (sehr wahrscheinlich) absolute Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu disziplinieren.

Die Manipulation der industriellen Reservearmee, einschließlich des Imports und Exports von Fremdarbeitern (sei es nach dem südafrikanisch/israelischen Ghettosystem oder dem von den mitteleuropäischen Staaten bevorzugten Verfahren), die Vernichtung gesellschaftlich geschaffener Werte in der Krise sowie die Abwälzung eines Teils der Kosten der Etablierung des neuen Akkumulationsmodells auf die Dritte Welt, sind Mechanismen der Restrukturierung und Modernisierung des wirtschaftlichen Reproduktionssystems, die den sozialistischen Staaten im wesentlichen nicht nur Verfügung stehen. Daher gestalten sich die entsprechenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen, z.B. die Umsetzung von Millionen von Arbeitskräften in der Sowjetunion, weitaus schwieriger als in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die Geißel der Arbeitslosigkeit die entsprechende soziale Disziplinierung und Mobilität der arbeitenden Bevölkerung erzeugt.

### „Roll back“ des Sozialismus

Die aus dem ökonomischen Entwicklungs-Differential resultierende Defensiv-Politik des Sozialismus gegenüber der Weltbourgeoisie – die vom kommunistischen Standpunkt aus natürlich nur als taktischer Rückzug aufgefaßt werden kann, um dann „besser vorbereitet wieder zum Angriff auf den Kapitalismus überzugehen“ (Lenin anläßlich der Neuen Ökonomischen Politik) – hat in dieser die alten Illusionen über den „roll back“ des Sozialismus in Osteuropa wieder aufflackern lassen. (9)

Heute sind es jedoch nicht mehr (wie in den 50er Jahren) die paramilitärischen Sabotageakte der US-Special-Forces und der geplante Einmarsch imperialistischer Truppen, welche als Waffen des „roll back“ benutzt werden sollen. Heute sind es die ökonomischen Schwierigkeiten, die fehlenden bürgerlichen Freiheiten, der wiedererstarkende Nationalismus und das Entfachen historischer Ressentiments gegenüber den „Russen“ („Osten versus Westen“), „Asien (Despotismus) versus Europa (Demokratie)“ usw., die diese Rolle spielen.

Offen wird in den (kollektiven) organischen Intellektuellen des US-Kapitals wie der „New York Times“, der „Washington Post“, usw. diskutiert, daß der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten Polens, Ungarns, der baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) usw. eine schwedische Lösung sei, d.h. politisch-militärische Neutralität bei Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und westlicher Demokratie: „... die Sowjetunion hat keine Antworten mehr auf die Stagnation und den Niedergang Osteuropas, ihr fehlt es an Ressourcen, um zu helfen, aber sie weiß außerdem nicht mehr, zu was sie raten soll. Die Osteuropäer sind pessimistisch und wissen, daß die wirkliche Antwort für ihre Länder die Übernahme des westlichen Systems in der einen oder anderen seiner kapitalistischen, sozialmarktwirtschaftlichen oder sozialdemokratischen Versionen ist.“ (10)

### Implikationen für die Solidaritätsbewegung

Es sind diese weltpolitischen Bedingungen und ihre Interpretation durch die hegemonialen Fraktionen in Parteien und Regierungen der sozialistischen Länder, welche, zusammen mit der nationa-



Demonstration der IWF/Weltbank-Kampagne im Herbst 1988 in West-Berlin: Die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung war mit von der Partie



len Situation, die Handlungsmöglichkeit der sozialistischen Staaten bestimmen. Alle drei Faktoren müssen von der Solidaritätsbewegung in Europa ebenfalls kritisch in Rechnung gestellt werden, will man nicht in subjektivistische Analysen verfallen.

Es ist notwendig, in der Solidaritätsbewegung die materialistische Erkenntnis durchzusetzen, daß die Politik sozialistischer Avantgarden – ebenso wie die der kapitalistischen Eliten – primär durch die Bedingungen des nationalen und internationalen Klassenkampfes (Widersprüche in der Produktivkraftentwicklung, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, Hegemonialbeziehungen, taktische und strategische Politik usw.) determiniert wird und nicht durch das Wollen oder Nicht-Wollen nationaler Führer.

Wenn Gorbatschow auf dem 27. Parteikongreß der KPdSU (1986) darauf hinwies, daß die SU befreundete Länder in der Dritten Welt nur „im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen werde“, daß diese „im wesentlichen durch ihre eigenen Anstrengungen“ sich entwickeln müßten und daß Moskaus wesentliche internationalistische Pflicht darin bestehe, „die erfolgreiche Entwicklung unseres eigenen Landes“ zu garantieren, so ist das im Grunde nur die Konsequenz aus der objektiven Misere, in die die Breshnew-Fraktion die Sowjetunion geführt hat.

Eine Misere, die im Inneren gekennzeichnet war durch die Stagnation der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, d.h. der Korruption, des Verletzens der sozialistischen Legalität, der wirtschaftlichen Unterentwicklung usw., und in der Außenpolitik durch die Notwendigkeit militärischer Intervention in der CSSR und der (zweifelhaften) Unterstützung bonapartistischer

Regimes in der Dritten Welt (Äthiopien, Afghanistan usw.).

Ähnliche Kriterien sind für das Verhalten Fidels in der Schuldenfrage oder die Politik Nicaraguas gegenüber dem Imperialismus anzulegen. Jede nationale Regierung handelt in erster Linie in Ansehung der (von ihr als solche definierten) nationalen Interessen, nicht nur weil ihre Machtbasis – und damit ihr Überleben – primär nationalstaatlich ist, sondern auch ihre politische Verantwortung.

Natürlich gibt es Situationen, in denen die Verteidigung der nationalen Interessen am besten durch offensive internationale Maßnahmen zu realisieren ist, doch handelt es sich dabei (für sozialistische Länder) um die Ausnahme, nicht die Regel.

#### Anmerkungen

- 1) Die klassische Analyse für den konventionellen Krieg findet sich bei Clausewitz.
- 2) Natürlich ist das Verhältnis von Defensive und Offensive, Strategie und Taktik dialektisch zu sehen. Manchmal ist die Verteidigung nur durch den Angriff möglich und vice versa. Dieses Verständnis ist jedoch beim Leser vorausgesetzt.
- 3) Barricada, Managua, Sonderdruck, 17.6.1988
- 4) Vgl. UN Yearbook of International Trade Statistics, 1961, New York 1963, S. 12–15, sowie 1985, New York 1987, S. 1066–1069
- 5) Eine umfangreichere Analyse würde selbstverständlich andere wichtige Faktoren miteinbeziehen, wie z.B. die Außenpolitik Chinas – nicht nur in Afghanistan, sondern allgemein –, die Atrophie der kommunistischen Parteien Westeuropas usw.
- 6) Die weltpolitische Lage des Sozialismus als defensive zu bestimmen, schließt natürlich nicht aus, daß sich einzelne sozialistische Bewegungen in einer Offensivphase befinden können. Dies ist, zum Beispiel, der Fall in El Salvador, wo die FMLN seit 1981 eine derart positive Entwicklung genommen hat, daß sie in diesem Jahr den Versuch der Endoffensive unternehmen kann.

Und ebenso natürlich ist, daß die hegemoniale Fraktion in Partei oder Regierung sich in der Einschätzung der „nationalen Interessen“ und/oder ihrer optimalen Durchsetzung irren kann.

Nur innerhalb dieser nationalen und internationalen Macht- und Interessengefüge ist es möglich, die Handlungszwänge zu verstehen, denen die – die Solidaritätsbewegung interessierenden – Akteure unterliegen. Und nur aus diesem Verständnis kann eine adäquate, eigene Solidaritätspolitik entwickelt werden, welche die Grenzen der Philanthropie überschreitet.

Heinz Dieterich, Professor an der Autonomen Universität Mexikos und Leiter der internationalen Gegenkampagne zu den 500-Jahrfeiern der „Entdeckung“ Amerikas

- 7) In Gorbatschows Formulierungen, daß die SU „am Abgrund stehe“ und daß dies ihre „letzte Chance“ sei, kommt dieses Bewußtsein klar zum Ausdruck. Natürlich bedeutet technisch-ökonomisches Zurückbleiben gegenüber dem Imperialismus mittelfristig auch die militärische Schwächung der sozialistischen Staaten.
- 8) Eine der Ursachen des Scheiterns bestand darin, daß bestimmte Produkte in dezentralisierter Produktion nicht mit der notwendigen Qualität hergestellt werden können. Der Versuch, z.B. in den Kommunen und Dörfern mittels kleiner Hochöfen Eisen und Stahl zu erzeugen, schlug fehl, weil das produzierte Rohprodukt qualitativ zu schlecht war. Dies Problem stellt sich heute natürlich noch in weit aus schärferer Form als in den Zeiten der chinesischen Kulturrevolution.
- 9) „Langfristig, vielleicht im 21. Jahrhundert, könnten Perestroika und Glasnost zum Zusammenbruch des Sowjetblocks, zum Niedergang und Fall des imperialen Rußlands und zur Entstehung einer Demokratie nach europäischem Stil führen.“ Edson W. Spencer, Vorsitzender des transnationalen Konzerns Honeywell Inc., in: International Herald Tribune, Paris, 2.2.1988
- 10) Ebenda

## KULTUR

GABRIELA POSADAS

Gioconda Bellis „Bewohnte Frau“

# Ein Stück Identitätsfindung

Vormals machte die Nicaraguanische Gioconda Belli (geb. 1948) durch flammende Gedichte auf sich aufmerksam. Nun präsentiert die einstige sandinistische Widerstandskämpferin, die heute in Managua lebt, ihren ersten Roman.

Aus der Bourgeoisie kommende Revolutionärin, lateinamerikanische Schriftstellerin: auf vielen Ebenen nimmt die Nicaraguanerin Gioconda Belli eine Sonderstellung ein.

Seit 1970 beteiligte sie sich am Widerstand der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN. Ihre ersten Gedichte erschienen 1970 in der Zeitschrift „La Prensa Literaria“. Erst 14 Jahre später wurden sie dem deutschen Publikum in dem Gedichtband „Wenn du mich lieben willst“ zugänglich gemacht.

In ihrem neuesten Roman „Bewohnte Frau“ (Hammer Verlag, Wuppertal, 332 S., 32 DM), der seit Ende 1988 auch in deutscher Übersetzung vorliegt, hat sie ihre Erfahrungen mit der eigenen Identitätsfindung verarbeitet. Ihre Hauptperson, Lavinia Alarcon, trägt zahlreiche autobiographische Züge: Sie entstammt der Oberschicht ihres Landes, hat gegen den Willen der Eltern ein Architekturstudium durchgesetzt und erkennt mit Hilfe der zweiten Hauptfigur Itzá, wohin sie gehört.

Itzá ist eine Figur aus der indianischen Mythologie, die für den Widerstand der Indios gegen die spanischen Eroberer, aber auch für die Beteiligung der Frauen an diesem Kampf und ihre Schwierigkeiten, als gleichberechtigte MitstreiterInnen anerkannt zu werden, steht.

Der Roman beginnt damit, daß Itzá als Geist der Rebellion nach langer Zeit der Ruhe (sie war bei einem Gefecht mit den Spaniern getötet worden) wiedererwacht. „Seit Tagen schon hörte ich den Regen, wie er sich erst in kleinen Rinnsalen, dann in großen unterirdischen Strömen meiner jahrhundertealten Wohnung näherte, sich Gänge öffneten, mich durch die feuchte, durchlässige Erde anzog. Ich spürte, daß ich der Welt immer näher kam, an den sich verändernden Farben der Erde erkannte ich es.“

Im Laufe des Romans bestimmt dieser „Geist“, den die Autorin übrigens im Gegensatz zu Lavinia in der Ich-Form erzählen läßt, immer mehr die Gedanken und Handlungen der realen Hauptperson.

Lavinia ist eine Frau, die nicht bereit ist, sich mit dem ihr zugewiesenen Platz einer Ehefrau und Mutter abzufinden. Sie tritt nach dem Studium in ein Architekturbüro

ein und wird dort rasch mit zwei Problemen konfrontiert, denen sie sich immer wieder stellen muß: dem Ringen um Anerkennung als kompetente Frau und ihre soziale Herkunft.

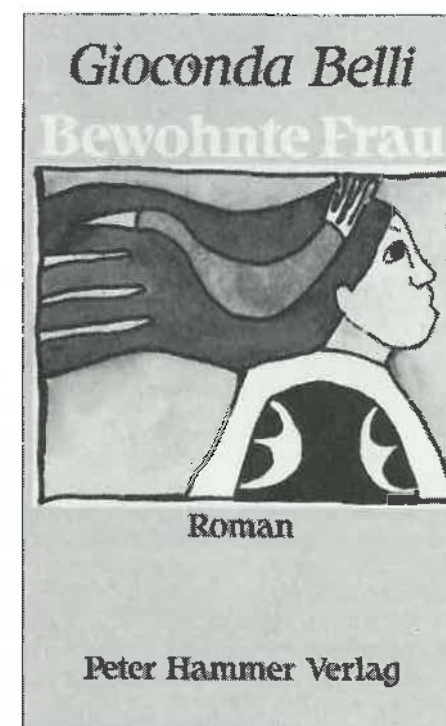
Beides ist für sie Chance und Hindernis zugleich. Durch ihr Fachwissen verschafft sie sich schnell Respekt. Als sie jedoch versucht, sich den Menschen anzunähern, denen sie helfen will, zeigen sich ihr schnell die Grenzen, die ihr durch die Herkunft gesetzt sind.

Ihr erstes Projekt ist ein Kaufhaus, das auf einem Gelände errichtet wurde, das von Campesinos besetzt und besiedelt wurde. Ihr Versuch, mit den dort lebenden Menschen in Kontakt zu kommen und sie um ihre Meinung zu fragen, scheitert an deren Angst vor der Repression der das Land beherrschenden Militärs. Zu der elegant gekleideten Lavinia, die bohrende Fragen stellt, haben sie kein Vertrauen. Auch beim Versuch, zu ihrer Hausangestellten Lucrecia ein freundschaftliches Verhältnis entstehen zu lassen, ist sie sich selbst im Weg. Sie versucht, das Herrschaft/Dienstbotenverhältnis dadurch zu durchbrechen, daß sie Lucrecia das Du anbietet, was diese eher verunsichert und beschämt, als einen neuen Umgang miteinander ermöglicht. Lavinia erkennt, daß Wünsche alleine die Realität nicht verändern.

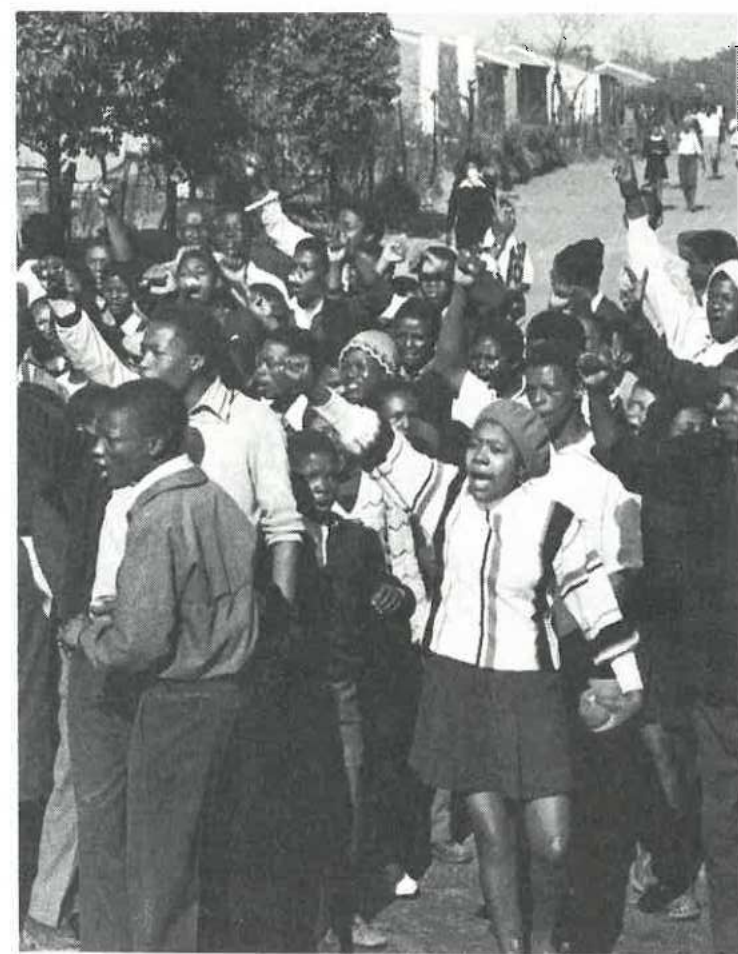
Das gilt auch für ihre Beziehung zu ihrem Arbeitskollegen Felipe. Lavinia erfährt, daß

LAVINIA, DIE „VERLORENE TOCHTER“, SCHLIEßT SICH DEM SANDINISTISCHEN WIDERSTAND AN, BEWAHRT SICH ABER ALS GRENZGÄNGERIN DIE EIGENE IDENTITÄT

er zur Widerstandsbewegung des Landes gehört, als er mit einem verletzten Kämpfer in ihr Haus flüchten muß. Sie wird mit der Realität konfrontiert, die sie bisher nur aus Erzählungen und den Medien kannte und beginnt, nachzudenken. Doch Felipe ist dieser Entwicklungsprozeß suspekt. Er will ihre anfäng-



Anzeige



## Südafrika kämpft

Die **WZ** berichtet. Nicht nur über Spektakuläres und Dramatisches. Sondern zuverlässig, gründlich und solidarisch. Sie berichtet aus der Sicht des unterdrückten Volkes. Parteilich und konsequent.

Die **WZ** steht auf der Seite der unterdrückten und kämpfenden Völker der Welt.



Die **WZ** können Sie probelernen.  
14 Tage kostenlos und unverbindlich.  
021 01/59 85 25  
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

Coupon ausschneiden und einsenden an: VVG, Postfach 10 15 55, 4040 Neuss 1



## Auch Männer müssen die „weibliche“ Sicht mitbekommen

Was ist das spezifisch Weibliche an Gioconda Bellis literarischem Schaffen und ihrem Erstlingsroman? Dieser Frage ist die sandinistische Gewerkschaftsführerin Rosario Murillo in einem Gespräch mit der Autorin nachgegangen.

**FRAGE:** Das ist, glaube ich, das zweite Mal, daß eine nicaraguanische Frau einen Roman geschrieben hat. Ich kenne sonst nur die Leonese Schriftstellerin Rosario Aguilar. Glauben Sie ganz persönlich, daß dieser Roman und Ihr Werk im allgemeinen sich in ein Konzept von „weiblicher Literatur“ einordnen lassen?

**GIOCONDA BELLI:** (...) Ich glaube, daß das Geschlecht eines Menschen seine Sicht der Welt beeinflusst, da die Welt nicht geschlechtsneutral ist. Es ist möglich, daß Männer einfacher von ihrem Geschlecht abstrahieren können, denn für sie ist es kein besonderes Kennzeichen, keinerlei Einschränkung. Niemand fragt einen Mann, der über das Leben in einem Kohlebergwerk oder die Jagd oder andere „männliche“ Aktivitäten schreibt, ob sein Roman männlich ist. Die Bedingung „männlich“ existiert nämlich nicht, da sie die normale Maßstäbe ist, das allumfassend Herrschende.

Wenn wir Frauen über Frauen schreiben, über das, was Frauen fühlen und erleben, kommen wir um die Frage nicht herum, ob unsere Arbeit „weiblich“ ist oder nicht. Was soll damit bewiesen werden? Das ist doch die Frage. Als Frau, die schreibt, will ich gute Literatur schaffen. Das interessiert mich. Und so habe ich vor allem mit diesem Roman versucht, ein literarisches Werk zu schaffen, das nicht nur dazu dient, daß sich Frauen darin wiederfinden, sondern dazu, daß auch Männer die „weibliche“ Sicht der Welt mitbekommen, in der der Roman spielt.

Aber kein Roman, wenn er nicht Science Fiction ist, kann in einem von Sexualität völlig losgelösten Raum spielen. Und es gibt Momente, wo es den Schriftsteller oder die Schriftstellerin, wie in diesem Fall, interessieren könnte, den Blickwinkel der Frau zu betonen, da das Ziel des Romans, seine Aussage interessiert.

**FRAGE:** Es wird behauptet, daß die beste Literatur androgyn sei, das bedeutet, daß Frauen ihre männlichen Anteile und Männer ihre weiblichen Anteile betonen sollten, um so die Beschränkungen, die ihnen das Geschlecht auferlegt, zu überwinden. Halten Sie das für richtig?



**GIOCONDA BELLI:** Ist es nicht seltsam, daß Frauen die Androgynie verordnet wird? Bei Hemingway stellt niemand in Frage, daß seine Literatur chauvinistisch ist.

Ich glaube, daß die Zukunft der Menschheit androgyn ist, oder daß dies zumindest angestrebt werden sollte. Aber in Bezug auf die Gegenwartsliteratur denke ich nicht, daß die Androgynie unabdingbar für gute Literatur ist. Er könnte sogar eine Falle für schreibende Frauen sein, wenn diese glauben, nicht als Frauen schreiben zu dürfen, wenn sie dieses Grundprinzip für gute oder schlechte Literatur einhalten wollen.

Nadine Gordimer sagte kürzlich in einem Interview mit „Paris Review“, daß die Selbsteinschätzung von Frauen diese Norm der Androgynie verändert. Sie dachte über die Möglichkeit nach, daß Frauen sehr wohl die Möglichkeit hätten, bestimmte Aspekte des Lebens besser als Männer zu beschreiben. Sie fragte sich auch, ob eine schreibende Frau so meisterhaft die Kriegsszenen in „Krieg und Frieden“ hätte beschreiben können.

(QUELLE: Barricada Internacional, Managua, 13.10.1988, Ausschnitt)

gewohnheiten des Militärs zu gewinnen.

Um keinen Verdacht zu erregen, muß sie das Leben weiterführen, von dem sie sich zu lösen begonnen hatte: Ausflüge mit der Jeunesse dorée des Landes, auf einem Ball wird sie von ihren Eltern als „verlorene Tochter“ wieder in die angestammten Kreise aufgenommen. Sie ist eine Grenzgängerin, fühlt sich lange keiner der beiden Seiten richtig zugehörig. „So hätte sie sich das nicht vorgestellt. Anscheinend nutzte sie der Bewegung nur als die, die sie immer gewesen war.“ (S. 166)

Sie begreift, daß soziale Veränderungen auch ihr die Möglichkeiten bieten, ein anderes Zusammenleben als das oberflächliche

Nebeneinander zu versuchen, das sie vom „gesellschaftlichen Leben“ ihrer Eltern kennt. Erfahrungen mit Flor, ihrem politischen Anleiter Sebastian, der versucht, den Machismo zu überwinden und trotz der Brutalität der Diktatur Sensibilität zu wahren und sich nicht verhärten zu lassen, aber auch an einem Ausbildungswochenende sind erste Versuche, dieses neue Zusammenleben zu realisieren.

Gegen Ende des Romans gewinnt die Dramatik gegenüber den nachdenklichen Partien am Anfang das Übergewicht. In einer Aktion, die der Besetzung des Präsidentenpalastes durch die Sandinisten ähnlich ist, überfällt die Bewegung die Villa des Generals bei

der Einweihung. Felipe kommt bei der Vorbereitung dieser Aktion um, Lavinia nimmt aufgrund ihrer Kenntnis des Hauses seinen Platz ein. In einem Schußwechsel mit dem General wird sie getötet.

Dieser Schluß fällt meines Erachtens gegenüber dem Gesamtroman durch seine Melodramatik deutlich ab, doch das ist vielleicht Geschmackssache. Insgesamt ist Gioconda Bellis Erstlingswerk ebenso empfehlenswert wie ihr Gedichtband. Die „Bewohnte Frau“ zeichnet sich durch Ideenreichtum, sprachliche Vielfalt (vor allem auch durch die immer wieder zwischengeblendeten Rückgriffe auf Itzás Leben und die Erfahrungen der Ahnen Lavinias) und Differenziertheit aus. Die Autorin hat sich als Grenzgängerin die eigene Identität bewahrt.



berichtet regelmäßig über – den Befreiungskampf der F. POLISARIO – die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA – das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis – die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das **SAHARA INFO** erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM! Probeheft und Abobestellung bei GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAISCHEN VOLKES e. V. U. Hilpert, Bamberger Straße 34 2800 Bremen 1

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bekanntgeben!**

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51

## STICHWORT

„Laßt Blumen sprechen“ – mit diesem Slogan wirbt der bundesdeutsche Blumenhandel für seine duftende Ware. Doch könnten Blumen tatsächlich reden, wäre gewiß so mancher Käuferin und so manchem Käufer die Freude am Bukett verdorben.

Viele Rosen, Nelken oder Chrysanthemen könnten nämlich von Frauen in der Dritten Welt erzählen, von Frauen in Kolumbien oder Mexiko, die diese Blumen noch wenige Tage zuvor in ihren Händen hielten: Arme Frauen, kranke Frauen.

Da ist z.B. die Stadt Chia in Kolumbien, 2500 m hoch auf der Ebene nahe der Hauptstadt Bogota gelegen. Anfang der 60er Jahre wurde hier noch Viehzucht betrieben. Dann empfahlen Wirtschaftsexperten aus den USA den örtlichen Großgrundbesitzern, sich auf den Anbau von Blumen umzustellen.

Inzwischen gibt es in und um Chia rund 200 Betriebe auf etwa 1700 ha Landfläche. Kolumbien zählt heute zu den größten Blumenexporteuren der Welt. 45 000 Arbeitskräfte sind in der Blumenindustrie des Landes beschäftigt, 85 % davon sind Frauen.

Damit sich ja keine Blattlaus auf den Rosen blicken läßt, damit die Nelken möglichst kerngegerade emporsteigen und die Chrysanthemen prächtige Blüten treiben – für all das sorgen Unmengen von Chemikalien. 1980 wurden in Chia beispielsweise für die 1700 ha Blumenbeete 118 t Pestizide verbraucht. Und auch heute werden die Beete alle zwei, drei Tage mit insgesamt 95 verschiedenen Produkten eingesprüht, von denen rund ein Viertel in Europa verboten sind.

So werden u.a. die schwer abbaubaren chlorierten Kohlenwasserstoffe Aldrin (Patentinhaber Shell), Lindan (Patentinhaber Chevron Chemicals/Standard Oil of California), Gramafin (Hoechst) und Gramoxon (BASF) eingesetzt. Aldrin ist krebserregend und verändert das menschliche Erbgut. Lindan enthält Dioxin und schädigt das Nervensystem. Die Frauen, die auf den Blumenplantagen und in den Gewächshäusern arbeiten, leiden häufig unter Erbrechen, Kopfschmerzen, Haut- und Augenentzündungen. Fehlgeburten nehmen zu und immer mehr Kinder kommen mit Mißbildungen auf die Welt.

Zudem bekommen die Frauen von Chia nur Werkverträge über zwei bis drei Monate im Jahr; danach sind sie wieder arbeitslos. Sozial- und Krankenversicherung gibt es nicht. Geschuftet wird im Akkord. Der Lohn beträgt umgerechnet etwa 20 DM – pro Woche!

Doch nicht nur die „mujeres en flor“, die Frauen in den Blumen, leben aufgrund der immensen gesundheitlichen Risiken gefährlich. Betroffen ist in der Regel auch die gesamte Bevölkerung rings um die Anbaugelände. So gibt es für die Menschen häufig kein Wasser, da dies für die Bewässerung der Blumenbeete gebraucht wird. Zudem versuchen die

chemischen Gifte den Boden derart, daß keine Nahrungsmittel mehr angebaut werden können.

Sind die Böden dann – wie es in einigen Gebieten Kolumbiens mittlerweile der Fall ist – ausgelaugt und vergiftet, ziehen die Blumenproduzenten einfach um. So hat z.B. die US-Firma mit dem blumigen Namen „Everflower“ Teile ihrer Produktion von Kolumbien nach Mexiko verlagert. Dort bleiben ihr zudem auch noch die bescheidenen Schutzbestimmungen erspart, die sich die Arbeiterinnen in Kolumbien erstritten hatten. (Dazu gehört u.a. das Tragen von Handschuhen, die Möglichkeit, sich nach getaner Arbeit die Hände zu waschen sowie die Mittagspause außerhalb des chemisch bestäubten Blumenmeeres verbringen zu können.)

Das Anbaugelände Mexiko ist für die US-Firmen aber auch noch aus einem anderen Grund interessant: Daß die Ware nämlich jetzt von Mexiko-Stadt statt von Bogota in die USA, dem wichtigsten Importland, geflogen wird, senkt die Frachtkosten beträchtlich. Beim Transport nach Europa ändert sich dadurch allerdings nichts. Hier liegen die Kosten bei etwa 10 Pfennig pro Pflanze. Die Blumen werden morgens geerntet und sortiert, per LKW mit Kühlraum zum Flugplatz gebracht und in den vorgekühlten Frachtraum einer Boeing verladen.

Am nächsten Morgen sind die Blumen aus Mexiko in Frankfurt am Main, der Importeur macht Stichproben, und am Nachmittag stehen sie im Blumenladen an der Ecke. In dieser kurzen Zeit hat sich der Preis um das Zehnfache erhöht: Der Importeur zahlt pro Blume vielleicht 25 Pfennige und verkauft sie, um entsprechenden Gewinn zu erzielen, für mindestens 50 Pfennig.

Mit 100 % Profit kalkuliert auch der Großhändler und verkauft seinerseits für 1 DM. Und der Einzelhändler nimmt dem Kunden dann 2 DM pro Stück ab. Mit 10 verkauften Chrysanthemen hat er so den Wochenlohn seiner Blumenarbeiterin im kolumbianischen Chia verdient!

Schnittblumen kommen allerdings nicht nur aus Kolumbien oder Mexiko. Anbaugelände auf der ganzen Welt beliefern den skandinavischen, mitteleuropäischen und nordamerikanischen Markt: Orchideen aus Australien, Chrysanthemen aus Taiwan, Rosen aus Israel, Lilien aus Südafrika, Schleierkraut aus Peru, dazu exotische Pflanzen aus Malaysia, Sri Lanka, Mauritius, Simbabwe, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Costa Rica, Honduras, Guatemala und Kuba.

## Blumen



BlumenarbeiterInnen in Bogota

Kurzum: Der Blumenhandel wird im Weltmaßstab betrieben; entsprechend groß sind Absatzmengen und Umsätze. So nimmt der Frachtraum einer Lufthansamaschine etwa 500 000 „Stiele“, wie es im Branchenjargon heißt, auf. Allein zwischen Nairobi/Kenia und Frankfurt/M. verkehren solche Frachtmaschinen dreimal pro Woche.

Damit diese Mengen auch tatsächlich vermarktet werden, fahren die Firmen dreigleisig: Der erste Absatzweg führt über die normalen Blumenläden und -märkte. Da der Blumenhandel jedoch ein schnelllebiges Geschäft ist – Tulpen und Friesen welken nunmal rasch –, werden sie kurz vor dem Verblühen zu bunten Sträußen gebündelt und über die Lebensmittelketten verkauft. Das ist dann der zweite Absatzweg.

Der dritte und buchstäblich letzte Absatzweg verläuft allabendlich durch die Kneipen der Großstädte. Junge Asylbewerber aus Pakistan, Bangladesch oder Indien besorgen sich bei Importfirmen solche Ware, die schon – sprichwörtlich – an der (Müll-)Kippe steht. Im Vertrauen auf die Liebe, den Suff und das gedämpfte Kneipenlicht versuchen sie, ihre Rosen für 3 DM unter die Leute zu bringen. Eine Mark davon ist für sie – und das Risiko natürlich auch.

In der Bundesrepublik werden jährlich mehr als 6 Mrd DM für Schnittblumen ausgegeben. Leider sieht man/frau keiner einzigen von den hierzulande verkauften Blumen das jeweilige Herkunftsland und die miesen Produktionsbedingungen an.

Georg Diederichs



## Was hat ein DDR-Schriftsteller in Afrika zu suchen?

Nimmt man die Literatur als Landkarte, so dürfte Afrika von der DDR weiter entfernt sein als jeder andere irdische Kontinent. Afrikanische Themen und Schauplätze kommen in der DDR-Literatur nur sehr selten vor.

Abgesehen von vereinzelten Solidaritätsgedichten bei Max Zimmering, Franz Fühmann oder Henry-Martin Klemm, von gelegentlichen Reportagen aus der Feder von Ursula Püschel und Landolf Scherzer und von Karlheinz Jakobs' vor seiner Übersiedlung in den Westen geschriebenen Roman „Wüste“, kehr wieder, hat bislang kaum ein Schriftsteller aus der anderen Republik den Versuch unternommen, den dank abendländischer Unwissenheit immer noch „dunklen Erdteil“ literarisch neu zu entdecken und zu erforschen. Afrika, das galt drüben jahrzehntlang offenbar als ein Themenkomplex aus der kolonialen Vergangenheit Deutschlands, und damit wollte man in der DDR nichts zu tun haben.

Es gibt nur eine bemerkenswerte Ausnahme, den Schriftsteller Jürgen Leskien, der als Entwicklungshelfer in mehreren Staaten des Südlichen Afrika gearbeitet hat. Nach Funk- und Fernsehbeiträgen zu afrikanischen Problemen – Leskien hat dem DDR-Fernsehen kürzlich das Drehbuch für eine deutsch-namibianische Familienserie vorgelegt – und seinem bemerkenswerten angolanischen Tagebuch „Ondjango“, 1980 im Verlag Neues Leben erschienen, hat er 1988 in der DDR eine neue Reportage aus Angola veröffentlicht, die jetzt auch in der Bundesrepublik erscheint:

Jürgen Leskien, Shilumbu. Was will er in Afrika?, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989, ca. 220 Seiten, ca. 14,80 DM.

Zusammen mit schwedischen und finnischen Experten hat Leskien 1983 ein halbes Jahr als Entwicklungshelfer am Aufbau eines Kindergartens im Flüchtlingscamp der SWAPO im angolanischen Kwanza Sul gearbeitet. Ihm zur Seite stand dabei eine Brigade ausschließlich aus jungen Frauen aus Namibia. Alle waren erst kurz vorher aus ihrer Heimat geflohen und waren zumindest im Bauhandwerk gänzlich unausgebildet.

Für den „Shilumbu“, wie die Namibianer den

weißen Genossen aus dem anderen Deutschland getauft haben, ergab sich eine heikle, weniger technisch als psychologisch schwierige Aufgabe. Sprachprobleme, Kulturkonflikte, Gegensätze zwischen Mann und Frau wie zwischen Schwarz und Weiß erschwerten nicht nur die gemeinsame Arbeit am Projekt, sondern mehr noch das alltägliche Zusammenleben außerhalb der Arbeitszeit.

Jürgen Leskien verzichtet in seiner Reportage auf jedes Solidaritätserzählchen. Er läßt erkennen, daß auch die „Aufbauhelfer“ aus der DDR ähnlich wie ihre Kollegen aus Schweden und Finnland keineswegs frei sind von „weißen“ Vorurteilen und Vorstellungen. Nicht nur blanke Internationalismus treibt sie in die „Dritte Welt“. Oft sind es sehr persönliche, mitunter auch sehr egoistische Beweggründe, die sie veranlaßt haben, der eigenen Lebensmisere oder dem grauen Alltag der DDR zu entfliehen.

Die Frage an den „Shilumbu“, was er in Afrika will, wird von Leskien nicht nur rhetorisch gestellt und nicht nur propagandistisch mit dem Verweis auf offizielle Verlautbarungen beantwortet. Für sich wie für seine Kollegen aus der DDR entwickelt er ein Motivgeflecht, in dem vieles, auch Widerstreitendes, zusammenkommt: schlechtes Gewissen, unterdrückte Schuldgefühle, christliche Nächstenliebe, sozialistische Überzeugung und auch eine gehörige Portion Abenteuerlust. Bemerkenswert und neu ist vor allem, daß Jürgen Leskien vom afrikanischen Standort aus auch im Alltag der DDR Restbestände von rassistischen und kolonialistischen Verhaltensformen ausmacht, allen amtlichen Absagen an den Geist der Vergangenheit zum Trotz.

In seinem Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht aus Angola vermeidet der Autor jeden Anflug von Exotik und Folklore. Er mißtraut auch dem eigenen Afrika-Erlebnis und stellt immer wieder seine eigenen Wahrnehmungen in Frage. Seine Ehrlichkeit auch sich selbst gegenüber bleibt frei von Selbstgerechtigkeit und kommt dabei ohne die Weltverbesserungsattitüde aus, die in bundesdeutschen Entwicklungshelferberichten nicht selten aufsteht.

In seine persönlichen Aufzeichnungen bezieht



Leskien immer wieder politische Dokumente ein, Berichte von der Bürgerkriegsfront, Nachrichten von der anderen Seite, aus dem Lager der weißen Herrenrasse in Südafrika und Namibia, aber auch historische Zeugnisse, wie das immer noch auch in der DDR weitergegebene Kinderlied von den „Zehn kleinen Negerlein“, Zeitungsmeldungen über die „Völkerschauen“ in den Zoos und Zirkussen des kaiserlichen Berlin und Relikte aus der eigenen Familiengeschichte.

Mit polemischen Seitenhieben greift er zugleich in aktuelle Auseinandersetzungen ein. So hält er Egon Günther, dem Regisseur des Fernsehfilms „Morenga“ nach Uwe Timms gleichlautendem Namibia-Roman, seine dummen Äußerungen im Interview mit dem Zentralorgan der Windhuker Rassen vor.

Leskiens Afrika-Bericht überzeugt durch seine Zurückhaltung gegenüber jeder, auch der eigenen Emotion. Seine sympathische Schüchternheit, auch gegenüber dem weiblichen Geschlecht seiner Mitarbeiterinnen, erspart ihm, vielleicht bis auf eine Ausnahme, peinliche Stellen, aber sie geht zugleich einem wesentlichen Problem aus dem Weg, dem Spannungsfeld zwischen weißem Mann und schwarzer Frau.

Die jungen Namibianerinnen, mit denen der „Shilumbu“ Tag für Tag zu tun hat, bleiben als Persönlichkeiten durchweg blaß und konturlos. Außer von zwei Frauen – mit der einen schläft der Entwicklungshelfer flüchtig, die andere erzählt ihm immerhin die Geschichte ihrer Flucht – erfährt der Leser kaum mehr als ihre Vornamen und vage Andeutungen ihrer körperlichen Merkmale. Diese Schweigsamkeit spricht gleichsam für sich: Sie ist ein bereicherter Ausdruck dafür, wie wenig die Partner eigentlich voneinander wissen, trotz aller Bekenntnisse zur Völkerverständigung und aller Absagen an jede Form der Deutschümerei. Peter Schütt

# INFOS ZUR SOLIDARITÄT

## Entwicklungspolitik

### Nord-Süd-Kampagne zieht Bilanz

Mit einer Auswertungs- und Perspektivkonferenz wurde vom 12. – 15. Februar d.J. in Bonn die bundesdeutsche Nord-Süd-Kampagne des Europarats abgeschlossen. Vor 70 VertreterInnen von Umweltgruppen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Gewerkschaften und Wissenschaftlern zog der Sprecher des Nationalen Organisationskomitees, Per Fischer, eine positive Bilanz. Es sei eine Vernetzung zwischen Parlamentariern, NROs, Kommunen und internationalen Organisationen erreicht worden. Zugleich hätten sich 50 lokale Nord-Süd-Foren gebildet.

Er bemängelte aber auch inhaltliche Defizite der Kampagne und die geringe Unterstützung für die hiesige Kampagne im Vergleich zu anderen Staaten des Europarats. Vor allem auf kommunaler Ebene wurden Möglichkeiten der Weiterarbeit geschaffen. Im November 1988 hatte der Kongreß „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ stattgefunden. In einer „Mainzer Erklärung“ wird die Ausweitung kommunaler Entwicklungspolitik sowie die Unterstützung von Dritte-Welt-Initiativen, von Bildungs- und Informationsarbeit gefordert.

Die TeilnehmerInnen der Auswertungskonferenz verabschiedeten neun „Thesen zur Umsetzung einer umwelt- und sozialverträglichen Weltarbeitsteilung“. Darin wird eine umfassende Schuldenstreichung, eine Aufgabe der IWF-Doktrin zugunsten von Kriterien der Umwelt- und Sozialverträglichkeit, eine Strukturanpassung im Norden und die Umstellung der hiesigen Wirtschaft zur Verhinderung der weltweiten ökologischen Zerstörung verlangt.

Die Dokumente sind erhältlich beim Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, Rathaus, 6500 Mainz.

## Friedensbewegung

### Aktionen gegen Wintex/Cimex-Manöver

Vom 24. Februar bis zum 9. März d.J. wurde in der gesamten Bundesrepublik wieder einmal „Krieg gespielt“. In dieser Zeit fand die geheime zivil-militärische NATO-Stabsübung Wintex/Cimex '89 statt.

Wintex/Cimex (Winter-Exercise/Civil-Military-Exercise) wird von der NATO seit 1971 alle zwei Jahre unter Beteiligung bundesdeutscher Behörden bis hinunter auf die kommunale Verwaltungsebene durchgeführt. An der diesjährigen Übung waren 1.500 zivile Stellen sowie 750 militärische Einrichtungen mit insgesamt 50.000 Personen beteiligt. In zwei Phasen wurde die Mobilmachung und Kriegsführung vom Schreibtisch aus „geprobt“. Dazu gehörte auch die Stimulierung des atomaren Erst- und Zweitschlags von bundesdeutschem Boden aus. Darüber hinaus war die Unterstützung möglicher US-Interventionen in Regionen der Dritten Welt Bestandteil der Übung.

Gegen diese NATO-Kriegsübung, die der SPD-Wehrexperte H. Jungmann als „gespenstisches Planspiel aus den Zeiten des kalten Krieges“ bezeichnete, hatte die bundesdeutsche Friedensbewegung mobilisiert: In 120 Städten fanden Protestaktionen statt. Dazu gehörten die Besetzung und Blockade von Rathäusern, Demonstrationen und am 27. Februar ein bundesweiter Streik der Zivildienstleistenden. Zudem verweigerten erstmalig auch politische Instanzen auf kommunaler und Länderebene ihre Mitwirkung an dieser NATO-Übung „für den totalen Krieg“.

## Namibia

### Solidaritätsbündnis nimmt Arbeit auf

Zur wichtigsten Aufgabe in diesem Jahr erklärte die Namibia-Solidaritätsbewegung die Unterstützung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) beim Unabhängigkeitsprozeß Namibias. Auf Einladung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) kamen am 31. Januar und 28. Februar d.J. zahlreiche Initiativen zu Bündnistreffen in Bonn zusammen. Ca. 30 Organisationen, Gruppen und Parteien kündigten bisher ihre Mitarbeit an.

Beim ersten Treffen forderte der Bonner SWAPO-Vertreter N. Shoombe die Solidaritätsbewegung auf, sich bei der Wahlbeobachtung der für Anfang November d.J. vorgesehenen ersten freien Wahlen Namibias zu engagieren und die SWAPO dabei zu unterstützen. Dieses Anliegen wurde von den vertretenen Gruppen unterstützt.

Beim zweiten Treffen wurde ein Aufruf zur Unterstützung des Wahlkampffonds der SWAPO verabschiedet. Zu den weiteren Aktivitäten gehören neben der Verstärkung der Boykott-Kampagne gegen Südafrika eine Intensivierung der Informationsarbeit. Vom 17. April – 5. Mai d.J. findet eine Rundreise von Daniel Smith, dem Vertreter der SWAPO-Nachrichtenagentur NAMPa statt. Außerdem wird eine Sammlung aller wichtigen SWAPO-Dokumente herausgegeben und soll mit der Publizierung eines Info-Bulletins „Namibia Aktuell“ begonnen werden.

## Buchtip

### Frauen in der Dritten Welt

Im Mai 1987 trafen sich Frauen aus 22 Ländern zu einer Internationalen Frauenkonferenz im Taunus. Terre des hommes (tdh) hatte Projektpartnerinnen aus der Dritten Welt eingeladen, über ihre Situation zu berichten.

Terre des hommes, Für alles mußt du kämpfen. Internationale Frauenkonferenz, Osnabrück 1988, 191 S., 14,80 DM.

Es enthält dokumentiert die Ergebnisse der Konferenz, die Berichte von Frauen aus Selbsthilfe- und Entwicklungsprojekten u.a. in Simbabwe, Peru und Vietnam. Deutsche und ausländische Frauen aus der BRD äußern sich zur hiesigen Lage.

Zu einigen grundsätzlichen Fragen, wie etwa der



These von der Feminisierung der Armut oder zur Bevölkerungspolitik, werden Überblicksbeiträge der Konferenz dokumentiert. Die Diskussionen in den Workshops zu „Produktionsprojekte/einkommensschaffende Maßnahmen“, „Gewalt“ und „Frauen und Organisation“ zeigen, daß es neben den Gemeinsamkeiten in der Situation von Frauen auch viele Unterschiede aus sozialen, kulturellen oder politischen Gründen gibt, die für die Entwicklung von Lösungsstrategien grundlegend sind.

Eine Botschaft des Buches lautet, daß das Thema der Gewalt – sowohl der direkt gegen Frauen gerichteten als auch der nicht-geschlechtsspezifischen – eine größere Beachtung in der entwicklungspolitischen Diskussion finden muß.

## Südafrika

### Sanktionen: Doppelmoral des Kirchentagsvorstands

In einem offenen Brief an den Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEK) protestierte die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) am 1. März d.J. gegen die insgeheime Aufrechterhaltung von Spendenkonten bei Banken, welche im Apartheidgeschäft tätig sind. Wie ein kürzlich vom Kirchentag verschickter Bittbrief an Unternehmenskreise offenbarte, unterhält er Spendenkonten bei fünf solchen Banken, darunter die Dresdner und Commerzbank.

Auf den Druck der 1986 gestarteten „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“ hin hatte sich der Kirchentagsvorstand im März 1987 zur Kündigung des damals allein bekannten Kontos bei der Deutschen Bank durchgerungen. Die AAB kritisiert die Beibehaltung von Spendenkonten bei Apartheidbanken als „Doppelmoral“. Sie spreche auch der seinerzeitigen internationalen Anerkennung, darunter der Befreiungskräfte Südafrikas und Namibias, für den Kirchentag Hohn. Die AAB fordert „eine zügige Kündigung aller Spendenkonten des DEK bei den Apartheidbanken“, andernfalls sehe sie sich außerstande, beim kommenden Kirchentag vom 7. bis 11. Juni 1989 in Westberlin mitzuarbeiten.

**blätter des iz3w**

Informationszentrum dritte welt

**Blotechnologie - Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness**

mit Beiträgen über:  
Strategien der Agro- und Chemiekonzerne,  
Anwendung von Bio- und Gentechnologie  
in der Landwirtschaft,  
Auswirkungen in Ländern  
der „Dritten Welt“ u.a.

Nr. 155, Februar 1989  
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

**8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM**

blätter des iz3w Freiburg  
zu bestellen bei: iz3w, Pf. 5328  
7800 Freiburg i. Brsg.  
Für den Buchhandel  
Profit Vertrieb  
Gießen



# KURZINFORMATIONEN

Kamputschea

## Jakarta-Verhandlungen ohne Ergebnis

Am 19. Februar d.J. trafen die am Kamputschea-Konflikt beteiligten Parteien zum zweiten Mal zu dreitägigen informellen Gesprächen (JIM) in Jakarta zusammen. Teilnehmer waren die Regierung in Phnom Penh, die drei oppositionellen Fraktionen des „Demokratischen Kamputschea“ (DK), die Außenminister Vietnams und Laos' sowie Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

Norodom Sihanouk, der wenige Tage vor Beginn dieses Treffens – nach seinem dritten „unwiderruflichen“ Rücktritt Anfang vergangenen Jahres – erneut den Vorsitz der Koalition des DK übernahm, blieb der Gesprächsrunde fern. Er begründete seine Abwesenheit mit der geringen Erfolgsaussicht des JIM und nannte die von ASEAN-Mitglied Indonesien durch seinen Außenminister Ali Alatas unternommenen Anstrengungen um eine Friedensregelung für Kamputschea noch vor dem endgültigen Abzug der vietnamesischen Truppen eine „zynische Komödie“.

In der Tat ist die Position der von Sihanouk angeführten Koalition, den von ihr eingebrachten 5-Punkte-Plan durchzusetzen, der faktisch einem Rücktritt der Regierung Hun Sen gleichkommt, äußerst geschwächt. So erfuhr die amtierende kamputscheanische Regierung Ende Januar d.J. durch den Bangkok-Besuch Hun Sens innerhalb der ASEAN-Staaten eine diplomatische Aufwertung (siehe DRITE WELT 3/1989, S. 55). Und auch andere westliche Staaten nehmen zunehmend die Verankerung der Regierung Hun Sen in der Bevölkerung zur Kenntnis.

Im Rahmen des JIM bekräftigte Hun Sen den vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen bis zum 30. September d.J. Zudem schlug er die Einsetzung einer 600köpfigen Kommission zur Überwachung des Friedensprozesses vor, die paritätisch aus Delegierten von je zwei nichtpaktgebundenen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zusammengesetzt sein soll.

Die Teilnehmer der JIM gaben zum Abschluß des Treffens keine gemeinsame Erklärung ab. Die Verhandlungen sollen jedoch innerhalb der nächsten vier Monate wiederaufgenommen werden. Die Koalition des DK setzt unterdessen auf eine Verlagerung der Verhandlungen auf eine internationale Ebene. So könne erst das für Mai d.J. geplante sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen eine Verhandlungslösung näherbringen.

Sri Lanka

## Wahlsieg der regierenden UNP

Bei den Parlamentswahlen vom 15. Februar d.J. konnte die konservative Vereinigte Nationalpartei (UNP) 51 % der Stimmen und 125 von 225 Sitzen erringen. Sie verlor zwar ihre komfortable 3/4-Mehrheit, wiederholte aber ihren Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen vom 19.12.1989,

die ihr Kandidat Ranasinghe Premadasa mit 50,4 % für sich entschieden hatte. Die Freiheitspartei Sri Lankas (SLFP) der ehemaligen Präsidentin Sirimavo Bandaranaike, die im Dezember Premadasa unterlegen war, erzielte 32 % der Stimmen und 67 Parlamentssitze.

27 Sitze entfielen auf Parteien der Tamilen in den mehrheitlich von ihnen bewohnten autonomen Nord- und Ostprovinzen. Die gemäßigte Tamilische Vereinigte Befreiungsfront (TULF), früher die einzige Tamilen-Partei im Parlament, errang 10 Mandate, die vormalige Guerillaorganisation Revolutionäre Volksbefreiungsfront von Eelam (EPRLF) sieben. Letztere hatte bereits im Oktober/November 1988 die Provinzwahlen in der Region für sich entschieden. Jeweils vier Sitze erhielten die Revolutionäre Studentenorganisation von Eelam (EROS) und der Muslim-Kongreß. Die restlichen sechs Mandate entfielen auf die Linksparteien, darunter drei Sitze auf die Vereinigte Sozialistische Allianz (USA), in der u.a. die Kommunistische Partei Sri Lankas (CPSL) und sozialistische Parteien vereint sind.

Die Wahlen wurden vom Terror der singhalesisch-chauvinistischen Volksbefreiungsfront (JVP) und der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) überschattet, dem seit Jahresbeginn über 1100 Menschen, darunter Abgeordnete und Kandidaten sowohl der UNP, SLFP als auch der USA, zum Opfer fielen. JVP und LTTE bekämpfen beide die Autonomieregelung im Nordosten. Diese gilt der JVP als Ausverkauf singhalesischer Interessen und geht den LTTE nicht weit genug, weil sie einen tamilischen Separatstaat anstreben. JVP und LTTE hatten deshalb zum Wahlboykott aufgerufen und allen, die ihre Stimme abgaben, mit Repressalien gedroht.

Die Einschüchterung wirkte jedoch nur begrenzt. Nachdem bei der Präsidentschaftswahl lediglich 55 % ihre Stimme abgaben, gingen im Februar d.J. immerhin knapp 64 % zu den Urnen.

USA – Ostasien

## Bush-Besuch in der VR China und in Südkorea

Begleitet von heftigen Protesten der Opposition hat US-Präsident Bush am 27. Februar d.J. während seines Besuchs in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul erklärt, daß die USA an ihrer Truppenpräsenz in dem ostasiatischen Land festhalten würden. In einer Rede vor dem südkoreanischen Parlament lehnte er Bush ab, das derzeit 42.000 Mann starke Truppenkontingent zu verringern. Stattdessen plädierte er für die Fortsetzung der engen strategischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Gleichzeitig forderte der US-Präsident Südkorea auf, seine Märkte zu öffnen und Handelsbarrieren abzubauen.

Gegen die wachsenden US-Importe hatten wenige Tage vor dem Besuch 15.000 Bauern demonstriert. Während der Rede Bushs vor dem Parlament lieferten sich, trotz des Aufmarsches von 19.000 Polizisten, ca. 800 Studenten eine etwa zweistündige Auseinandersetzung mit der Polizei. In anderen Städten fanden ebenfalls Protestkund-

gebungen gegen den Bush-Besuch und die Präsenz der US-Truppen im Lande statt.

Bush hatte zwei Tage zuvor, von der Beerdigung des japanischen Kaisers Hirohito kommend, die VR China besucht. Dort war er mit den führenden Politikern Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Li Peng zusammengetroffen. In einem Gespräch mit Deng Xiaoping bezeichnete Bush den bevorstehenden Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow in Beijing und die Verbesserung der Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR als wichtigen und nützlichen Schritt für die internationale Stabilität. Bei einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng betonte Bush dagegen die Kontinuität der chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Desweiteren wurde über die Kamputschea- und die Korea-Frage, den Nahen Osten, Afghanistan, Taiwan, die Handelsbeziehungen und den Atomwaffensperrvertrag gesprochen.

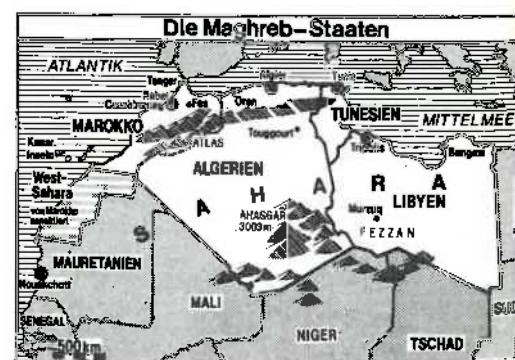
Afrika

## Maghreb-Staaten schließen sich zusammen

Der zweite Maghreb-Gipfel unter Beteiligung von Algerien, Libyen, Marokko, Mauritien und Tunesien, der am 16./17. Februar d.J. in Marrakesch stattfand, endete mit der Ausrufung der Union der Arabischen Maghreb-Staaten (UMA). Der vorgesehene institutionelle Aufbau der UMA ähnelt in vielerlei Hinsicht der EG. Der für 1992 geplante EG-Binnenmarkt war auch wesentliches Antriebsmoment für den Maghreb-Zusammenschluß.

Die Spitze der UMA bildet ein Rat der Staatshäupter, dessen Vorsitz alle sechs Monate wechselt. Untergeordnete Gremien bilden ein Außenministerium, ein Konsultativrat aus jeweils 20 Parlamentariern der Mitgliedsländer, ein Schiedsgerichtshof aus jeweils zwei Richtern der Mitgliedsländer sowie verschiedene Fachkommissionen. Die Zusammenarbeit soll sich auf die Bereiche Wirtschaft, Handel, Industrie, Tourismus, Kultur und Außenpolitik erstrecken.

Ermöglicht wurde die Maghreb-Einigung v.a. durch die seit dem 16.5.1988 erfolgte Normalisierung der Beziehungen Algeriens und Marokkos. Um diese nicht zu gefährden und den Erfolg des Gipfels nicht aufs Spiel zu setzen, wurde die Lösung des Westsahara-Konfliktes nicht thematisiert und die Demokratische Arabische Republik Sahara nicht eingeladen.



Namibia

## Letztes Hindernis für den Unabhängigkeitsprozeß ausgeräumt

Am 1. April d.J. soll, so legte es das New Yorker Vertragswerk zu Angola/Namibia fest (siehe DRITE WELT 3/1989, S. 34ff.), der Unabhängigkeitsprozeß für Namibia anlaufen. Der UN-Sicherheitsrat legte am 24. Februar d.J. die Zahl der zur Überwachung der zu entsendenden UN-Friedenskräfte (UNTAG) auf 4650 fest; weitere 2850 sollen sich in beteiligten 21 Ländern in Bereitschaft halten.

Das letzte Hindernis fiel mit der Bewilligung des Etats von 416 Mio \$ durch das Finanzkomitee der UN-Vollversammlung am 28. Februar d.J. Die Frontstaaten des Südlichen Afrika setzten sich mit ihrer Forderung durch, daß die UNTAG nur in den ersten Wochen ihrer Präsenz in Namibia Waren (Öl, Fahrzeuge usw.) und Dienstleistungen der südafrikanischen Armee in Anspruch nehmen darf.

Am 1. März d.J. traf der Kommandeur der UNTAG, der indische General Prem Chand, in Windhuk ein, wo er von tausenden Anhängern der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) begrüßt wurde. Am gleichen Tag übernahm der von Pretoria entstandene Generaladministrator Louis Pienar wiederum die Regierungsgewalt, nachdem die im Jahr 1985 eingesetzte sog. Interimsregierung zurückgetreten war. Ab 1. April soll Pienar gemeinsam mit dem UN-Sonderbeauftragten für Namibia, dem Finnen Maarti Ahtisaari, das Territorium verwalten und die für den 1. November 1989 angesetzten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten.

Die favorisierte SWAPO hat scharfe Kritik an Vorweg-Wahlmanipulationen seitens der scheidenden Besatzungsmacht geübt. So habe Südafrika damit begonnen, Auswärtige ins Land zu schaffen und mit namibischen Ausweisen zu versehen. Pretoria wollte ferner das Wahlalter von 18 auf 21 Jahre erhöhen, wohlwissend, daß gerade die Jugend zur SWAPO neige.

Venezuela

## Aufstand gegen IWF-Politik

Bei aufstandsähnlichen Protesten, die am 27. Februar d.J. begannen, wurden nach offiziellen Angaben 247 – nach Oppositionsangaben ca. 500 – Menschen getötet. Der Grund für die Demonstrationen und Plünderungen, die sich vor allem in den Elendsvierteln der Städte abspielten, war die Ankündigung von Spar bzw. Austeritätsmaßnahmen durch die Regierung für den 1. März d.J. Diese sahen u.a. Streichungen von Lebensmittelsubventionen, die Erhöhung des Benzinpreises um 90 % und der Busfahrpreise um 30 % vor. Die Tatsache, daß die Busunternehmen und Geschäfte die Preiserhöhungen bereits früher und in höherem Maße vornahmen, war der Auslöser der Unruhen. Durch Ausrufung des Ausnahmezustandes und den brutalen Einsatz der Armee konnten sie innerhalb von drei Tagen niedergeschlagen werden.

Die sozialdemokratische Regierung unter dem neuen Präsidenten Andres Perez hatte die Austeritätsmaßnahmen, zu denen auch die Freigabe des

Wechselkurses, eine Heraufsetzung der Zinsen und Lohnerhöhungen zählten, ergriffen, um beim Internationalen Währungsfonds (IWF) neue Kredite in Höhe von 4,7 Mrd. \$ zu erhalten. Das Land ist mit 33 Mrd. \$ im Ausland verschuldet. 1988 überstiegen die Importe die Ausfuhren um 1 Mrd. \$ und der Schuldendienst belief sich auf 5,1 Mrd. \$. Perez erklärte nach den Unruhen, er wolle an den Austeritätsschritten festhalten. Gleichzeitig beschuldigte er den IWF und die westlichen Staaten, für die soziale Explosion verantwortlich zu sein. Er forderte eine Veränderung ihrer starren Haltung in der Schuldenfrage.

Naher Osten

## Diplomatische Offensive der UdSSR

Neuen Auftrieb erhielten in den vergangenen Wochen die internationalen diplomatischen Bemühungen um eine politische Lösung des Palästina-Konflikts.

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse stellte auf seiner Nahostreise vom 17. bis 28. Februar d.J., bei der er Syrien, Jordanien, Ägypten, Iran und den Irak besuchte, einen konkreten „Dreipunkte-Plan“ zur Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz vor. Demzufolge sollen nach einer Verständigung auf Außenminister-Ebene im UN-Sicherheitsrat die ständigen Mitglieder dieses Gremiums eine Friedenskonferenz vorbereiten. Hierfür wird eine Zeitspanne von sechs bis neun Monaten vorgeschlagen. Schließlich soll das Vermittlungspotential der UNO im Rahmen einer internationalen Konferenz genutzt werden für eine endgültige Überwindung der Gegensätze zwischen den Konfliktparteien.

Israels Premierminister Schamir wie Außenminister Arens, der in Kairo mit Schewardnadse zusammentraf, wiesen den sowjetischen Lösungsrahmen sowie Verhandlungen mit der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) erneut zurück und forderten bilaterale Verhandlungen unter Ausschluß der PLO. Der PLO-Vorsitzende Arafat erklärte sich zur gleichen Zeit in Kairo bereit, schon vor einer internationalen Konferenz Gespräche mit Israel zu führen und bezeichnete eine Zweistaatenlösung als endgültig.

Eine gravierende Änderung der israelischen Haltung ist zumindest vor der für April/Mai d.J. geplanten israelisch-amerikanischen Verständigung nicht zu erwarten. Schewardnadse verdeutlichte indessen, daß die israelische Zustimmung zu Verhandlungen mit der PLO und zu einer internationalen Friedenskonferenz Voraussetzungen für eine diplomatische Normalisierung der sowjetisch-israelischen Beziehungen seien.

Ökologie

## Geringe Entschädigung für Bhopal-Opfer

Am 14. Februar d.J. hat das Oberste Gericht Indiens den Chemiekonzern Union Carbide zur Zahlung von 470 Mio \$ an die Opfer der Bhopal-Katastrophe verurteilt. Am 2.12.1984 waren durch ausströmendes Methylisocyanid aus dem ehemaligen Werk von Union Carbide in Bhopal 3500

Menschen getötet und weitere 200 000 verletzt worden.

Durch das Urteil werden alle anderen Prozesse gegen Union Carbide hinfällig, darunter auch eine Klage der indischen Regierung auf Schadenersatz in Höhe von 3 Mrd. \$. Die Anwälte der Opfer werteten das Urteil als einen Sieg für den US-Konzern. Dieser hatte bereits 1986 vor einem Gericht in New York 360 Mio \$ angeboten, um zu einer Regelung im gegenseitigen Einvernehmen zu kommen. Als die indische Regierung dies ablehnte, wurde der Fall an die indische Justiz übergeben. 1987 schließlich bot Union Carbide 600 Mio \$ Entschädigung an, was erneut zurückgewiesen wurde.

Dem jetzt ergangenen Urteil kann Union Carbide ohne Probleme nachkommen. Seit 1984 haben sich die Aktienkurse um das 2,5fache erhöht. 1988 verdreifachte sich der Profit auf 720 Mio \$.

Vinod Raina von der Bhopal-Gruppe für Information und Aktion erklärte, daß sich das Urteil nicht nur gegen die Wünsche der Opfer richte: „Es ist auch ein gefährlicher Präzedenzfall für Bürger aller Länder der Dritten Welt.“

## Termine

7.–9. April

Seminar „Für die Dritte Welt noch nicht genug. Das Geschäft der Pharma-Multis mit dem Export“ in Bonn-Bad Godesberg. Nähere Informationen: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 05 21 / 6 05 50

24. April–31. Mai

Filmretrospektive und Seminare mit dem argentinischen Regisseur und Kenner des Lateinamerikanischen Films, Fernando Birri, in Österreich (24.4.–7.5.) und der BRD (8.5.–30.5.). Termine: Salzburg (2.5.), Graz (3.5.), Wien (4./5.5.), Innsbruck (6./7.5.), Köln (5.–11.5.), Düsseldorf, Dortmund, Münster.

25. April–31. Mai

Tournee der nicaraguanischen Theatergruppe „Teatro Justo Rufino Garay“ in der BRD mit dem Programm „Escenas de mi ciudad“. Kontakt: Exile-Kulturkoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg, Tel. 02 03 / 34 09 07

19.–21. Mai

Seminar „Nicht den Ast absägen. Die tropischen Regenwälder, ihre Gefährdung, ihre Zukunft“ in Bielefeld. Nähere Informationen: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 / 68 00 und 29 77

25.–28. Mai

13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hamburg. Thema: Kultur und Widerstand (siehe Heftmitte)

26. Mai

Bundesweiter Bankenaktionstag gegen die Apartheidgeschäfte der Großbanken anlässlich der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank in Frankfurt. Kontakt: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 02 28 / 21 13 55

Mai–Juni

Gastspielreise des palästinensischen Sängers Mustafa el-Kurd mit dem Programm „Kinder der Intifada“. Kontakt: Kulturbüro 3. Welt, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 / 39 41 33

7.–11. Juni

23. Ev. Kirchentag in West-Berlin unter dem Motto „Abrüstung für Entwicklung“



\* PAHL-RUG.GOTTESW.54 5000KOELN  
 G 7426 E 504056 621  
 FRAU  
 CAROLA GRIMM  
 WEIDENALLEE 21

2000 HAMBURG 36

# WIR VERSCHENKEN BÜCHER

## AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

EINFACH DIE ABO-KARTE IN  
 DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN

z.B.

 <p><b>Frauen in Südafrika</b>        Bilder und Texte</p>	<p><b>FRAUEN IN SÜDAFRIKA</b>        Bilder und Texte</p> <p>Wie arbeiten, leben und überleben die schwarzen Frauen in Südafrika? In diesem reich bebilderten Buch kommen die Frauen selbst zu Wort.</p>
---	--

z.B.

 <p>Josef Maria Sison ■ Rainer Werning  <b>DAS PROJEKT BEFREIUNG</b>  <small>Widerstand auf den Philippinen</small>        PAHL-RUGENSTUHN</p>	<p><b>DAS PROJEKT BEFREIUNG</b></p> <p>Josef Maria Sison, Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller ist führender Kopf der politischen Linken auf den Philippinen. Im Gespräch mit Rainer Werning berichtet er über Volkskampf und Befreiungsbewegung und über die aktuelle Situation.</p>
 <p>Herbert Schur  <b>DIE SCHULDEN FALLE</b>  <small>Schuldenkrisen und Dritte-Welt-Paradox der USA</small>        PAHL-RUGENSTUHN</p>	<p><b>DIE SCHULDEN-FALLE</b></p> <p>Mit eindrucksvollen Zahlen und Hintergrundinformationen legt Herbert Schur seine These zur US-Zinspolitik und der Schuldenkrise in der Dritten Welt dar.</p>

PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN  
 ODER DIE VOLLSTÄNDIGE  
 PRÄMIENLISTE ANFORDERN

UND AB GEHT DIE LUZIE...